

Nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

10

2S 21395E

Frankfurt, Oktober 1970

Einzelpreis 0,75 DM

X. Jahrgang

Der vom Hauptvorstand der IG Metall angekündigte „harte“ Lohnkampf in der Metallindustrie läuft Gefahr, mit einer weichen Landung zu enden. Obwohl die Metallarbeiter sich durch Warnstreiks und Demonstrationen machtvoll in den Kampf für die von ihnen und Otto Brenner geforderten 15 Prozent Lohnerhöhung eingeschaltet haben, wurden in Hessen und anschließend in fünf weiteren Tarifbezirken für etwa 1 Million Beschäftigte Tarifverträge abgeschlossen, die nur eine Steigerung der Löhne und Gehälter um 10 Prozent vorsehen. In weiteren fünf Tarifbezirken sind die Verhandlungen für gescheitert erklärt — das Schiedsverfahren läuft —, und in den übrigen Tarifgebieten wird weiterverhandelt.

Nach dem Abschluß in Hessen — gewissermaßen vor der Haustür des Hauptvorstandes der IG Metall — sind Schiedssprüche mit wesentlich besserem Resultat kaum zu erwarten, denn was die Gewerkschaften nicht im Lohnkampf gewinnen, wird ihnen auch durch einen Schiedsspruch nicht in den Schoß fallen.

In bezug auf die weiteren Verhandlungen hat der Hauptvorstand der IG Metall mit Nachdruck festgestellt, der Abschluß in Hessen dürfe kein Modellfall für die übrigen Tarifgebiete sein. Die IG Metall sei auf harte Auseinandersetzungen vorbereitet und die Stimmung in den Betrieben sei nach dem provozierenden Verhalten der Unternehmer gereizt. Aber das war auch schon in Hessen so — nur wurden die Metaller nicht danach gefragt, ob sie sich ohne Kampf mit dem Ergebnis ihrer Tarifverhandlungen zufrieden geben wollen.

Lohnkampf kraftvoller führen

Es war schon bedenklich, daß vor Beginn der Verhandlungen Vorstandsmitglieder der IG Metall die 15-prozentige Lohnforderung mit dem Bemerkten relativierten, es müsse bei den Verhandlungen mindestens eine zweistellige Zahl herauskommen. Nun, 10 Prozent ist auch eine zweistellige Zahl, nur liegt sie nicht einmal in der Mitte zwischen dem provokatorischen „Angebot“ der Unternehmer von 7 Prozent und der 15-prozentigen Gewerkschaftsforderung. Auch die während der Tarifverhandlungen auf 11 Prozent reduzierte Forderung für die Stahlarbeiter Nordrhein-Westfalens war alles andere als ein Signal für harte Tarifaussensetzungen.

Die IG Metall hat die 15-prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung und die tarifliche Fixierung eines Teiles der überbetrieblichen Leistungszulagen nach reiflichen Überlegungen verlangt. Sie hat ihre Forderungen mit sachlichen Argumenten begründet und die Verhandlungskommissionen wissen, daß die Metallarbeiter geschlossen hinter dieser Forderung stehen. Es sind damit alle Voraussetzungen geschaffen, einen kompromißlosen Lohnkampf zu führen. Hans Mayr, der Verantwortliche für die Tarifpolitik der IG Metall, schrieb in der Tarif-Funktionärszeitung „Gewerkschafter“ zu Beginn des Lohnkampfes, die Tarifbewegung 1970 werde zu einem Erfolg der arbeitenden Menschen der Metall- und eisenzeugenden Industrie, wenn sie zielstrebig, kraftvoll und geschlossen auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Überzeugung und organisatorischen Einheit in der IG Metall geführt werde. Dem ist nichts hinzuzufügen. sr

Die Rechtsextremisten stoppen	2
Metall: Erste Ergebnisse ungenügend	3
Weitere Millionen im Lohnkampf	5
Kritisches zum Etat	8
Reportage: Perle des Klöckner-Konzerns	12
Zum Standort des DGB	14
Frauenkonferenz der IGM	16
Waller Fabian	20
Beratung in Rostock	22
Linkstrend auf TUC-Kongreß	26

Neue Ostpolitik?

„Ich gehe davon aus, daß unsere Beziehungen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung und der Gleichberechtigung errichtet werden müssen“, das sagte Willy Brandt in Erfurt dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph. Zweifellos ein vernünftiges Wort.

Handelt es sich aber nicht um Worte, sondern um Taten, dann verzichtet der Bundeskanzler leider allzuoft auf politische Vernunft. Mit den in Bonn üblichen aber nichtsdestoweniger üblichen Methoden massiver Intervention hat die Bundesregierung die Aufnahme der DDR in die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) hintertrieben. Schon vorher hatte die Bundesregierung bereits den Beitritt der DDR in die Weltgesundheitsorganisation und die UNO-Kommission für europäische Wirtschaftsfragen verhindert.

Diese politische Schizophrenie, um nicht zu sagen dieser Zynismus, macht die Ostpolitik des Bundeskanzlers unglaubwürdig — in einem Augenblick, da sich in Europa große Hoffnungen für die Entspannung und für den Frieden auf den Gewaltverzichtsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR begründen. okolus

Die Rechtsextremisten stoppen

Ratifizierung des Moskauer Vertrages dringend Reaktionäre CDU/CSU-Politik muß überwunden werden

Der Moskauer Vertrag ist schon mit seiner Unterzeichnung durch die Regierungschefs der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu einem politischen Faktum erster Ordnung geworden. Alle Parteien und politisch-gesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen sind zur Stellungnahme herausgefordert. Die CDU/CSU als Hauptparteien des Monopolkapitals, die 20 Jahre lang das Regierungsmonopol innehatten und den politischen Kurs der BRD maßgeblich bestimmten, sehen sich mit dem Moskauer Vertrag einer neuen Lage gegenüber, die sich erheblich von ihren bisherigen Leitbildern unterscheidet.

Man erinnere sich, daß es die CDU mit Adenauer war, die unserer Bevölkerung ein Feindbild von der Sowjetunion vorgaukelte und mit der angeblichen Gefahr tödlicher Bedrohung aus dem Osten die BRD auf den Weg des Militarismus und in die NATO drängte. Mit dem Moskauer Vertrag, dessen Ratifizierung und Verwirklichung läßt sich das Feindbild von der Sowjetunion und die Leitlinie: „Mit der NATO gegen den Osten“ nicht mehr aufrecht erhalten. Der Antikommunismus als Staatsdoktrin und Hauptmittel zur Verführung des Volkes würde mit der Praktizierung des Vertrages schneller abgebaut werden können.

CDU und CSU haben von Anfang an — schon bei der Aushandlung des Vertrages — dem Abkommen mit der UdSSR frontal den Kampf angesagt. Diese Haltung läßt sich nur damit erklären, daß die Führer der CDU/CSU die Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis ignorieren, die Tatsache mißachten, daß der Imperialismus, vor allem der US-amerikanische, an die Grenzen seiner Macht stößt, wie das in Vietnam und in den USA selbst sichtbar wird. Sie sind blind dagegen, daß die sozialistischen Staaten weiter erstarken und in der ganzen Welt die demokratische und sozialistische Bewegung voranschreitet.

Auch in der Bundesrepublik haben die herrschenden großkapitalistischen Kräfte begonnen, diese Lage realistisch einzuschätzen und daraus auch Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten werden langfristiger geplant und dazu werden neue Methoden entwickelt. Die CDU/CSU aber als der Hauptblock des Rechtsextremismus hält an veralteten Einschätzungen und Leitbildern fest, wodurch ihre Politik noch abenteuerlicher wird, als sie es ohnehin schon war.

In der Bundestagsdebatte am 18. September 1970, nach einer Erklärung Brandts zum Moskauer Vertrag, formulierte Barzel den Standpunkt der CDU/CSU noch einmal. Im Stile der Epoche des kalten Krieges sprach er davon, die „Spannungsursachen“ seien unverändert wie die „Unmenschlichkeit an der Mauer“; der „Machtwille

der Kommunisten“ dauere fort. Er pochte auf die westdeutsche Alleinvertretungsanmaßung und verhüllte die Ablehnung des Vertrages in die Formel, „entscheidende Bedenken“ bestünden weiter. Freiherr von Weizsäcker bringt die grundsätzliche Position der CDU deutlich zum Ausdruck, indem er in einem Interview in der „Welt“ im Hinblick auf die Sowjetunion sagt: „Ihre langfristigen Ziele decken sich nun einmal nicht mit den langfristigen Zielen... welche unsere westlichen Verbündeten ... mit uns verabredet haben.“

Es ist also offensichtlich, Weizsäcker und Barzel wollen an ihrer alten Politik festhalten. Es ist die reaktionäre aggressive NATO-Politik, wie wir sie in über 15 Jahren kennengelernt haben. Das ist in der Tat eine Kernfrage, um die es beim Moskauer Vertrag geht. Die Bundesrepublik hat die Chance, nicht länger militaristischer NATO-Staat zu bleiben, sondern ein demokratischer Friedensstaat zu werden, der seine volle nationale Souveränität besitzt. An diesem Problem allerdings scheiden sich die Geister.

Was im Bundestag diplomatisch, fast höflich und zurückhaltend von der CDU dazu gesagt wurde, wird draußen in der Öffentlichkeit gröber, aber auch deutlicher als neue Welle nationalistischer Verhetzung sichtbar. Die NPD als extremste Gruppe des Rechtskartells versucht in gleicher Weise wie ehemals die NSDAP nationalistische Leidenschaften aufzuputtschen, indem sie zum Widerstand gegen den Moskauer „Unterwerfungsvertrag“ hetzt.

Das Bekenntnis zum Frieden als „Unterwerfung“ zu diffamieren, ist zwar absurd, aber dennoch gefährlich, da es genau in das politische Konzept z. B. von Strauß und Guttenberg paßt, die völlig in der Manier des kalten Krieges dem Volk einreden wollen, „für die Sowjetunion ist dieser Vertrag ein Instrument ihrer Machtpolitik“, wodurch der Bundesrepublik Unheil drohe (Strauß), und Guttenberg unterscheidet sich in nichts mehr von Thadden, wenn er die Koalitionsregierung beschuldigt: „Eine freigeählte Regierung hat eine Bestäti-

gung der Amputation und Zerstückelung Deutschlands vorgenommen“. Hier wird doch die Absicht deutlich, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges korrigieren zu wollen; das aber würde unabänderlich in eine neue Kriegskatastrophe führen.

Eine andere Gruppe des Rechtskartells, der sogenannte Bund der Vertriebenen, behauptet sogar: „Der Vertrag bedeutet eine Bedrohung der Freiheit in Europa, Bestätigung einer Unrechtsherrschaft in Deutschland und die Ausdehnung der russischen Macht auf ganz Europa“. Hierzu sei nur gesagt, daß die Regierung sich endlich von diesen revanchistischen Organisationen abgrenzen und jede finanzielle Unterstützung für sie einstellen muß.

Die Freiheit in Europa wird durch die NATO bedroht, die uns in die gefährlichen Kriegsabenteuer der USA zu verstricken sucht. Angesichts dieser „Gemeinsamkeit“ von Thadden und Barzel ist es wenig verständlich, daß Regierungschef Brandt mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, zu geheimen Besprechungen zusammenkommt, um mit ihm einen gemeinsamen Kurs auszuhandeln. Offensichtlich attackiert die CDU/CSU mit ihrem Anhang die Regierung, um das Moskauer Vertragswerk zu Fall zu bringen oder zumindest seine Ratifizierung zu verzögern und auch den Inhalt des Vertrages zu verfälschen.

Man darf aber nicht übersehen, daß es auch in der SPD-Führung Leute gibt, die ebenfalls offen gegen den Vertrag auftreten, wie der „Vertriebenenfunktionär“ und SPD-Bundestagsabgeordnete Hupka. Aber auch Helmut Schmidt mit seinen Plänen zur Stärkung der Bundeswehr und NATO befindet sich im Fahrwasser der überholten CDU/CSU-Politik. Ebenso dienen die neuerlichen Erklärungen von Brandt, Bahr und Scheel, wonach die Vertragsratifizierung erst nach einer für Bonn „befriedigenden Berlin-Lösung“ in Frage komme, die wiederum durch die derzeitige Bonner Politik erschwert wird — ein Teufelskreis also — in keiner Weise dem Geist des Moskauer Vertrages; sie geben vielmehr den Gegnern des Vertrages und der Entspannung Wasser auf die Mühlen.

Hier hilft nur eine Entscheidung: Es darf nicht zugelassen werden, daß CDU/CSU, NPD und die sogenannten Vertriebenenverbände die Bundesrepublik vom dem richtigen Weg abdrängen, der mit dem Moskauer Vertrag beschritten werden sollte. Dem Geschrei von rechts sollten Sozialdemokraten, Kommunisten und liberale Bürger entschlossen entgegenreten. Die schnelle Ratifizierung des Vertrages zwischen Moskau und Bonn, ohne Wenn und Aber, ist die beste Antwort auf die Rechtsextremisten, die darauf aus sind, die Bundesrepublik als einen Hort der Reaktion und des Militarismus auszubauen.

Josef Ledwohn

Erste Ergebnisse ungenügend

Metall-Verhandlungen in fünf Bezirken gescheitert Kampfbereitschaft der Metallarbeiter blieb ungenutzt

Bei Redaktionsschluß waren die Tarifverhandlungen in fünf Tarifbereichen mit 1,8 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie — in Nordrhein-Westfalen, Nord-Württemberg/Nordbaden, Südwürttemberg/Hohenzollern, Südbaden und Bremen — gescheitert. In sechs Tarifbezirken, allen voran Hessen, mit rund 600 000 Beschäftigten wurden Tarifverträge abgeschlossen, die weit hinter den Notwendigkeiten zurückbleiben.

In den Tarifbezirken, in denen die IG Metall die Verhandlungen für gescheitert erklärte, und in denen jetzt das 22tägige Schlichtungsverfahren abläuft, versucht die Gewerkschaft, gestützt auf die in so vielfältiger Weise zum Ausdruck gebrachte Kampfbereitschaft der Belegschaften, die Forderungen auf 15 Prozent mehr Lohn und zusätzliche Nebenforderungen durchzusetzen.

In Nordrhein-Westfalen wurde lediglich die 15prozentige Lohnerhöhung gefordert, in Nord-Württemberg-Nordbaden hingegen neben der Erhöhung der Grundlöhne von 15 Prozent eine Festsetzung der durchschnittlichen Leistungszulage für Zeitlohnarbeiter in Höhe von 25 Prozent. (Siehe Nachrichten 9/1970.) Für diese Tarifbezirke bedarf es jetzt noch weiterer Anstrengungen, um die Ziele durchzusetzen, denn zweifellos ist der Abschluß in Hessen und den fünf anderen Tarifbezirken Rheinhessen, Pfalz, Niedersachsen, Osnabrück und Westberlin eine zusätzliche Bürde.

In der hessischen Metallindustrie wurde am 26./27. 9. als erstem Tarifbezirk noch vor dem Auslaufen des alten Tarifvertrages ein neues Tarifabkommen abgeschlossen. Die IG Metall hatte für dieses Tarifgebiet gefordert, den Ecklohn von 4,17 DM auf 4,50 DM vorweg anzuheben; heraus kamen 4,36 DM. Der Ecklohn sollte um 15 Prozent erhöht werden. Das Ergebnis lautete 10 Prozent.

Für die Zeittöchner sollte die Leistungszulage von 7,5 auf 15 Prozent erhöht werden. Das tatsächliche Ergebnis ist 10 Prozent. Die effektive Leistungszulage von 15 Prozent für Angestellte wurde nicht verwirklicht. Es wurde vereinbart, daß die effektive Bezahlung der Tarifangestellten 7,5 Prozent über der Tarifgehaltssumme liegen sollte, und erst nach einem Jahr sollten die Beurteilungsmerkmale für eine Leistungszulage festgelegt werden. Die Spätschichtzulage sollte 10 Prozent und der Nachtschichtzuschlag 25 Prozent erreichen. Heraus kam lediglich eine Erhöhung des Nachtschichtzuschlags von 15 Prozent.

Das Ergebnis dieses Tarifvertrages ist weit von der gewerkschaftlichen Ausgangsposition entfernt. Man kann es auch nicht losgelöst von den Ergebnissen

der vorhergehenden Tarifabschlüsse von 1969 und 1968 betrachten. Nachdem während der Krise 1966/67 nur sogenannte kostenneutrale Tarife abgeschlossen wurden, gab es am 1. April 1968 4 Prozent, am 1. Januar 1969 3 Prozent und am 1. September 1969 8 Prozent höhere Tariflöhne. Das war angesichts der Profitexplosion und der rapiden Preissteigerungen außerordentlich bescheiden.

Nach dem Abschluß des neuen Tarifvertrages in Hessen erklärte der 1. Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, daß der hessische Vertrag kein Modell für andere Tarifgebiete sein sollte. Immerhin sind fünf weitere Bezirke dem hessischen Beispiel gefolgt, und es scheint notwendig, einige Erfahrungen des hessischen Tarifabschlusses herauszustellen.

So begrüßenswert es war, daß der Vorstand der IG Metall sich für ein regionales Vorgehen entschied, so wurde offensichtlich vom Vorstand versäumt, das taktische Vorgehen mit den einzelnen Bezirken abzustimmen. Regionales Vorgehen muß zum Ziel haben, die Unternehmerfront an der schwächsten Stelle zu durchbrechen, um dann das erreichte positive Ergebnis auf die anderen Bezirke zu übertragen.

Besser informiert durch NACHRICHTEN

In eigener Sache

Diese Ausgabe der NACHRICHTEN umfaßt aufgrund umfangreicher aktueller Problematik, abweichend vom üblichen Umfang, 28 Seiten. Die nächsten Ausgaben werden, wie bisher, wieder 20 Seiten stark sein.

Verlag und Redaktion

Nun ist es den Unternehmern gelungen, den schwächsten Punkt der IG Metall ausfindig zu machen und in Hessen, in dem die Landtagswahlen ihre Schatten vorauswerfen, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Der Unternehmerverband Gesamtmetall hatte nichts Eiligeres zu tun, als das hessische Ergebnis von 10 Prozent als Verhandlungsrichtschnur für andere Bezirke zu bezeichnen. Zutreffend heißt es in der „Frankfurter Rundschau“ (28. 9.): „Gemessen an den Lohn- und Gehaltssteigerungen in anderen Bereichen und erst recht gemessen an Warnstreiks wie an drohend zugespitzten Erklärungen der IG-Metall-Funktionäre, ist dieses Ergebnis allerdings ein Erfolg der Arbeitgeber.“

Dabei war die Situation für die IG Metall selten so günstig wie in diesem Herbst. Die Unternehmer erzielten, wie die Gewerkschaft überzeugend nachwies, Riesengewinne. Hunderttausende Metallarbeiter demonstrierten ihre Kampfbereitschaft durch Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen. In 13 Tagen legten in 100 Betrieben mehr als 170 000 Arbeiter und Angestellte die Arbeit nieder. Das 7-Prozent-Angebot der Unternehmer wurde einhellig als provokativ zurückgewiesen.

Durch die Tarifabschlüsse in Hessen und anderen fünf Tarifbezirken wird zweifellos die Gefahr vergrößert, daß das schon gestörte Verhältnis aktiver Gewerkschafter mit einigen ihrer Vorstände in den Bezirken und dem Vorstand in Frankfurt noch schlechter wird. Obwohl in der IG Metall auf allen Ebenen erklärt wurde, daß die richtigen Lehren aus den Septemberstreiks 1969 gezogen würden, wurden in Hessen und anderen Tarifbezirken die Mitglieder nicht in die Entscheidungsprozesse einbezogen, sondern wiederum vor vollendete Tatsachen gestellt, wie auch schon 1969.

Auf der Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder vor einem Jahr wurde in der Entschließung Nr. 15 gefordert, bei künftigen Lohnbewegungen die gesamte Mitgliedschaft einzubeziehen. „Ohne Mitwirkung der Mitglieder dürfen keine Tarifverträge mehr abgeschlossen werden.“

Es zeigte sich auch die Fragwürdigkeit, während der Laufzeit eines Tarifvertrages Verhandlungen zu führen, wenn die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, Verhandlungen scheitern zu lassen und Kampfmaßnahmen einzuleiten.

Einmal mehr offenbart die diesjährige Tarifaufeinandersetzung auch die Fesseln, die die Schlichtung den Gewerkschaften anlegt. Die Schlichtung ist mit den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik unvereinbar.

Noch ist es Zeit in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und anderen Tarifbezirken, Lehren aus dem hessischen Abschluß zu ziehen.

Heinz Schäfer

Sperrfeuer der Unternehmer

Raffinierte Propagandabroschüre der Unternehmerverbände Wie steht es um Löhne, Gewinne und Preise wirklich?

Die Lohnrunde des Herbstes 1970 hat gerade begonnen und die Arbeiter und Angestellten, allen voran die der metallverarbeitenden und Stahlindustrie, schicken sich an, von dem übergroßen Profittkuchen einen Teil abzuschneiden. Nicht zufällig veröffentlicht das Deutsche Industrieinstitut, die Propagandazentrale der Unternehmerverbände, in diesem Augenblick eine Massenbroschüre mit dem Titel: „Entscheidung im Herbst — Lohnpolitik und Konjunktur“, in der die Unternehmerverbände wieder einmal all die alten Kalauer zusammengetragen haben, die sie stets vor jeder Lohnbewegung vortragen und mit denen sie zu beweisen suchen, daß Lohnerhöhungen notwendigerweise die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft untergraben und die Arbeitsplätze gefährden würden.

Das diesjährige Machwerk des Deutschen Industrieinstituts beginnt mit dem Satz: „Nichts, so sagt das Sprichwort, ist schwerer zu erlangen als eine Reihe von guten Tagen“. Es unterstellt von vornherein, daß es nicht den Großunternehmern, die eine wahre Gewinnexplosion erlebten, sondern den Arbeitern und Angestellten zu gut gegangen wäre. Dem Industrieinstitut kann man nicht absprechen, daß es mit äußerster Raffinesse vorgeht. Es knüpft an Tatsachen an, mit denen jeder Arbeiter und Angestellte im täglichen Leben konfrontiert wird — den steigenden Preisen, Mieten und Zinsen, kurzum, dem inflationären Prozeß, der dazu führt, daß die Mark zunehmend entwertet wird.

Für das Deutsche Industrieinstitut, das selbstverständlich nicht den geringsten Versuch unternimmt, die wirklichen Ursachen dieser für die Arbeiterklasse äußerst bedrohlichen Entwicklung zu untersuchen, steht von vornherein fest, daß es die Löhne und Gehälter sind, die die Preisstabilität gefährden.

Nirgends ging es indessen in den letzten drei Jahren ruhiger zu, als an der Lohnfront, vor allem in der metallverarbeitenden Industrie, in der nach langer Lohnpause im August vorigen Jahres die Tariflöhne um ganze 8 Prozent erhöht wurden. Die Diskrepanz zwischen Effektiv- und Tariflöhnen wird gerade in diesem Bereich immer größer. Aber ungestört von allen Tatsachen behauptet das Deutsche Industrieinstitut, daß die Lohnerhöhungen von gestern Ursache der Preis- und Mietsteigerungen von heute seien.

Es will wieder einmal das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale retten, das auch durch seine ständigen Wiederholungen nicht wahr wird. Es behauptet, daß zwischen Löhnen und Preisen ein enger Zusammenhang bestehe. Schon vor hundert Jahren wies Marx darauf hin, daß in Wahrheit zwischen den Löhnen und Profiten ein enger Zusammenhang besteht. Steigende Löhne führen zu sinkenden Profiten, aber nicht zu steigenden Preisen. Und deshalb wehren sich die Unternehmer gegen Lohnerhöhungen.

Wie wollen denn die Unternehmer die steigenden Mieten der Altbauwohnungen erklären, die vor fünfzig und mehr Jahren errichtet wurden, als die Stundenlöhne nur wenige Groschen betrugen? Die heutige Preiswelle ist eindeutig das Ergebnis der Profitwelle des letzten Booms, der aus der Monopolisierung der Wirtschaft sich ergebenden Möglichkeiten, der gesamten Gesellschaft einen Tribut aufzuerlegen und nicht zuletzt einer Wirtschaftspolitik des Staates, die auf der Grundlage einer maßlosen Überforderung der wirtschaftlichen Leistungskraft für eine Rüstungs- und Expansionspolitik den inflationären Prozeß forcierte.

Stets haben die Unternehmer jede Möglichkeit ausgenutzt, Höchstpreise durchzusetzen. Immer haben sie die Preise genommen, die sie bekommen konnten, ob die Löhne hoch oder niedrig waren. Es ist auch kein Zufall, daß in der Broschüre des Deutschen Industrieinstituts kein Wort über die Konzentrationswelle zu finden ist, die in den letzten Jahren unser Land überschwemmt und mit der sich aus ihr ergebenden Monopolisierung der Wirtschaft, die Bedingungen schuf, Höchstpreise diktieren zu können.

Neue Abonnenten

Allen Lesern der NACHRICHTEN, die uns bei der Werbung von neuen Abonnenten geholfen haben, möchten wir auf diesem Wege herzlich danken. Besonders herzlichen Dank an Herrn Werner Neu aus Ludwigshafen, der bereits 13 neue Abonnenten gewonnen hat.

Sicherlich ist das Reservoir im Kreis Ihrer Arbeits- und Gewerkschaftskollegen noch lange nicht erschöpft. Helfen auch Sie mit, für NACHRICHTEN neue Leser zu gewinnen. Es winken interessante Buchprämien. Für zwei geworbene Abonnenten erhalten Sie ein gutes Buch.

Direkt rührend werden die Unternehmer, wenn sie auf die Gewinne zu sprechen kommen. Noch nie haben Profite einen Arbeitsplatz gefährdet, behaupten sie. Aber nicht nur in der letzten Krise von 1966/67, sondern seitdem der Kapitalismus sich voll entwickelt hatte, war es die Profitsucht, die die Produktion maßlos erweiterte und zugleich die Konsumtionsfähigkeit der breiten Masse so beschränkte, daß die produzierten Waren nicht mehr abgesetzt werden konnten und Krisen periodisch auslöste.

Hohe Gewinne garantieren noch nicht hohe Investitionen und sichere Arbeitsplätze, Maßstab der Investitionstätigkeit der Unternehmer sind stets die künftigen Profitserwartungen. Ist die zu erwartende Rendite nicht hoch genug, dann wird nicht investiert und das Kapital sucht profitablere Anlagequellen im Ausland. Hohe Profite garantieren auch noch nicht, daß das investiert wird, was gesamtgesellschaftlich notwendig wäre und daß es an der richtigen Stelle geschieht. Wir können immer wieder erleben, daß massenweise Fehlinvestitionen vorgenommen werden.

Wenn die Unternehmer behaupten, daß eine Krise komme, falls die Gewerkschaften auf ihren Lohnforderungen beharren, so ist dazu nur zu sagen, daß die nächste Krise bestimmt kommt und die Folgen für die Arbeiterklasse werden um so schwerer sein, je tiefer der Widerspruch zwischen Produktion und Markt sich entwickelt. Höhere Löhne sind deshalb jetzt notwendig, denn noch nie brach eine Krise aus, weil die Arbeiter und Angestellten zu viel, sondern weil sie im Verhältnis zum Angebot zu wenig verdienten.

Die Demagogie des Deutschen Industrieinstituts ist grenzenlos. Da wird selbst August Bebel bemüht. Unter Berufung auf die richtige Äußerung Bebels, daß in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ohne Profit kein Schornstein raucht, unterstellt das DI Bebel, daß er heute sagen würde: „Gute Gewinne — guter Lohn“. Wie wir Bebel kennen, würde er den Gewerkschaften heute sagen:

Lohnfragen sind Machtfragen. In einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann es für euch keinen anderen Weg geben, als den Unternehmern von ihren Profiten so viel abzunehmen, wie ihr könnt. Das entspricht den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie und ist daher vernünftig. Ihr bekommt nichts geschenkt. Wenn ihr aber keine Inflation und keine Krisen mehr haben wollt, dann müßt ihr das kapitalistische System beseitigen. Das ist zweifellos leichter gesagt als getan. Aber wenn ihr wollt, daß immer mehr Arbeiter und Angestellte die historische Überholtheit des Kapitalismus erkennen, dann müßt ihr dafür sorgen, daß die Lohnbewegung des Herbstes 1970 für euch ein voller Erfolg wird.

Dr. Heinz Schäfer

Millionen im Lohnkampf

Konflikt im öffentlichen Dienst scheint unabwendbar Seeleute und Hafenarbeiter fordern 15 Prozent Zulage

Der Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts zwischen Staat, Unternehmerschaft und Lohnabhängigen geht weiter. Eine erhebliche Zuspitzung hat die Situation in der Metallindustrie erfahren. Weitere Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte bereiten sich auf die Auseinandersetzung vor oder sind in den Lohnkampf eingetreten — je nach Termin des Ablaufs ihrer Verträge. Nachdem in der papiererzeugenden Industrie bereits tarifloser Zustand besteht und für die Seeleute und Hafenarbeiter der nordwestdeutschen Seehäfen die Tarifverhandlungen laufen, tritt auch die große Gruppe der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in die Lohnbewegung ein. Die Tarifverträge laufen zum 31. Dezember 1970 ab.

Bei Bund, Ländern und Gemeinden sind rund 1,7 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Zugleich fordern auch die 1,3 Millionen Beamten eine Verbesserung ihrer Besoldung. Bis zum Jahresende sind auch die Tarifverträge für die Beschäftigten in folgenden Wirtschaftsbereichen kündbar: papier- und pappeverarbeitende Industrie, Schuhindustrie, Groß- und Außenhandel, Holzindustrie und Landwirtschaft (siehe auch Terminkalender Seite 28). Zu Beginn des Jahres 1971 treten das graphische Gewerbe, der Einzelhandel und das private Bankgewerbe in den Kampf um höhere Löhne und Gehälter ein und zum Frühjahr die chemische Industrie, die Versicherungen, das Bauhauptgewerbe, die Bekleidungsindustrie und andere.

Der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst hat praktisch schon begonnen. Die Situation ist gekennzeichnet von massiven Versuchen des Arbeitgebers Bundesregierung, die Lohn- und Gehaltsquote, die zugelegt werden muß, tief nach unten zu drücken. Das Bundesinnenministerium hat in dem Entwurf eines Besoldungsneuregelungsgesetzes den Beamten lediglich strukturelle Verbesserungen von 7,7 Prozent zugebilligt. Das hat Finanzminister Möller veranlaßt, unter Hinweis auf die „Stabilität des Staatshaushaltes“ seinen Kollegen Genscher zur Zurückhaltung aufzufordern. Möller selbst hat im Haushaltsentwurf 1971 Personalkostensteigerungen von maximal nur 8 Prozent berücksichtigt.

Auf diese Weise wird von vornherein versucht, Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst — Arbeiter, Angestellte und Beamte — auszuüben. Genscher will außerdem darauf dringen, daß im Kabinett eine Leitlinie („Orientierungsziffer“) für alle weiteren Lohn- und Gehalts- bzw. Besoldungserhöhungen festgelegt wird. Wie man hört, wird das auch geschehen, womit die Politik des massiven Eingriffs in die Tarifhoheit, wie sie vor allem mit der konzertierten Aktion praktiziert wurde, ihre Fortsetzung findet.

Die Gewerkschaften setzen sich dagegen entschieden zur Wehr. Walde-mar Reuter, im DGB-Bundesvorstand

für Beamtenfragen zuständig, erklärte kürzlich, der DGB werde sich bei den Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtenbesoldung an der Steigerungsrate des Bundeshaushaltes von 12,1 Prozent orientieren. Hinsichtlich der Erhöhung der Löhne und Gehälter für die Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden peilt man in den Gewerkschaften OTV und DAG einen Satz an, der auf jeden Fall „zweistellig“ ist und „eher bei 15 als bei 10 Prozent“ liegt. Es ist klar, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten eine mindestens 15prozentige Steigerung ihrer Einkommen erwarten, um an dem sprunghaft gestiegenen Profit in der Wirtschaft und den wachsenden Staatsausgaben ihren berechtigten Anteil zu bekommen.

Angeichts der Gewinnexplosion und der Preissteigerungen hat die Gewerkschaft OTV in Nordrhein-Westfalen die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes am 23. September in ultimativer Form aufgefordert, den Beschäftigten im Landesbereich eine monatliche Zulage von 100 DM rückwirkend ab 1. Juli 1970 zu gewähren.

Auch die Beamten werden von zunehmender Unruhe ergriffen. Sie wollen nicht länger hinnehmen, daß die öffentlichen Arbeitgeber bei ihrer Besoldungspolitik den Umstand einkalkulieren, daß die Beamten nicht streiken dürfen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat darum Mitte September erneut das Streikrecht für Beamte gefordert. Sie müßten den Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes rechtlich gleichgestellt werden.

Befremdend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter, daß man bei Einführung des Streikrechts für die Beamten dem öffentlichen Arbeitgeber aus Gründen der „Waffengleichheit“ das Recht zur Aussperrung gewähren solle. Das Streikrecht ist schließlich von den Gewerkschaften erzwungen worden, um den Machtvorteil von Unternehmern und sonstigen Arbeitgebern aufzuheben; die Aussperrung würde diesen Machtvorteil restaurieren. Die Aussperrung wird darum — Vetter sollte das wis-

sen — seit eh und je von den Gewerkschaften mit Entschiedenheit bekämpft.

Die Tarifbewegung in der papiererzeugenden Industrie hat in Baden-Württemberg zu einem ersten Ergebnis geführt. Die Löhne der Arbeiter werden rückwirkend ab 1. September 1970 linear um 50 Pfennig je Stunde erhöht und die Angestellten erhalten eine Gehaltserhöhung um 12 Prozent, mindestens um 87 DM monatlich. Ein Abkommen über die stufenweise Einführung eines 13. Monatseinkommens sieht für 1970 die Zahlung von 50 Prozent vor. Die IG Chemie - Papier - Keramik hat in den übrigen Tarifbezirken lineare Lohnerhöhungen um 58 bis 75 Pfennig, teilweise nach Vorgehen der Tarifsätze, und Gehaltsaufbesserungen von 70 bis 130 DM im Monat gefordert. Neben diesen regional unterschiedlichen Forderungen wurde einheitlich die tarifliche Einführung des 13. Monatseinkommens verlangt, daneben verschiedene strukturelle Verbesserungen.

In der Mineralölindustrie hat die IG Chemie - Papier - Keramik die Untermenschartariftverträge für die rund 10 000 Beschäftigten der in der Bundesrepublik tätigen internationalen Ölgesellschaften Esso AG, Deutsche Shell AG und BP AG zum 30. September bzw. bei der Mobil Oil AG zum 31. Oktober 1970 gekündigt. Es wurden Lohn- und Gehaltserhöhungen von 16 bis 17,5 Prozent, sogenannte vermögenswirksame Leistungen und die Einführung bzw. Erhöhung des 13. Monatsentgelts gefordert.

Für die 45 000 Kapitane und Besatzungsmitglieder auf den bundesdeutschen Seeschiffen haben die Gewerkschaften OTV und DAG eine lineare Erhöhung der Heuern und Sachbezüge um 15 Prozent verlangt. Im Manteltarifvertrag soll die Urlaubsregelung verbessert werden. Beide Abkommen — Heuer- und Manteltarifvertrag — wurden zum Jahresende gekündigt. Die DAG fordert für den Seemann die Senkung des Rentenbezugsalters auf 55 Jahre. Bei der Urlaubsbemessung soll der Sonnabend nicht mehr angerechnet werden.

Eine Lohnerhöhung von ebenfalls 15 Prozent auf 45 DM pro Schicht verlangen die Hafenarbeiter in den nordwestdeutschen Seehäfen. Außerdem soll ein tarifliches 13. Monatseinkommen vereinbart werden.

Im September hat auch der Beirat der IG Bau - Steine - Erden bereits beschlossen, die Bundesrahmentarifverträge für die rund 1,5 Millionen Beschäftigten des Bauhauptgewerbes fristgerecht zum 31. März 1971 zu kündigen.

Für alle diese laufenden und bevorstehenden Tarifbewegungen wird es darauf ankommen, sie mit der nötigen Härte zu führen, denn die Forderungen sind berechtigt, und der Widerstand der Unternehmer wird größer.

K. Kilian

Proteststreiks

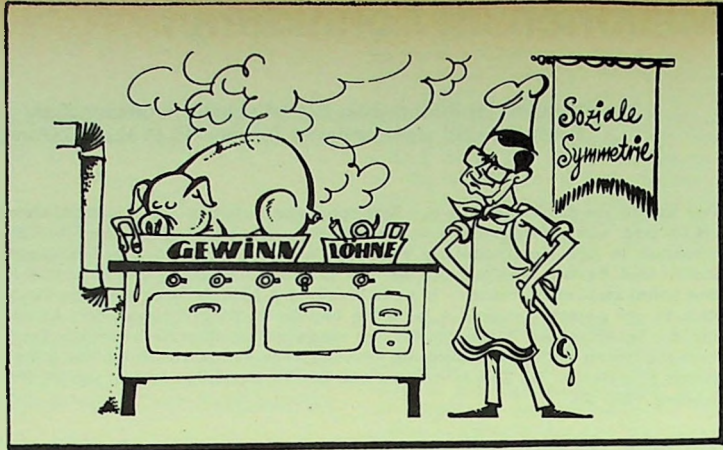
Ähnlich wie im September 1969 haben im vergangenen Monat und auch in den letzten Tagen Zehntausende Arbeiter und Angestellte für die Verbesserung ihrer Einkommen und gegen provokatorisch niedrige Unternehmerangebote gestreikt. Nach vorläufigen Schätzungen beteiligten sich an diesen Aktionen mindestens 250 000 Beschäftigte der metallverarbeitenden Industrie und der Eisen- und Stahlherzeugung.

Nachdem in den ersten Tagen der dritten September-Dekade laut Berichten der Tagespresse, der IG Metall und der Unternehmerverbände täglich zwischen 10 000 und 20 000 Arbeiter und Angestellte gegen das 7-Prozent-Angebot der Metallindustriellen in einigen Bezirken mit Streiks protestierten, steigerte sich die Zahl der an diesen Aktionen Beteiligten über 50 000 am 24. September auf rund 100 000 am 25. September. Auch in den folgenden Tagen legten Zehntausende spontan und kurzfristig die Arbeit nieder. Am 1. Oktober waren es allein in Baden-Württemberg nahezu 30 000. Weit über 100 Betriebe wurden von den Streiks erfaßt, darunter so klangvolle Konzernnamen wie Krupp, Rheinstahl, Thyssen, Hoesch, Klöckner, Daimler, Ford und Opel.

Wer geglaubt oder gehofft hatte, bei den spontanen Streiks im Herbst vorigen Jahres habe es sich um eine zufällige Reaktion oder um eine einmalige Erschöpfung in der sonst „streikmüden“ bundesdeutschen Landschaft gehandelt, der dürfte jetzt etwas klüger sein. Ohne Zweifel handelt es sich bei den herbstlichen Streiks sowohl 1969 wie auch 1970 um den Ausdruck wachsenden Klassenbewußtseins und zunehmender Bereitschaft der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, für die Durchsetzung berechtigter Forderungen konsequent und gemeinsam mit den Gewerkschaften zu kämpfen.

Um so unverständlicher und für die Betroffenen enttäuschender ist es, wenn die IG Metall in der gegenwärtigen Lohnbewegung mit diesem Pfund in manchen Bezirken nur ungenügend oder überhaupt nicht gewuchert hat. Das mußte zwangsläufig das mögliche Resultat reduzieren und damit zu Lasten der berechtigten Forderungen gehen. Die andere Seite ist aber, daß die IG Metall, insbesondere der Vorstand, Vertrauen aufs Spiel setzt. So ist in den Proteststreiks, die allesamt eindeutig gegen die Haltung der Metallindustriellen gerichtet sind, ein Aspekt aufgetreten, der zu denken geben sollte: Immer häufiger tauchen Lösungen auf, die auch die 10-Prozent-Abschlüsse kritisieren. Diese „Nebenproteste“ gegen unnötige gewerkschaftliche Kompromißbereitschaft können durch sofortigen Einsatz aller Kampfmittel vermieden werden.

Sb.



Kontra Bodenspekulanten

Vor unseren Augen vollzieht sich ein völliges Versagen der kapitalistischen „Marktwirtschaft“ auf dem Wohnungssektor und im Verkehrswesen, vor allem in den großstädtischen Ballungszentren. Die Wohnungsmieten steigen in schnellem Tempo und lagen bereits im Frühjahr dieses Jahres um mehr als 60 Prozent über dem Stand von 1962. Selbst im sozialen Wohnungsbau ist ein Quadratmeterpreis von 4,— DM keine Seltenheit und im freien Wohnungsbau werden im Frankfurter Raum schon 8,— bis 10,— DM gefordert. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal.

Einer der wesentlichen Gründe ist die ungehinderte, ja noch staatlich geförderte Bodenspekulation. Mit dem geplanten Städtebauförderungsgesetz will die SPD/FDP-Regierung lediglich an den Oberflächenerscheinungen herumkurieren, ohne das Übel an der Wurzel zu packen, d. h. ohne einen Eingriff in das von der CDU/CSU zur heiligen Kuh erhobene Privateigentum an Grund und Boden.

Die DKP hat jetzt einen „Vorschlag für einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des Bodenmarktes“ veröffentlicht, der in Übereinstimmung mit den Vorstellungen vieler Gewerkschafter und anderer demokratischer Kreise die Diskussion zur Beseitigung des Bodenmonopols und der damit verbundenen Bodenspekulation, sowie zu entsprechenden Aktivitäten der Arbeiterklasse und anderer betroffener Bevölkerungsschichten anregen soll.

Der Gesetzentwurf geht davon aus, daß der Boden die allgemeine, umfassendste Lebensgrundlage der Gesellschaft ist. Seine Nutzung muß deshalb vorrangig dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Die DKP zieht daraus den Schluß, daß das Bodeneigentum der Banken, der Versicherungsgesellschaften, der Industrie- und Handelskonzerne, sowie des Großgrundbesitzes in Übereinstimmung mit Artikel 15 des Grundgesetzes in Gemeineigentum überführt werden soll. Diese Schicht verfügt über den größten Anteil des Grundbesitzes, und die Vergesellschaftung des Bodens ist daher ein demokratisches Erfordernis.

Die Entschädigung soll zum Bilanzwert erfolgen. Des weiteren soll sofort ein allgemeiner Preisstopp für Grundstücke einsetzen.

Wenn der öffentliche Bodenbesitz zur Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben nicht ausreicht, so kann der Bodenbedarf durch die Übernahme privater Grundstücke zum amtlichen Schätzwert gedeckt werden. Auf Wunsch kann den bisherigen Eigentümern statt des Kaufpreises ein wertgleiches Ersatzgrundstück als Eigentum oder zur dauernden Nutzung übertragen werden. Der Gesetzentwurf richtet sich also gegen eine kleine Gruppe von Millionären und Milliarden, schützt aber ausdrücklich die kleinen Hausbesitzer oder Bodeneigentümer.

Der Boden im Eigentum der öffentlichen Hand soll in Zukunft grundsätzlich nicht mehr an Private veräußert werden können, sondern allenfalls zur persönlichen Nutzung nach sozialen Gesichtspunkten übertragen werden.

Für Gewerkschafter ist die Tatsache besonders interessant, daß zur Verwirklichung einer demokratischen Mitbestimmung und einer öffentlichen Kontrolle Bodenausschüsse gebildet werden sollen, in denen Vertreter der Gewerkschaften, der Mieterschutzverbände und anderer demokratischer Organisationen der Arbeiter und Angestellten sowie der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften mitarbeiten.

Sch.

Am 3. Oktober fand bei stürmischem und regnerischem Wetter auf dem Vorplatz des Düsseldorfer Schauspielhauses die seit längerem angekündigte Protestkundgebung des Deutschen Mieterbundes und des DGB gegen die katastrophalen Zustände auf dem Wohnungsmarkt statt. Etwa 4000 Teilnehmer waren dem Aufruf gefolgt. „Die Bundesregierung hat eine große Chance, politisch eine Sympathiewelle auszulösen, sie hat aber auch die Chance, sich furchtbar zu blamieren!“ Mit diesen Worten nahm Mieterbundspräsident Dr. Paul Nevermann zu den von der Bundesregierung geplanten Gesetzesinitiativen Stellung.

Nevermann forderte Brandt als „Kanzler der inneren Reformen“ erneut auf, „das Loch im sozialen Rechtsstaat“, das durch den Lücke-Plan aufgerissen worden sei, endlich zu schließen. Bindung der Mieten an die tatsächlichen Kosten, ein echter Kündigungsschutz sowie Unterbindung der Bodenspekulation, des Maklerunwesens, des Mietvertrag-Diktats seitens der Hausbesitzer-Organisation und aller sonstigen getarnten Mieterleistungen trug Nevermann als Forderungen des Mieterbundes vor. „Alle Mieter werden aufgerufen, in Erwartung dieser Maßnahmen alle unangemessenen, willkürlichen Mieterhöhungen zu boykottieren“, forderte er und deutete zugleich an, daß der Mieterbund im Falle unzureichender Gesetzesinitiativen weiter demonstrieren und notfalls einen Marsch nach Bonn organisieren werde.

Der DGB-Landesvorsitzende von NRW, Peter Michels, und der Landtagsabgeordnete Karl Trabalski setzten sich für eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu sozial tragbaren Mieten ein. Michels erklärte, daß die Höhe der Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht zuletzt durch die Höhe der Mietforderungen der Vermieter in den Ballungsgebieten bestimmt werde. Er forderte zur Beruhigung der augenblicklichen Lage am Wohnungsmarkt einen befristeten Mietestopp.

Nevermann vertrat die Auffassung, daß die von immer mehr Stimmen aus allen politischen Lagern geforderte Enteignung des Miethausbesitzes in absehbarer Zeit nur dann zu verhindern sei, wenn die Sozialbindung des Grundeigentums verstärkt werde. Es sei untragbar, daß nach 25 Jahren immer noch kein soziales Bodenrecht geschaffen wurde. In einer anschließenden Pressekonferenz teilte Nevermann mit, daß er und der Bundesgeschäftsführer Helmut Schlich am 5. Oktober ein Gespräch mit Bundeskanzler Brandt haben werden. Schlich: „Ich werde dem Bundeskanzler sagen, wenn die Sozialbindung des Eigentums nicht im Sinne des Grundgesetzes verwirklicht wird, geht das Privateigentum über die Wupper.“ R. Taudien

Aus Anlaß der am 8. November in Hessen stattfindenden Landtagswahl hat der DGB-Landesbezirk Vorschläge und Forderungen für „die konsequente Entwicklung einer fortschrittlichen Landespolitik“ unterbreitet. Damit will der DGB „bei der Gestaltung und progressiven Entwicklung der demokratischen Gesellschaft“ Einfluß nehmen.

An erster Stelle hat der DGB Forderungen zur Bildung und Ausbildung gestellt. Neben einer Gesamtschule und Gesamthochschule verlangen die Gewerkschaften in Hessen unter anderem „Selbstbestimmung und Mitbestimmung der Lernenden und Lehrenden“ sowie „die Abschaffung autoritärer Lehrmethoden und der autoritären Festsetzung von Studienzeiten, Lehrplänen und Berufsbildern“ durch eine „Demokratisierung der Lern- und Lehrprozesse“.

Der zweite Komplex befaßt sich mit der Sozial- und Gesundheitspolitik, wobei der DGB seine schon seit Jahren erhobenen Forderungen erneut präsentiert. Noch bedeutungsvoller sind die Forderungen zur Wirtschaftspolitik im dritten Komplex. Der DGB drängt auf eine weitgehende Reform des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes, die paritätische Mitbestimmung auf Unternehmensebene und auf die paritätische Besetzung der Industrie- und Handelskammern. Zugleich verlangt er, „unangemessene Marktmacht“ auszuschalten, gemeinwirtschaftliche Unternehmen zu fördern und wendet sich ferner gegen weitere Privatisierung von Bundes- eigentum.

Die Forderungen für die Bereiche „Jugendpolitik“ und „Frau im Beruf“ entsprechen ebenso den Interessen der Lohnabhängigen. Alle diese Vorschläge — sie sind zum großen Teil mit den Forderungen des DGB an die Bundesregierung vom 22. 10. 1969 identisch — könnten im Falle ihrer Durchsetzung die Lage der arbeitenden Menschen wesentlich verbessern.

Nach Durchsicht der Wahlprogramme der einzelnen Parteien zeigt sich, daß die weitestgehende Übereinstimmung der Gewerkschaftsforderungen mit den Vorschlägen und Forderungen der DKP besteht. Wenn auch die DKP als sozialistische Partei der Arbeiterklasse weitergehende Programmpunkte anstrebt, so werden doch in allen angeführten Bereichen von ihr meist gleichlautende Forderungen erhoben. Außerdem kandidieren auf der Liste der DKP, im Gegensatz zu allen anderen Parteien, in ihrer überwiegenden Mehrzahl Arbeiter und Angestellte und zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre, die als konsequente Interessenvertreter der Arbeiterbelange bekannt sind. — ick

In Bayern: Gegen CSU und NPD

In Bayern wird am 22. November ein neuer Landtag gewählt. Für den Gewerkschafter dürfte dabei interessant sein, daß nach langer Enthaltensamkeit erstmals wieder neben Sozialdemokraten auch kommunistische Kandidaten auf DGB-Veranstaltungen sprechen und ihre Zielvorstellungen darlegen können. Beispielsweise hatte der DGB-Kreisvorsitzende von Fürth, Kollege Georg Endreß, 30 Funktionäre der DGB-Ortskartelle im Landkreis Fürth zu einem politischen Frühschoppen eingeladen, auf dem die SPD-Kandidaten Heinrich Schnell, Walter Abele und Walter Dorsch sowie der kommunistische Kandidat Fritz Löw über Fragen der Mitbestimmung, des Mietwuchers, der Bildungspolitik, der „Inflationsgefahr“ und über die Lohnsteuervorauszahlung diskutierten.

Walter Dorsch begrüßte solche Zusammenkünfte und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie mindestens einmal im Jahr stattfinden sollten. Georg Endreß bestätigte, daß die Kommunisten schon immer in der Gewerkschaft anerkanntswerte Leistungen vollbracht und daß sie immer an der Seite der Gewerkschaften gegen das Kapital gestanden haben. In den Fra-

gen des Kampfes gegen den Mietwucher, für eine bessere Bildungspolitik und vor allem für die erweiterte Mitbestimmung herrschte in der Diskussion vorwiegend Einigkeit.

Auch in Schweinfurt gab es auf Einladung des DGB eine Diskussion der Gewerkschaftskollegen mit sozialdemokratischen und kommunistischen Landtagskandidaten. Das Ergebnis dieser Aussprache lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Die bayerischen Landtagskandidaten der DKP stellen sich in Briefen an die Wähler und auf den Wahlversammlungen hinter die Beschlüsse des 8. ordentlichen DGB-Kongresses in München (1969), in denen die Fortsetzung einer aktiven gewerkschaftlichen Tarifpolitik gefordert wird. Die DKP-Kandidaten erklärten ihre Solidarität mit dem Lohnkampf der Metallarbeiter.

Die bayerischen Kommunisten richten im Wahlkampf ihren Hauptstoß gegen die CSU, um die absolute Mehrheit der CSU zu brechen, eine Regierung ohne CSU zu ermöglichen und den Wiedereinzug der neonazistischen NPD in den Landtag zu verhindern.

H. Müller

Der Vorsitzende der immer noch verbotenen Kommunistischen Partei (KPD), Max Reimann, hat sich in einem offenen Brief an Bundeskanzler Willy Brandt gewandt mit der Aufforderung, endlich das KPD-Verbot in der Bundesrepublik aufzuheben. In dem Schreiben weist Max Reimann darauf hin, daß sich in der Bundesrepublik eine große Anzahl Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteien, darunter auch aus der SPD, aus den Gewerkschaften und dem wissenschaftlichen und kulturellen Leben für eine Wiederzulassung der KPD öffentlich ausgesprochen hat. Darunter prominente Demokraten wie Prof. Dr. Fabian, der Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, Prof. Dr. Ridder, Prof. Maierhofer, Oberkirchenrat Kloppenburg, Prof. Abendroth sowie zahlreiche Betriebsräte von Großbetrieben.

Max Reimann schreibt weiter, daß der Bundeskanzler nicht mit Schweigen über die wiederholten Forderungen auf Wiederzulassung der KPD hinweggehen könne, sondern in der jüngsten Zeit immer öfter gezwungen sei, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Auch Sie, Herr Bundeskanzler, behaupten, die Regierung sei nicht in der Lage, ein Urteil des Verfassungsgerichts aufzuheben. Sie wissen jedoch genauso gut wie ich, daß es in Ihrer eigenen Regierung und in Ihrer eigenen Partei genügend Juristen, Staatsrechtler und Politiker gibt, die eine Fülle von Wegen und Möglichkeiten aufgezeigt haben, wie man das von der Adenauer-Regierung aus politischen Gründen beantragte Verbot der KPD aus der Welt schaffen kann. Zu ihnen gehört unter anderem auch der derzeitige Innenminister Hans-Dietrich Genscher. Sie wissen sehr wohl, daß die Aufhebung des KPD-Verbots in erster Linie nicht eine juristische, sondern eine politische Frage ist.“

Im weiteren Verlauf des Schreibens bezieht sich Max Reimann auf den Programmentwurf der KPD, dessen Inhalt bestimmt sei von dem unabhängigen Erfordernis, Sicherheit und Frieden zu gewährleisten. Eine Wiederzulassung der KPD entspräche einer Friedenspolitik und fördere die Demokratie. Der Brief endet mit dem Vorschlag Max Reimanns an Willy Brandt, in einem Gespräch die Fragen der Aufhebung des KPD-Verbotes ernst und sachlich zu behandeln. Eine solche Aussprache könnte der Arbeiterbewegung und allen Demokraten in der Bundesrepublik zum Nutzen gereichen.

H. S.

Inflation durch Reformfinanzierung oder Rüstung? Politik der „kontrollierten Geldwertverdünnung“

Als Oppositionspartei forderte die SPD über ein Jahrzehnt lang einen Bundeshaushalt der Wahrheit und Klarheit. Dazu bestand aller Grund. Die CDU/CSU hatte es nämlich verstanden, den Etat so zu manipulieren, daß der mit Abstand größte Etatposten — die Rüstungsausgaben — nur zur Hälfte offen ausgewiesen, die andere Hälfte sachfremd in anderen Haushaltstiteln versteckt wurde. Als Regierungspartei setzt die SPD diese Vernebelungspraxis fort. In einer Inseratenkampagne wird weitere Irreführung über den Etat 1971 statt Aufklärung betrieben.

Unter der Überschrift „Jede Mark wird unsere Zukunft sichern“ zählt man werbekräftig alle Reformen auf, „die viel Geld kosten“. 43 Prozent mehr für Bildung, Wissenschaft und Forschung, 36 Prozent mehr für Städte- und Wohnungsbau, 14 Prozent mehr für Straßen und Verkehr, wird angekündigt. Der gutgläubige Bürger kann angesichts solcher Steigerungsraten beruhigt annehmen, daß die Reformfinanzierung rasch vorangetrieben wird. Doch die Wirklichkeit ist anders. Der minimale Etat für Bildung und Wissenschaft steigt nach dem Haushaltsentwurf für 1971 von 2,8 auf 4 Mrd. DM, der Kleinstetat für Städtebau und Wohnungswesen von 1,9 auf 2,6 Mrd. DM, der Etat für Verkehr von 10,2 auf 11,6 Mrd. DM. Produktive Mehrausgaben zusammen 3,3 Mrd. D-Mark.

Die offen ausgewiesenen, bereits maßlos überhöhten Rüstungslasten wachsen jedoch von 19,2 auf 21,9 Mrd. DM, also um 2,7 Mrd. DM. Dazu kommen 3,8 Mrd. DM für Stationierungskosten. Die inflationstreibenden Lasten sollen also um 6,5 Mrd. DM ansteigen. Sind das Gelder, die unsere Zukunft sichern oder gefährden? Rechnet man zu den direkten die verschleierte indirekten Rüstungslasten, wie NATO-Beitrag, Soldatenversorgung, strategischer Straßenbau, Rüstungsforschung usw., so übersteigt diese Gesamtsumme die 40-Milliarden-Grenze bei einem Gesamtansatz für den Bundesetat für 1971 von 100 Mrd. DM.

Die Bundesregierung wird ihr umfangreiches Reformprogramm nicht finanzieren können, wenn sie nicht das Wachsen überdimensionierter Militärausgaben stoppt und schriftweise verringert. Nach dem Moskauer Vertrag über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit ist das möglich. Dieser Vertrag und der neue Bundeshaushalt widersprechen sich.

Im Bildungsbericht 1970 der Bundesregierung ist z. B. ausgewiesen, daß 1969 ca. 20 Mrd. DM für das Schulwesen der Länder aufgewendet wurden; 1980 benötigt man dagegen ca. 100 Mrd. DM. Städtesanierung, Gesundheitswesen, Infrastruktur u. a. verlangen ähnliche Steigerungsraten. Mit den jetzigen Ansätzen bei Bund, Län-

dern und Gemeinden sind die versprochenen Reformen nicht rechtzeitig zu finanzieren. Für die Überwindung der von der CDU/CSU hinterlassenen Notstände sind mehr als doppelte Steigerungsraten erforderlich, wenn in etwa zehn Jahren der Nachholbedarf gedeckt sein soll.

Die CDU/CSU versucht z. Z. mit allen Mitteln der Demagogie, von ihrer trüben Hinterlassenschaft abzulenken und das Reformwerk zu verhindern. Ihr hemmungsloses Anheizen der Inflationsangst soll nicht nur die Wählerbasis der SPD/FDP-Regierung schmälern, sondern auch politischen Druck erzeugen, um die geplante 12prozentige Steigerung des Bundeshaushaltes bei einem realen Zuwachs des Brutto-sozialprodukts von nur etwa 6 Prozent zu verhindern. Dabei sitzt die Regierung in der Klemme, solange sie die Rüstungslasten weiter wuchern läßt.

Mit den Angriffen der CDU/CSU gegen die angeblich inflationstreibende Reformfinanzierung will man zugleich die Hauptursachen der Kaufkraftminderung der D-Mark vernebeln. Bundesfinanzminister Möller stellte jedoch bei einer heftig attackierten Spontanreaktion auf provokatorische Zwischenrufe bei der Elatred den richtigen Sachzusammenhang zwischen Rüstung, Krieg und Inflation her. In der Tat führt nicht nur der Krieg, sondern auch die Rüstung zu ständiger Kapitalvernichtung. Damit wird die Währung inflationiert. Dasselbe gilt für die importierte Inflation durch die Bindung an den kriegskranken Dollar. Durch die starren Wechselkurse wird der rapide Währungsverfall in den USA — bedingt durch den Indochinakrieg — auf Westeuropa übertragen. Ein Abbau der Rüstungslasten und flexible Wechselkurse würden die Hauptquellen der Inflationierung der D-Mark verstopfen.

Der Kaufkraftschwund entsteht außerdem durch die Preistreiberei. Die Arbeitsleistung pro Stunde hat sich in der BRD seit 1950 mehr als verdreifacht. Das hätte trotz erheblicher Wertsteigerung der Produktionsstätten zu Preissenkungen führen müssen. Der Rationalisierungserfolg wurde aber nicht durch gesenkte Preise an die Verbraucher weitergegeben, son-

Preise macht, wer Macht hat

**Mineralölmonopole beispielhaft für Preisdiktat
Mit Löhnen hat das alles nichts zu tun...**

Die Feststellung des schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Jochen Steffen, wer die Macht habe, mache auch die Preise, wird durch die gegenwärtige Preisentwicklung in der Bundesrepublik geradezu klassisch demonstriert. Und die jüngste Illustration in dieser Hinsicht lieferte die Mineralölwirtschaft, die rechtzeitig vor Beginn der Heizperiode bei allen Heizölsorten sowie bei Benzin und Dieselmotorkraftstoff zum Teil erhebliche Preiserhöhungen vornahm.

Die Mineralölwirtschaft ist deshalb besonders gut als Illustration für die Technik monopolistischer Preissteigerungen geeignet, weil die jetzt durchgeführten Maßnahmen keineswegs nur die Ausnützung einer aktuell gegebenen besonders günstigen Gelegenheit sind, sondern von langer Hand vorbereitet wurden. Die erste prinzipielle Ankündigung erfolgte bereits um die Jahreswende 1969/70.

Es began recht harmlos mit einer Ankündigung der vorgesehenen Raffinerieneubauten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Die Kapazität sollte sich um 55 von 116 (Ende 1969) auf 171 Millionen Tonnen (Ende 1975) erhöhen. Verbunden damit war die Versicherung, daß trotz dieser Erweiterung um 50 Prozent keine Überkapazitäten zu erwarten seien, sondern im Gegenteil wie auch in den vergangenen Jahren die Raffinerieproduktion hinter dem zu erwartenden Bedarf zurückbleiben würde.

dern durch selbstfinanzierte Neuinvestitionen in Vermögensumschichtung zu Lasten der Arbeitnehmer verwandelt. Mit den gegenwärtigen Lohnforderungen bleiben die Arbeitnehmer weit hinter der Wertsteigerung des Unternehmerbesitzes zurück. Kräftigere Lohnerhöhungen sind keine Inflationsursache!

Die jetzige Politik der kontrollierten Geldwertverdünnung durch die Bundesregierung für die Reformfinanzierung nach dem Rezept von J. M. Keynes wird erst durch die überhöhten Rüstungslasten gefährlich. Eine erhöhte Kreditaufnahme (gleich Staatsverschuldung) für produktive Reformen wäre vertretbar, weil dafür ein volkswirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Nutzen entsteht. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet jedoch die staatliche Politik der Geldwertverdünnung, daß die Arbeitnehmer neben der parasitären Rüstung auch die Inneren Reformen bezahlen, während den Hauptnutzen nach wie vor die privilegierte Minderheit erreicht: die bisher erkennbaren Reformen sind schließlich nicht auf Systemveränderung, sondern auf Systemstabilisierung angelegt.

Der nun vorgelegte Etatentwurf für 1971 zeigt, was eine sozialliberale Regierung bei bestehender Vorherrschaft des Großkapitals kann und was nicht. Nur eine Aktivierung der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften und der progressiven Intelligenz kann sozialen Wandel bewirken. Dem politischen Druck der CDU/CSU und der Konzerne muß politischer Gegendruck der Benachteiligten entgegengesetzt werden.

Lorenz Knorr

In den ersten Januartagen dieses Jahres gab Emil Kratzmüller, westdeutscher Esso-Generalkonzern und Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Mineralölwirtschaft, den ersten Überblick über das abgelaufene Jahr 1969: „Alles in allem sind die Erlöse der Mineralölwirtschaft gegenüber dem Vorjahr um mehr als eine Milliarde DM zurückgegangen. Man kann das gegenwärtige Preisniveau unmöglich aufrecht erhalten, nachdem wahrscheinlich alle Gesellschaften für das Jahr 1969 im reinen Ölgeschäft Verluste aufweisen werden.“

Selbstverständlich ging es dem bundesrepublikanischen Repräsentanten des amerikanischen Standard-Oil-Trusts gar nicht um Profit, als „sozialer Kapitalist“ war man schon immer dem Ganzen verpflichtet. Den Mamon, den man jetzt mehr haben wollte, brauchte man einfach, um „der Versorgungsaufgabe der Mineralölwirtschaft im gerade begonnenen Jahrzehnt gerecht werden zu können“, denn dazu wären immerhin Investitionen in einer Größenordnung von 12 bis 15 Milliarden DM erforderlich. Daher sei es völlig legitim, wenn sich ein Industriezweig „mit marktkonformen Mitteln“ um eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals und um die Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten für die volkswirtschaftlich auch künftig notwendigen umfangreichen Investitionstätigkeiten bemühe.

In den folgenden Monaten erschien immer wieder Warnungen vor einem unmittelbar drohenden Energiedefizit, insbesondere seien Schwierigkeiten bei der Belieferung mit schwerem Heizöl zu erwarten. Als sich das Bundeswirtschaftsministerium kurz vor Beginn der parlamentarischen Sommer-

pause endlich zu der Stellungnahme auftraffe, nach seiner Ansicht seien keine entscheidenden Versorgungslücken bei Kohle und Mineralöl zu erwarten, hatte sich für die Mineralölwirtschaft die gezielte Flüsterpropaganda bereits in harten Talern ausgezahlt. Unter Führung der Esso AG sowie der Benzin und Petroleum AG (BP) waren von fast allen großen Mineralölgesellschaften zunächst im süddeutschen Raum die Lieferverträge für Heizöl gekündigt und durch neue mit zum Teil erheblich höheren Preisen ersetzt worden.

Gleiches gilt aber auch für leichtes Heizöl, das nach einer Mitteilung der „Süddeutschen Zeitung“ (4. 8. 1970) im Rhein-Ruhr-Gebiet zur Zeit mindestens 30 Prozent mehr (kostet) als vor 2 Jahren. Dabei gehen die Notierungen von Woche zu Woche weiter nach oben, und in der Mineralölwirtschaft rechnet man damit, daß das in den kommenden Monaten so bleiben wird...“ Bei Benzin und Dieselkraftstoff lag zwar die Produktionszunahme über der Zuwachsrate des Verbrauchs. Wie bereits erwähnt, ist man in einer konzertierten Aktion der großen Mineralölkonzerne jedoch auch hier den Weg einer Preiserhöhung gegangen.

Offensichtlich aber steht die Mineralölwirtschaft der Bundesrepublik unter der Preisführerschaft der internationalen Konzerne erst am Anfang einer Preislawine, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Denn in einem Artikel für den „Industriekurier“ (23. 7. 70) hat Emil Kratzmüller als Sprecher des in der Bundesrepublik ansässigen Ölkapitals unter der Überschrift „Die Ölpreise sind ungenügend“ eindeutig erklärt, daß nur unter der Voraussetzung, „daß sich das Ölpreinsniveau in Europa und besonders in der Bundesrepublik wieder normalisiert“, man damit rechnen könne, „daß die Mineralölwirtschaft auch in den kommenden Jahren den Bedarf zu angemessenen Bedingungen decken wird“.

Nun läßt sich ja bekanntlich mit den Bilanzen westdeutscher Ölgesellschaften, die zu internationalen Konzernen gehören, kaum etwas anfangen. Wenn Bohr-, Förder-, Transport-, Verarbeitungs- und Handelsunternehmen verschiedener Länder nur Glieder innerhalb einer weltweiten Konzernkette sind, dann verursacht es keinerlei Schwierigkeiten, auf jeder Ebene dieser Hierarchie Gewinne auftauchen oder verschwinden zu lassen.

Die westdeutschen Mineralölgesellschaften aber werden, auch wenn die Preissteigerungen noch ein Weildes weiter fortgesetzt werden, am Ende immer wieder rote Zahlen in ihren Bilanzen ausweisen. Denn zu den Kosten, die von allen Verbrauchern übernommen werden müssen, gehören auch die ständigen Raffinerieerweiterungen. Nach jüngsten Schätzungen soll die Raffineriekapazität 1975 nicht 171, sondern 195 Millionen Tonnen betragen. Preissteigerungen machen's möglich.

L. K.

Preisanstieg systembedingt

**Ob Adenauer, Erhard oder Brandt: die Preise steigen
Anstieg um 4 Prozent — Gegen Demagogie der CDU/CSU**

Um 4,1 Prozent höher lagen im August 1970 die Lebenshaltungskosten gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Die industriellen Erzeugerpreise und die Großhandelspreise waren sogar um rund 6,5 Prozent höher. Eine Reihe von Erzeugnissen war noch erheblicher im Preis gestiegen, so Produkte des Kohlenbergbaus um 26 Prozent, des Stahlbaus um 16 Prozent und des Maschinenbaus um 10 Prozent. Im Jahresschnitt 1970 wird allgemein mit einem Anstieg der Lebenshaltungskosten um 4 Prozent gerechnet, wobei sich die Teuerungswelle auch 1971 fortsetzen wird.

Damit ist eines der Hauptziele Schillerscher — richtiger: sozialdemokratischer — Wirtschaftspolitik gescheitert: die Preisstabilität. Hinweise auf die angeblich zu spät erfolgte DM-Aufwertung oder auf die Lohnbewegung als Ursache für die Preisentwicklung sind nur bequeme Ausflüchte und sollen die wahre Ursache verbergen. Diese liegt in der Funktion des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst, dessen wichtigstes Ziel der Profit ist.

Die Tatsache, daß es inflationäre Preissteigerungen unter Brandt/Scheel ebenso gibt, wie es sie unter Adenauer und Erhard gab, ist ein Beweis dafür, daß sie systembedingt sind. Das Streben nach hohem Profit verursacht hohe Preise. Der ehemalige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Klaus-Dieter Arndt, der vor einigen Wochen dem Porzellan-König Rosenthal Platz machte, hat Mitte September eine den Unternehmern und der Regierung peinliche Wahrheit ausgesprochen, als er sagte, man werde sich in der Bundesrepublik daran gewöhnen müssen, mit hohen Preissteigerungen zu leben.

Diese Äußerung von Arndt, die ihm nach abgelegter Regierungsverantwortung glatt von den Lippen kam, ist ein weiterer Hinweis darauf, daß das kapitalistische System und nicht etwa Lohn- und Tarifbewegungen Ursache für die Preissteigerungen ist. Die Preissteigerungen, die der Bundesregierung in der Tat unangenehm sind und die Minister Schiller mit seiner mittelfristigen Finanzplanung halbwegs austilgen wollte, werfen aber auch ein Schlaglicht auf die wirklichen Mächtigen im Lande: die großen Monopole. Das erkannte auch die „Welt der Arbeit“ als ein Übel, wenn sie am 2. Oktober 1970 unter der Schlagzeile „Hoher Profit — hohe Preise“ feststellt: „Solange der Einfluß der Unternehmer auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen unseres Staates anhält, werden wir auch mit weiteren Preiswellen leben müssen“.

In diesem Satz steckt noch eine andere Wahrheit, nämlich daß die Lohnabhängigen keineswegs ohnmächtig zusehen müssen, wie sie von den Unternehmern um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden. Wenn auch

das monopolkapitalistische Wirtschaftssystem die Zwangsläufigkeit zur inflationären Entwicklung in sich birgt, so kann dieser Tendenz durch den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften entgegengewirkt werden. Der konsequente Kampf um wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Preisbindung, der Bodenspekulation und des Mietwuchers, für allseitige Mitbestimmung der Arbeiterschaft usw. kann den Preisanstieg spürbar verlangsamen und mithelfen, den Einfluß der Monopole auf die Regierung zurückzudrängen.

In diese Richtung sollte der DGB alle seine Kräfte mobilisieren. Neben verbaler Kritik an der Preisentwicklung erschöpft sich die Aktivität des DGB und der Gewerkschaften gegenwärtig in einer gefährlichen Verniedlichung und Relativierung der Situation. In dem Bestreben, die Regierung Brandt/Scheel vor den zweifellos demagogischen und unverantwortlichen Attacken der CDU/CSU in Schutz zu nehmen, lähmt der DGB und stoppen manche Gewerkschaftsfunktionäre die Aktivität der Gewerkschaften und begreifen offenbar nicht, daß sie damit der Arbeiterschaft die Chance schmälern, ihrerseits mehr Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung zu erlangen.

Immer häufiger geistern in den letzten Wochen solche Sätze durch die Gewerkschaftspresse wie diese: „Wer das Ziel der gesellschaftlichen Stabilität anstrebt, kann sich nicht einseitig an dem Ziel der Geldwertstabilität orientieren.“ — „Verglichen mit den wichtigsten westlichen Industriestaaten nehmen sich die Preissteigerungen in der Bundesrepublik immer noch günstig aus.“ — „Trotz der Preissteigerungen wird das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer in seiner Kaufkraft — das heißt real — 1970 um durchschnittlich rund 8 v. H. höher sein als 1969.“ (Welt der Arbeit, 18. 9. 70) — „Trotz aller Unbill ist unsere Währung noch immer eine der härtesten der Welt.“ (Welt der Arbeit, 25. 9. 70)

Solche Sätze waren bei gleichem Anlaß in früheren Jahren undenkbar. Sie zeigen, auf welch gefährliches Glatteis sich der DGB begibt, ohne daß er es nötig hätte. Die Vertretung

der Interessen der arbeitenden Menschen erfordert das schonungslose Aufdecken der Ursache für die Preisentwicklung und harte Maßnahmen dagegen. Gleichzeitig muß man die hemmungslose Demagogie der CDU/CSU entlarven, deren auf die Interessen der Monopole orientierte Politik den Wert der D-Mark in 20 Jahren auf 57 Pfennig reduziert hat, und auf die sich jene Kräfte der Gesellschaft und Wirtschaft orientieren, die — wie Finanzminister Möller richtig sagte — zwei Weltkriege und die nachfolgenden Inflationen verursachten.

Kritik wird in den Gewerkschaften an der Rolle geübt, die der sozialdemokratische Bundesbankpräsident Klagen in der Diskussion um Preisentwicklung und Lohnpolitik schon lange spielt. Geradezu empörend ist seine Feststellung im jüngsten Monatsbericht der Bundesbank, daß hinsichtlich der gewerkschaftlichen Lohnpolitik „jeder Prozentsatz mehr nach unten ... mehr Stabilität“ bedeute.

Einfach demagogisch ist die Rechnung der Bundesbank, wonach im zweiten Quartal 1970 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1969 die Effektivlöhne um 14,5 Prozent gestiegen seien, aber die Produktivität nur um 4,5 Prozent, wodurch sich ein Anstieg der Lohnkosten um 10 Prozent errechne. Der Leser soll nun denken, daß dadurch auch Preissteigerungen in dieser Größe nötig werden. Die Probe auf Exempel sieht jedoch anders aus:

Im Durchschnitt der Industrie beträgt der Anteil der Lohnkosten auf je 100 DM Umsatzerlös rund 23,40 DM. Wenn also ein 10prozentiger Anstieg der Lohnkosten voll auf den Preis abgewälzt würde, müßten für das Produkt im Wert von 100 DM bestenfalls 102,34 DM verlangt werden. Da die Erzeugerpreise in der Industrie aber um über 6 Prozent angestiegen sind, haben die Unternehmer ihren Umsatzerlös je 100 DM auf mindestens 106 DM gesteigert. Dazu kommt noch der von der Bundesbank genannte Produktivitätsfortschritt von 4,5 Prozent. Rechnet man nur den allgemeinen Preisanstieg von 4 Prozent und den Produktivitätsgewinn von 4,5 Prozent, so beträgt der Gewinn aus beiden Faktoren je 100 DM 8,50 DM. Demgegenüber erhöht sich der Lohnanteil bei 15 Prozent Steigerung nur um 3,51 DM, bezogen auf 23,40 DM, die jeweils in 100 DM Umsatz stecken.

Die Gewerkschaften haben darum keinen Grund, sich in ihrer Tarifpolitik von der Preisentwicklung irritieren zu lassen. Die Reduzierung der IG-Metall-Forderung in einigen Bezirken von 15 auf 10 Prozent ist für die Unternehmer ein riesiges Geschäft zusätzlich. Dieser Entwicklung und der irrigen Gleichsetzung von Lohnkosten und Warenpreisen, die zwei völlig verschiedene Größen sind, müssen der DGB und die Gewerkschaften sehr nachdrücklich entgegenreten.

G. Siebert

Meinungen zur DGB-Erklärung vom 22. 10. 1970

Als der DGB vor einem Jahr seine „Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die neue Bundesregierung“ richtete und darin im Namen der Arbeiter, Angestellten und Beamten deren Forderungen formulierte, geschah das gewiß nicht aus formalen Gründen. Die Gewerkschafter erwarteten ernsthaft eine ihren Forderungen entsprechende Politik. In einer kleinen Umfrage unter Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären haben wir zwei Fragen gestellt: „Betrachten Sie den Inhalt der Erklärung vom 22. Oktober 1969 weiterhin als verbindlich und aktuell? Welche Forderungen wären nach Ihrer Auffassung mit Vorrang zu vertreten?“ Nachstehend die Antworten (siehe auch nebenstehenden Kommentar):

Betriebsrat der Rheinstahl Eggers-Kehrhahn GmbH., Hamburg: Vor einem Jahr, im Oktober 1969, richtete der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Erklärung an die neugewählte Bundesregierung. Die darin erhobenen Forderungen sind unverändert richtig, und wir erwarten darum verstärkte Schritte zu ihrer Durchsetzung. Angesichts der Bestrebungen des Rheinstahl-Konzerns, die qualifizierte Mitbestimmung zu beseitigen, erscheinen uns die im Abschnitt „Allgemeine Gesellschaftspolitik“ genannten Forderungen zur Ausdehnung und Verbesserung des Mitbestimmungsrechts besonders vordringlich. Der DGB und seine Gewerkschaften sollten die Bundesregierung auffordern endlich Schritte in diese Richtung zu tun.

(Der Betriebsrat übermittelte diese Stellungnahme am 1. Oktober 1970 auch dem Bundesvorstand des DGB).

Heinz Bär, Mitglied des Betriebsrats der Klöckner-Werke AG, Hütte Bremen: Nach einem Jahr Praxis der Regierung Brandt/Scheel halte ich die DGB-Forderungen von 1969 für unverändert aktuell. Mit Vorrang sollten die Gewerkschaften Maßnahmen verlangen, die zu vertretbaren Wohnungsmieten und stabilen Preisen führen. Wenn es nicht anders geht, müssen dafür gewerkschaftliche Druckmittel eingesetzt werden.

Gerhard Haut, Beisitzer beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier, Kempten/Allgäu: Ja, die Erklärung des DGB gilt nach wie vor, und sie ist durchaus aktuell. Ich halte zwei Forderungen für vordringlich. Erstens die Ausweitung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung und zweitens die Verwirklichung einer gerechteren Vermögensverteilung. Die Regierung muß zur Realisierung dieser Forderungen nun endlich mehr Initiative entwickeln.

Willi Malkomes, Betriebsrat und Vorstandsmitglied der Ortsverwaltung Frankfurt/M. der IG Chemie - Papier - Keramik: In der Erklärung des DGB-Bundesvorstandes vom 22. Oktober 1969 wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die neue Bundesregierung die Belange der arbeitenden Bevölke-

rung stärker berücksichtigen werde. Ich halte diese Erklärung nach wie vor für aktuell und bedaure es außerordentlich, daß die Regierung ihr in weiten Teilen nicht gefolgt ist. Gerade durch die vom Großkapital verursachte Preislawine und angesichts des Mietwuchers wird die in der Erklärung geforderte Beseitigung der „einseitigen ungerechten Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft“ immer dringlicher. Die qualifizierte Mitbestimmung in der Großchemie könnte wesentlich dazu beitragen, die soziale Existenz der Arbeiter und Angestellten zu verbessern. Der Forderungskatalog des DGB darf nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Heinz Röpke, Betriebsratsvorsitzender der Klöckner-Werke AG, Hütte Bremen: Die Gewerkschaften haben keinen Grund, noch länger auf die Verwirklichung ihrer Forderungen zu warten. Die Vertretung unserer Interessen erfordert die Einnahme eines klaren Standpunktes gegenüber der Regierungspolitik. Die Erklärung vom 22. 10. 1969 ist ein solcher Standpunkt. Aber das Formulieren von Forderungen genügt nicht; wir müssen auch was unternehmen, um sie durchzusetzen. Das gilt nach meiner Meinung gegenwärtig insbesondere für die Realisierung unserer Mitbestimmungsforderungen und hinsichtlich der Herstellung von Steuergerechtigkeit und Preisstabilität, aber auch für die Verwirklichung einer konsequenten Politik gegen den Rechtsextremismus und für die Verminderung der Rüstungslasten.

Alfred Vogler, 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Friedrichshafen der IG Metall: Die Erklärung vom Oktober 1969 ist ebenso verbindlich wie auch aktuell. Verbindlich, weil in der Erklärung die Forderungen des Aktionsprogramms von 1965 enthalten sind und aktuell, weil die Bundesregierung bisher nicht genug getan hat, die sozialpolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften zu verwirklichen. Ohne die Forderungen, die sich auf sozialpolitische Fragen in engerem Sinne beziehen, zu unterschätzen, halte ich es für dringend, entschiedene Schritte zur Verwirklichung der qualifizierten Mitbestimmung und eine sozial gerechte Steuerreform zu unternehmen.

Die im September-Heft von NACHRICHTEN getroffene Feststellung, daß es jetzt an der Zeit sei, mit gewerkschaftlichen Aktionen die Forderungen durchzusetzen, die der DGB am 22. Oktober 1969 an die neue Bundesregierung richtete (siehe: „69er DGB-Erklärung aktuell“ Nr. 9/70), hat in Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen Zustimmung gefunden. Der Betriebsrat der Rheinstahl Eggers-Kehrhahn GmbH, Hamburg, griff den Gedanken auf und richtete an den DGB-Bundesvorstand die Forderung, „verstärkte Schritte“ zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu unternehmen.

Die Forderung, der DGB möge seine Kraft aufwenden, um bei der Bundesregierung auf Verwirklichung eines erweiterten und verbesserten Mitbestimmungsrechts zu drängen, wurde bei einer NACHRICHTEN-Umfrage am häufigsten genannt. Aber auch die Fragen der Überwindung der einseitigen Herrschaftsstruktur in der Bundesrepublik und der ungerechten Vermögensverteilung sowie so aktuelle Forderungen wie Stabilisierung der Preise und Mieten wurden angesprochen und als vordringlich bezeichnet.

In den Führungsspitzen des DGB und der Gewerkschaften war es in dem einen Jahr seit Veröffentlichung der Erklärung etwas still geworden. Gleichzeitig aber kann nicht davon gesprochen werden, daß seitens der Bundesregierung besondere Anstrengungen gemacht werden, um den Forderungen gerecht zu werden, die der DGB als Erwartungen an die neue Regierung richtete und die die Interessen von über 80 Prozent der Bevölkerung widerspiegeln. „Die vielen unerledigten Probleme auf dem Gebiete der Gesellschaftspolitik, insbesondere der Einkommens-, Vermögens- und Bildungspolitik sowie im Bereich der sozialen Sicherheit“, von denen der DGB spricht, wurden bislang nicht mit erkennbarer Absicht sie zu lösen angepackt.

Solche Probleme wie die Beseitigung der ungerechten Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft durch Mitbestimmung, der Kampf gegen den Rechtsextremismus, das Verbot der NPD, die Beseitigung des Ungleichgewichts der Einkommensverteilung, die Stabilisierung des Preisniveaus, das Verbot der Preisbindung, die Unterbindung des Mietwuchers, die Steuerentlastung für Arbeitnehmer — alles Forderungen der DGB-Erklärung — sind gegenwärtig ganz besonders dringlich. Die NACHRICHTEN-Leser sind aufgefordert, in Diskussionsbeiträgen Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie alle diese Probleme zusammen mit dem DGB und den Gewerkschaften im Interesse der werktätigen Bevölkerung gelöst werden können. G.S.

Perle des Klöckner-Konzerns

Gewinnexplosion — Beispiel aus der Stahlindustrie 6000 Bremer Hüttenwerker fordern ihren Anteil

Über der bundesdeutschen Stahlindustrie steht die Sonne der Konjunktur senkrecht. Nie zuvor fühlten sich die Eisen- und Stahlaktionäre so wohl wie 1969, das mit über 45 Millionen Tonnen Rohstahlproduktion ein Rekordergebnis brachte — und natürlich auch Rekordgewinne. Für 1970 erwartet man es nicht anders. Rekorde auf der ganzen Linie erzielte auch der Klöckner-Konzern, einer der Giganten am westdeutschen Eisen- und Stahlmarkt, der 1969 gegenüber dem Vorjahr eine Gewinnsteigerung um 151,2 Prozent erzielte. NACHRICHTEN haben sich in Bremen, dem Standort der „Perle“ des Klöckner-Imperiums, einem modernen Hüttenwerk an der Weser, umgesehen und mit Angehörigen des Betriebsrats über Probleme und Forderungen der Belegschaft gesprochen, die eine Erhöhung des Stundenecklohnes um 80 Pfennig (18 Prozent) fordert.

Der grüngestrichenen Holzbaracke, gleich hinter dem Werkstor der Klöckner-Werke AG, Hütte Bremen, sieht man nicht an, daß sie einem Konzern gehört, der im abgelaufenen Jahr 2,04 Milliarden DM umgesetzt und — laut Geschäftsbericht — an Abschreibungen, Rücklagen, Pensionsrückstellungen und Reingewinn rund 180 Millionen DM erwirtschaftet hat. Das macht, umgerechnet auf die damals 40 000 Beschäftigten im Konzernbereich, pro Kopf rund 4500 DM. Dabei ist der Veräußerungsgewinn aus dem umfangreichen Bergbaubesitz, der am 1. Januar 1969 an die Ruhrkohle AG übergegangen ist, nicht berücksichtigt. Man muß auch die 10 000 Bergarbeiter, die nur noch drei Monate am Umsatzergebnis beteiligt waren, aus der Rechnung herausnehmen, so daß sich der Pro-Kopf-Erlös des Konzerns beträchtlich erhöht. Berücksichtigt man außerdem, daß unter allen Klöckner-Werken die Bremer Hütte die leistungsfähigste und ertragreichste ist, dann kann man verstehen, warum ein Arbeiter zu der Lohnforderung bei Klöckner bemerkte: „Wenn ich daran denke, daß ich allein den Bossen 10 000 bis 15 000 DM reinen Gewinn erschufft habe, dann kommen mir die 80 Pfennig Lohnforderung wie Bettelpfennige vor!“

In der Baracke residiert der Betriebsrat. Der „Schuppen“, noch nicht einmal den Pro-Kopf-Erlös eines Arbeiters wert, ist für ihn wohl gerade gut genug. Im Werk sind zur Zeit 6100 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die den Reichtum des Konzerns und seiner Aktionäre mehrheitlich helfen. Nachdem es 1968 für das vorausgegangene Geschäftsjahr 5 Prozent Dividende gegeben hatte, wurde sie 1969 um 3 Prozent und 1970 nochmals um 4 Prozent auf 12 Prozent erhöht. Der Konzernerlös pro 100-DM-Aktie betrug 1969 etwa 55 DM gegenüber 40 DM im Jahr davor.

Enorm ist auch die Produktionsleistung der Arbeiter und Angestellten. Laut Geschäftsbericht wurden in den

vier Klöckner-Hütten (Werk Osnabrück, Hütte Haspe, Georgsmarienhütte und Hütte Bremen) 2,303 Millionen Tonnen Roheisen erzeugt, das ist gegenüber dem vorausgegangenen Geschäftsjahr eine Steigerung um 23,9 Prozent. Davon entfielen 996 000 t auf das Bremer Werk (plus 29,7 Prozent). Die Rohstahlproduktion betrug 3,376 Mill. t (plus 9,8 Prozent), wovon 1,582 Mill. t (plus 11,4 Prozent) auf Bremen entfielen. Bei Walzstahl wurden 2,646 Mill. t (plus 12 Prozent) erzeugt, davon in Bremen 1,344 Mill. t (plus 13,8 Prozent).

Daß die Bremer Hütte den Aktionären „viel Freude“ bereitet, wie Vorstandssprecher Sandler erklärte, geht aus den genannten Zahlen hervor. Nachdem das moderne LD-Stahlwerk bereits 82 Prozent der Rohstahlerzeugung der Bremer Hütte liefert, läuft gegenwärtig mit einem Investitionsaufwand von 800 Mill. DM die zweite Ausbaustufe, die das Stahlwerk auf eine Jahreskapazität von 1,8 Mill. t bringen wird. Eine Warmbreitbandstraße, die zur Zeit errichtet wird, soll die modernste ihrer Art in der Welt werden und ab 1972 jährlich bis zu 3 Mill. t mit einer Walzgeschwindigkeit bis zu 90 km/st verarbeiten.

Nicht so viel Freude bereiteten dem Konzern-Vorstand das ausgeprägte Selbstbewußtsein und die Kampfbewußtsein der Bremer Hüttenwerker. Gestützt auf einen konsequenten Betriebsrat und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute führten sie im September 1969 ihren berühmten neuntägigen erfolgreichen Streik, der eine spürbare Anhebung der Löhne und Gehälter zum Ergebnis hatte. Daß die Klöckner-Arbeiter berechnete Forderungen nicht nur formulieren, sondern auch dafür zu kämpfen wissen, bewiesen im August dieses Jahres abermals Streiks in mehreren Betriebsabteilungen, wobei es um höhere Einstufungen ging. Dabei erwies sich, daß der seit 1963 nicht mehr verbesserte Lohnrahmenvertrag völlig unzeitgemäß ist, und dringend der Erneuerung bedarf.

Der Betriebsrat hat, entsprechend dem Verlangen der Belegschaft, die IG Metall aufgefordert, den nächsten Kündigungstermin, den 31. Dezember 1970, wahrzunehmen.

Angesichts der Dividendenexplosion bei Klöckner haben Belegschaft und Betriebsrat durchgesetzt, daß den Beschäftigten je Dividendenprozent, das über 10 Prozent hinaus an die Aktionäre ausgeschüttet wird, 2,5 Prozent vom Monateinkommen gezahlt werden müssen. Da 75 Prozent des 13. Monateinkommens mit einer Betriebsvereinbarung abgesichert sind, erreichten die Bremer Hüttenwerker im letzten Jahr 80 Prozent.

Einige Sorgen bereitet dem Betriebsrat der bisherige Verlauf der Tarifverhandlungen in den Bezirken, die deutlich die dämpfende Regie des Vorstandes der IG Metall erkennen läßt. Als wir mit Mitgliedern des Betriebsrates, dem Vorsitzenden und Kommunisten Heinz Röpke und seinen sozialdemokratischen bzw. parteilosen Kollegen

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

sprachen, bildete sich schnell eine Diskussionsrunde. Die 10-Prozent-Abschlüsse in der Metallverarbeitung Hessens und Niedersachsens und die Reduzierung der IG-Metall-Forderung in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens von 15 auf 11 Prozent waren bereits bekannt. Diese Defensivhaltung wurde von allen anwesenden Betriebsratsmitgliedern mißbilligt. Die Gewerkschaft würde unglaublich, wenn sie Jahr für Jahr die Berechtigung der Höhe einer Forderung exakt und überzeugend nachweise, um dann doch regelmäßig mit weniger zufrieden zu sein. Auf diese Weise habe sich ein enormer Nachholbedarf gebildet.

„Uns Klöckner-Werkern darf man mit 10 oder 11 Prozent nicht kommen!“ Das ist die eindeutige Meinung. Dann sprachen die Betriebsräte von der zunehmenden Unruhe und Verärgerung in der Belegschaft des Bremer Werkes, die sich angesichts der ersten ungenügenden Verhandlungsergebnisse ausbreitet. Der Vertrauensmännerkörper der Klöckner-Werke, die einen eigenen Tarifvertrag haben, hatte am 14. August 1970 eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 20 Prozent ge-

fordert. Diese Forderung wurde von der Tarifkommission der Klöckner-Hütte auf 18 Prozent (80 Pf auf den Ecklohn, 128 DM auf das Eckgehalt) reduziert. Eine weitere Reduzierung ihrer Forderung wollen die Bremer Hüttenarbeiter angesichts der blenden Ertragslage der Hütte nicht hinnehmen. Ein unmöglicher Zustand ist, daß der geschäftsführende Betriebsrat der Klöckner-Werke in der verhandlungsführenden Tarifkommission nicht vertreten ist.

Das ist noch eine von mehreren Nachwirkungen der zeitweiligen Frontstellung, die der Vorstand der IG Metall und Otto Brenner persönlich anlässlich der Betriebsratswahl im Frühjahr 1969 gegen den neuen Betriebsrat der Bremer Hütte eingenommen hatte. Bekanntlich war damals die von der IG Metall unterstützte Kandidatenliste gegen zwei weitere Listen mit IG-Metall-Mitgliedern unterlegen, weil sie Namen enthielt, die in der Belegschaft einen denkbar schlechten Klang hatten und die IG Metall in Mißkredit brachten. Mehrere Sozialdemokraten hatten auf den beiden anderen Listen kandidiert, und gegen rund 40 Mitglieder der IG Metall leitete der Gewerkschaftsvorstand ein Disziplinarverfahren ein. Noch heute werden vier Mitglieder des Betriebsrats mit gewerkschaftlichem Funktionsverbot behindert, weshalb der Vertrauensleutkörper der IG Metall auf der Hütte die Aufhebung der Disziplinarmaßnahmen forderte.

Dem Betriebsrat gehören 29 Kollegen an. Zwei von ihnen sind Mitglieder der DKP, darunter der Vorsitzende Röpke, der mit 20:9 Stimmen gewählt wurde, nachdem der zunächst gewählte Parteilose Bonno Schütter infolge fristloser Entlassung und einer weiteren Kündigung auf absehbare Zeit kaum noch Aussicht hatte, wieder in den Betrieb zu kommen. Die übrigen Betriebsratsmitglieder sind überwiegend Sozialdemokraten. Die große Mehrheit im Betriebsrat vertritt eine fortschrittliche, aktive Politik auf dem Boden der Beschlüsse des DGB und der IG Metall.

Die Gewerkschaft hat durch die Arbeit des neuen Betriebsrats ihre Basis im Betrieb erheblich verstärken können. So wurde der Vertrauensleutkörper der IG Metall durch echte Wahlen von vorher rund 120 auf etwa 200 Kollegen verstärkt. Während außerhalb Bremens aufgrund des unklugen Vorgehens des Vorstandes der IG Metall gegen die Kandidaten der beiden „nichtoffiziellen“ Listen seinerzeit zahlreiche Protestaustritte aus der Gewerkschaft zu verzeichnen waren, nahm die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf der Klöckner-Hütte Bremen kräftig zu, allein im zweiten Quartal 1970 um 100. Das ist zweifellos das Verdienst der Betriebsräte und Vertrauensleute, die unbeirrt für das Vertrauen der Arbeiter und Ange-

Zur Person

Heinz Röpke

Heinz Röpke ist geborener Bremer und 48 Jahre alt, von Beruf Maschinenschlosser. Gewerkschaftsmitglied ist Röpke seit 1950. Politisch organisierte er sich im selben Jahr in der KPD, später in der DKP. Im Februar 1970 wurde Heinz Röpke mit großer Mehrheit von seinen Kollegen im Betriebsrat zum Vorsitzenden des Betriebsrats der Klöckner-Hütte Bremen gewählt. Stationen seiner gewerkschaftlichen Arbeit sind: 1956 Vertrauensmann der IG Metall und 1959 Vertreter, Nachdem Röpke 1956 bei Klöckner in seinem Beruf Beschäftigung erhielt, wurde er vier Jahre später — 1960 — in den Betriebsrat gewählt, dem er seitdem ununterbrochen angehört. Die Aufgaben des Vorsitzenden erfüllt er schon seit 1969, nachdem der gewählte Vorsitzende Schütter fristlos entlassen worden war.

Man kann von Röpke ohne Pathos sagen, daß er ein kampfprober Gewerkschafter ist, der für die Interessen der Arbeiter und Angestellten konsequent eintritt. Die Klöckner-Kollegen wissen das nicht erst seit dem September-Streik 1969. Im Jahre 1954 wurde Röpke von den Lloyd-Motoren-Werken als Wortführer eines Streiks fristlos entlassen und auf die „Schwarze Liste“ gesetzt. Zwei Jahre lang wurde er von Bremer Betrieben zurückgewiesen.

Sein Streben als Gewerkschafter gilt, wie er uns erklärte, der erfolgreichen und konsequenten Interessenvertretung der Belegschaft gegenüber dem Kapital. Besonderes Anliegen ist ihm, in Zusammenarbeit mit der IG Metall, neben den materiellen Forderungen der Klöckner-Arbeiter und -Angestellten, die qualifizierte Mitbestimmung auf allen Ebenen durchzusetzen und effektiver zu machen. Sb.

stellten zur IG Metall warben. Nicht zuletzt ist es das Resultat ihrer aktiven Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit.

Schließlich ist da noch ein weiteres Problem, auf das der Betriebsrat aufmerksam macht: die schleichende Aushöhhlung der qualifizierten Mitbestimmung im Klöckner-Konzern. Im Zuge einer abermaligen Neuorganisation und Konzentration des Konzerns werden die drei Werke Haspe, Georgsmarienhütte und Bremen zu einer Zweigniederlassung der Klöckner-Werke AG, Duisburg, umgewandelt. Der Sitz des gemeinsamen Direktoriums wird Bremen. Der Betriebsrat befürchtet eine

spürbare Erschwerung seiner Arbeit, da die Werksleitung in vielen Fragen künftig nicht mehr entscheidungsberechtigt ist und dadurch die Dinge beim Direktorium der Zweigniederlassung häufig auf die „lange Bank“ geraten dürften.

Außerdem fallen mit der Neuregelung zwei Arbeitsdirektoren weg. Die Leiter des Ressorts Personal- und Sozialwesen in den Werksleitungen, die im Einvernehmen zwischen dem Vorstand der Klöckner-Werke AG und dem Vorstand der IG Metall sowie mit Zustimmung des paritätischen Beirates Eisen- und Stahlerzeugung bestellt werden, sind den früheren Arbeitsdirektoren nicht gleichwertig.

Wie bei Rheinstahl und Krupp, wo kürzlich gegen Versuche zur Beseitigung der Montanmitbestimmung gestreikt wurde, zeichnet sich auch bei Klöckner ein Trend zur Unterminierung der Mitbestimmung ab. Nach dem Montanmitbestimmungsgesetz muß der Anteil der Eisen- und Stahl- bzw. Kohleproduktion im Unternehmen mindestens 50 Prozent ausmachen, damit die qualifizierte Mitbestimmung wirksam bleibt. Bei Klöckner betrug der Montananteil im vorigen Geschäftsjahr 60 Prozent. Vor zehn Jahren waren es noch 80 Prozent. Schon im laufenden Geschäftsjahr dürfte dieser Anteil noch weiter gesunken sein, weil der Kohlebesitz nach dessen Abgabe an die Ruhrkohle AG voll aus dem Umsatz ausscheidet. Die IG Bergbau ist bereits nicht mehr Verhandlungspartner von Klöckner.

Der Vorsitzende Heinz Röpke und andere Mitglieder des Betriebsrates erwarten auch unter diesem Aspekt vom DGB, der IG Metall und den anderen Gewerkschaften mehr Aktivität, um die lange geforderte und dringend notwendige Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großunternehmen über den Montanbereich hinaus und die Verbesserung der Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz bei Bundesregierung und Parlament durchzusetzen, aber gleichzeitig auch den Weg über Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zu gehen.

Im Augenblick konzentriert sich in der Bremer Klöckner-Hütte die Kraft der Gewerkschafter auf die volle Durchsetzung der Lohn- und Gehaltsforderung. Die Auftrags- und Gewinnlage des Klöckner-Konzerns und besonders der Hütte Bremen beweisen, daß die Erfüllung der 18-Prozent-Forderung schmerzlos verkräftet werden kann. Am Waserufer rauchen die Schornsteine — und Schornsteine müssen rauchen. Aber nicht nur für Aktionäre. Die Klöcknerarbeiter wissen, daß sie sich in dieser Frage, wie überhaupt, auf ihre gewählten Vertreter in den Abteilungen und in der grünen Holzbaracke, gleich hinter dem Werkstor, verlassen können.

Gerd Siebert

Zum Standort des DGB

**Vetter: „Wir wollen Gesellschaftsordnung ändern“
„Dritter Weg“ dient überlebten Herrschaftsstrukturen**

„Gewerkschaften in der Gesellschaft — Dienstleistungsbetrieb oder Kampforganisation“, zu diesem Thema sprach der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter am 10. September auf dem 6. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten in Westberlin. Nach eigenen Worten wollte Vetter damit einen Beitrag zur „Standortbestimmung der Gewerkschaften für die 70er Jahre“ leisten.

Ausgehend von der kritisierten gesellschaftspolitischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik programmierte Vetter als Ziel des DGB: „Die geltende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist für uns keineswegs tabu; wir wollen und werden sie verändern.“ Allerdings können die von ihm entwickelten „durchgreifenden Reformvorstellungen“ bestenfalls nur als Ansätze für eine Änderung der Gesellschaftsordnung gewertet werden; sie sind widerspruchsvoll und enthalten Kompromisse zwischen den beiden Hauptströmungen im DGB.

Vetter stellte die Frage: „Sind die Gewerkschaften Ordnungsfaktor des Status quo oder revolutionärer Kampfverband?“ Er entschied sich weder für das eine noch für das andere und versuchte zwischen diesen beiden Standorten, die die im DGB vorhandenen Strömungen charakterisieren, einen „dritten Weg“ zu entwickeln. Der DGB-Vorsitzende lehnte einen „extremen liberalistischen Standort ab“, weil die Gewerkschaften „nicht als bloßes Korrektivorgan des Kapitalismus dastehen wollen“ und es käme auch nicht in Frage, „gewerkschaftliche Aktivitäten auf den Rahmen der herrschenden Kräfteverhältnisse zu beschränken“, sondern sie zu verändern.

Die Gewerkschaften wollen sich nach Vetter nicht damit abfinden, „daß die Macht in den Unternehmen alleine von denen ausgeübt wird, die juristisch oder tatsächlich die Produktionsmittel besitzen, ... daß das von uns erarbeitete Vermögen ungerechtweise einer kleinen Minderheit zufließt“ und daß die „derzeitige Chancengleichheit im Bildungswesen“ bestehen bleibt. Außerdem wollen die Gewerkschaften angesichts des immer stärkeren Eingreifens des Staates in das wirtschaftliche Geschehen „auf die Gesetzgebung Einfluß nehmen, an der Vorforderung wirtschaftlicher Entscheidungen beteiligt sein und in zunehmendem Maße Funktionen übernehmen, die im allgemeinen Interesse liegen“.

Diese teilweise Abgrenzung Veters von dem Flügel im DGB, der die Gewerkschaften zu Faktoren zur Stabilisierung des Kapitalismus umwandeln will, wurde durch ein allgemeines Bekenntnis zum DGB-Grundsatzpro-

gramm von 1963 ergänzt. Dieses Programm müsse in der „nahen Zukunft Richtschnur des praktischen Handelns sein“. Ähnlich zu werten ist seine Kritik an Maßnahmen der gegenwärtigen Bundesregierung, die, nach Vetter, in „entscheidenden Teilen den Vorschlägen des DGB nicht gefolgt“ sei. Unter dem Eindruck der Stimmung der Arbeiter in den Betrieben sagte Vetter voraus, „daß es bei weiteren Maßnahmen, wie der Steuervorauszahlung nicht mehr bei papierenen Protesten und Warnstreiks bleiben wird, sondern der Prozeß soweit gehen wird, daß der Protest der Arbeitnehmerschaft nicht mehr zu überhören ist“.

Die Verwirklichung dieser — durchaus wesentlichen Klasseninteressen entsprechenden — Zielvorstellungen wird jedoch eingeschränkt, wenn Vetter es ablehnt, daß die Gewerkschaften den Standort eines revolutionären Kampfverbandes einnehmen. Vetter verleumdete die Vertreter einer marxistisch orientierten Gewerkschaftspolitik, weil sie angeblich einen „ziellosen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung“ wollen und nur die „Unruhe um der Unruhe willen schützen“ würden.

Mit diesen durch nichts zu beweisenden Behauptungen diskreditiert Vetter die große Mehrheit der Gewerkschafter, die ihre Organisation als Kampforganisation betrachten. Mit diesen antikomunistischen Verleumdungen wird die Rolle als Kampforganisation überhaupt in Frage gestellt. Vetter beschränkt den Standort „Kampfverband zu sein“ lediglich auf die Bekämpfung von bestehenden Mißständen im Wirtschafts- und Sozialgeschehen und auf die Erkämpfung von Reformen.

Zugleich finden sich in Veters Modell „eines dritten Weges“ auch Elemente des Integrationsflügels im DGB. Er bekennt sich faktisch zur Rolle der Gewerkschaften als Ordnungsfaktor, indem er den kapitalistischen Wettbewerb verteidigt und die Forderung nach Mitbestimmung, abweichend vom DGB-Grundsatzprogramm, als „Bereitschaft zur Mitarbeit“ im bestehenden Herrschaftssystem bezeichnet und nicht als Mittel, eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten.

Die Kompromisse zwischen den beiden Klassenströmungen im DGB kommen bei der Erläuterung der geforderten Reformen noch deutlicher zum Ausdruck. An erster Stelle nennt Vetter nicht die Mitbestimmung, sondern die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Die „skandalöse Ungerechtigkeit der Vermögensverteilung“ soll durch eine Gewinnabführung der Unternehmer in überbetriebliche Fonds beseitigt werden. Die in den Fonds angesammelten Kapitalmassen sollen „weiterhin die notwendigen Investitionen der Wirtschaft finanzieren“.

Trotz aller schönen Beiwerke von „Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer“ läuft diese Art von Vermögensbildung doch darauf hinaus, das spätkapitalistische System effektiver zu machen und der Arbeiterklasse Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln zu verweigern. Mit keinem Wort orientiert Vetter, bei einem globalen Bekenntnis zum DGB-Grundsatzprogramm, auf die dort enthaltene Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien, der großen Banken und Versicherungen in Gemeineigentum. Diese durchgreifende Reform ist aber zusammen mit einer echten Mitbestimmung wesentlich, um die von Vetter selbst gegebene Zielstellung der Gewerkschaften zu verwirklichen:

„Wir werden uns einfach nicht damit abfinden, daß aus dem Eigentum an Sachen, nämlich an den Produktionsmitteln, das Recht zur Herrschaft über Menschen abgeleitet wird. Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß auf diese Weise wenige Eigentümer und Aktionäre über das Schicksal von vielen Tausenden von Beschäftigten und ihren Familien und auch über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ganzer Regionen entscheiden können“.

Die Mitbestimmung können die Gewerkschaften, ebenso wie eine grundlegende Reform des Bildungswesens, angesichts des Widerstandes des Großkapitals nur durchsetzen, wenn sie allseitig Kampforganisation sind. Zwischen Ordnungsfaktor des Status quo und Kampforganisation kann es keinen „dritten Weg“ geben. Ein dritter Weg dient objektiv der überlebten Herrschaftsstruktur, die nach Vetter verändert werden soll.

Bei der weiteren Diskussion über den Standort der Gewerkschaften und ihre Zielvorstellungen sollte es nur einen Weg und nur ein Kriterium geben, nämlich die konsequente Interessenvertretung der Arbeiterklasse und der Unabhängigkeit der Gewerkschaften. Zugleich erfordert die Durchsetzung der Ziele kampfstärke Gewerkschaften, vor allem an der Basis in den Betrieben und Büros. Diese Orientierung fehlte in Veters Referat gänzlich. (Siehe auch den Beitrag zur DGB-Satzung, S. 18).

Werner Petschick

Beschlüsse der NGG

BVG-Novelle noch in diesem Jahr gefordert Kontakte zu WGB-Gewerkschaften in Westeuropa

Nachdem vor Beratung der 244 Anträge der 6. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten im September zu einem großen Teil von langen Reden Bonner Minister geprägt war (vgl. NACHRICHTEN 9/70), bildeten die Beschlüsse den eigentlichen Höhepunkt des Kongresses. Zahlreiche positive Beschlüsse ergeben für die nächsten vier Jahre ein konkretes Programm, das es jetzt durch die Aktivität der Mitgliedschaft zu verwirklichen gilt. Neben einer neuen Satzung beziehen sich die angenommenen Anträge auf die Mitbestimmung, die Tarif-, Sozial- und Bildungspolitik sowie die internationale Zusammenarbeit und auf einige politische Probleme.

Die Delegierten verlangten eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes „noch in diesem Jahr“, entsprechend dem vom DGB vorgelegten Gesetzentwurf. Darüber hinaus forderten sie, den Paragraphen 49 des BVG, der den Betriebsrat auf Zusammenarbeit und Friedenspflicht festlegt, zu ändern. Der Betriebsrat müsse in der Lage sein, „die Interessen der Arbeitnehmer konsequent zu vertreten“. Der Gewerkschaftstag setzte sich für die paritätische Mitbestimmung in den Großbetrieben ein, forderte eine paritätische Selbstverwaltung der Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern und legte fest, in den Betrieben mehr Mitbestimmung durch tarifvertragliche Regelungen zu erkämpfen.

Die von der Bundesregierung getroffenen unsozialen Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung wurden energisch abgelehnt. Dafür forderten die Delegierten einmütig: „Bindung der Mietpreise, Verhinderung der Bodenspekulation, Verbot der Preisbindung der zweiten Hand, keine Erhöhung der von der öffentlichen Hand beeinflussten Preise zum gegenwärtigen Zeitpunkt, Vergabe öffentlicher Arbeiten nur an Unternehmen, die Preisdisziplin bewahren“. Außerdem hat der Gewerkschaftstag die Aufforderung zur „lohnpolitischen Zurückhaltung mit Entschiedenheit zurückgewiesen“ und den Hauptvorstand beauftragt, mit einer aktiven Tarifpolitik entstandene Einkommensminderungen wettzumachen.

Obwohl diese Erklärung als eine indirekte Stellungnahme gegen die „konzertierte Aktion“ gewertet werden kann, erfolgte dazu keine konkrete Aussage. Vielmehr hält der 1. Vorsitzende der NGG, Stadelmaier, diese Einrichtung trotz der negativen Erfahrungen für die Arbeiter und Angestellten für nützlich, wie er auf einer Pressekonferenz zum Ausdruck brachte.

Mehrere Beschlüsse beschäftigten sich mit der künftigen Gestaltung der Tarifpolitik. Die NGG strebt für Arbeiter und Angestellte einheitliche Tarifverträge an und will ein garantiertes Jahreseinkommen durchsetzen. In einer besonderen Entschlie-

ßung forderte der Gewerkschaftstag gleiches Arbeitsentgelt für gleichwertige Tätigkeiten; dies sei nicht nur ein spezielles Frauenproblem, „sondern ein gesellschaftliches Problem und eine Grundsatzfrage gewerkschaftlicher Tarifpolitik“.

Ferner stellte sich der Kongreß die Aufgabe, die Arbeitsplätze besser abzusichern, einer Überforderung der Arbeiter entgegenzuwirken und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten tarifvertraglichen Schutz zu gewähren. Als eine der ersten DGB-Gewerkschaften stellt sich die NGG das Ziel, die 40-Stunden-Woche nicht nur überall zu erreichen, sondern auch zu unterschreiten. Im Bereich der Zigarettenindustrie wurde für die Wechsel-schichtarbeiter die Schallmauer der 40-Stunden-Woche mit einem Tarifvertrag bereits durchbrochen.

Bei den politischen Beschlüssen ist die Forderung nach dem Verbot der NPD und der „National-Zeitung“ hervorzuheben. Zugleich hat die NGG in ihrer neuen Satzung die Bestimmung aufgenommen, daß eine Zugehörigkeit in der NPD mit der Mitgliedschaft in der NGG unvereinbar ist. Dies wurde von der übergroßen Mehrheit der Delegierten gegen die Empfehlung der Antragskommission durchgesetzt. Sehr allgemein gehalten ist die vom Hauptvorstand eingebrachte Entschließung zum Thema „Frieden in der Welt“. Entgegen den DGB-Beschlüssen werden von der Bundesregierung weder eigene Abrüstungsinitiativen gefordert, noch wird die amerikanische Aggression in Indochina verurteilt. In der politischen Orientierung hat der Gewerkschaftstag seine Aufgaben nicht erfüllt.

Positiv zu werten ist ein Beschluß, wonach die NGG künftig im Bereich der EWG mit Gewerkschaften zusammenarbeiten will, die nicht dem IBFG angehören. Mit verstärkter gewerkschaftlicher Kooperation soll der sich ständig vergrößernden Kapitalkonzentration und den Unternehmensfusionen begegnet werden. Stadelmaier kommentierte den Beschluß dahingehend, daß damit die bereits aufgenommenen Kontakte zum CGT in Frankreich legalisiert wurden. Gleichzeitig will

die NGG die der Völkerverständigung dienenden Kontakte mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder fortsetzen. Der Hauptvorstand wurde aufgefordert „nach Prüfung — im Einvernehmen mit dem DGB-Bundesvorstand — zu entscheiden, ob auf seiner Ebene Kontakte zu der dem FDGB angehörenden Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß, aufgenommen werden können“.

Eine Fülle von Beschlüssen gab es zur Sozial- und Bildungspolitik. Die Skala der Forderungen reichte von der Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung, Beseitigung von Rentennachteilen für die Frauen — unter anderem durch Gewährung einer Ersatzzeit für die Zeit der Kindererziehung bis zu sieben Jahren —, Lohnfortzahlung bei Schonzeit nach Kuren, Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung bis zur Lohnfortzahlung für Heimarbeiter. In der Bildungspolitik wurde ein Bildungsurlaub von drei Wochen unter voller Fortzahlung des Arbeitsentgelts, die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes und die Einführung eines zweiten Berufsschul-tages verlangt. Pet.

PERSONALIEN

Karl Klasen, Präsident der Deutschen Bundesbank, besuchte Mitte September den Bundesvorstand des DGB. Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund mitteilte, konnten in der Diskussion über konjunkturpolitische Fragen die unterschiedlichen Standpunkte nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden.

Alfons Lappas, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, hielt sich in der zweiten Septemberhälfte in Warschau auf, wo er mit Präsidiumsmitgliedern des polnischen Gewerkschaftsbundes Gespräche über die Vorbereitung eines Spitzentreffens zwischen beiden Gewerkschaftsbünden führte.

Theo Schoofs, Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden in Mittelschwarzen, kandidiert auf der Liste der Deutschen Kommunistischen Partei für die Landtagswahlen in Bayern. DKP-Kandidat ist auch der Vorsitzende der DGB-Jugend in Augsburg, Peter Gewinnus.

Semjon K. Zarapkin, Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik, besuchte mit seinen führenden Mitarbeitern am 28. September den Vorstand der IG Metall in Frankfurt/Main. Die Einladung zu diesem Besuch war von Otto Brenner ergangen. An dem Gespräch nahmen alle geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall teil. Beide Seiten betonten, daß mit dem Moskauer Vertrag ein großer positiver Schritt in Richtung Entspannung getan worden sei.

Frauenkonferenz der IG Metall

Beseitigung der Frauendiskriminierung verlangt Beschlüsse zu wichtigen aktuellen Problemen

Unter dem Motto „Frauenerwerbsarbeit — Realitäten — Konsequenzen“ wurde die 7. Frauenkonferenz der IG Metall am 24. und 25. September 1970 in Dortmund durchgeführt. Der Verlauf der Konferenz machte deutlich, wie weit die berufstätige Frau von der gesellschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung entfernt ist. In der sachlichen Atmosphäre der Beratung fanden die Mitteilungen über Warnstreiks und Demonstrationen in den Metallbetrieben die lebhafteste Zustimmung aller Delegierten. Die Konferenz verurteilte in einem Telegramm und in einem Initiativantrag „auf das schärfste das provokatorische Verhalten der Unternehmer“ und erklärte: „Wir solidarisieren uns mit allen Kolleginnen und Kollegen, die alle Anstrengungen unternehmen, um die von unserer Gewerkschaft gestellten Forderungen voll zu erfüllen.“

Ein ganzer Katalog politisch hochaktueller Themen wurde aufgegriffen. Allein 45 Anträge befaßten sich mit der Abschaffung der diskriminierenden Frauenlöhne. Über 40 Anträge lagen zur Sozial- und 23 zur Bildungspolitik vor. Die Verbesserung des Mutterschutzes und die Einführung einer eigenständigen Altersversorgung für alle Frauen nahmen einen breiten Raum ein. Neben diesen be-

sonders die Frauen betreffenden Forderungen lagen auch Anträge zu politischen Themen vor. So wird von der Bundesregierung verlangt, unverzüglich den Preisauftrieb zu stoppen und Maßnahmen der Regierung und der Bundesbank nicht auf Kosten der Einkommensschwachen durchzuführen.

Wie dem Mietwucher in der Bundesrepublik begegnet werden kann, sagt

der beschlossene Antrag 129. Die Frauenkonferenz fordert vom Gesetzgeber: 1. Aufhebung des Lücke-Gesetzes; 2. Erlaß eines Mietstopps; 3. Einführung eines ausreichenden Mieterschutzes; 4. Begrenzung des Mietpreises auf 10 Prozent des jeweiligen Einkommens; 5. verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus; 6. Die Änderung des Bodenrechts. Es sei, so heißt es in dem Antrag „einfach nicht mehr zumutbar, daß Arbeitnehmer 25 Prozent und mehr ihres Einkommens für Mieten, Strom und Gas verbrauchen und ausgeben müssen, während jährlich über 20 Milliarden für die unproduktive Rüstung ausgegeben werden“.

Ebenso deutlich ist die Forderung nach Mitbestimmung. Vom Vorstand der IG Metall wird erwartet, daß er über den DGB auf den Gesetzgeber einwirkt, „daß noch im Jahre 1971 die Reform der Betriebsverfassung verabschiedet und dabei die Novellierungsvorschläge des DGB zum Betriebsverfassungsgesetz voll berücksichtigt werden“.

Ein besonderes Augenmerk galt auch der Bildungspolitik. Vor allem wird die Gleichheit der Bildungschancen gefordert. Die Delegierten begrüßen die Bemühungen zur Verständigung in beiden Teilen Deutschlands und die Kontaktaufnahme mit dem FDGB.

Textil: Mehr Streikgeld

Auf ihrem außerordentlichen Gewerkschaftstag am 17. und 18. September 1970 in Düsseldorf hat die Gewerkschaft Textil-Bekleidung ihr Beitrags-

und Unterstützungswesen neu geordnet und verbessert. Die 205 gewählten Delegierten, die sich ausschließlich damit befaßten, beschlossen:

- die Einführung einer Familien-Rechtsschutzversicherung;
- die Einführung einer Freizeit-Unfallversicherung;
- die Erhöhung der Streikunterstützung;
- die Festlegung des Gewerkschaftsbeitrages auf 1 Prozent des Monatsinkommens bzw. 1¼ Stundenlohn.

Gegen Unterdrückung gewerkschaftlicher Demokratie

Acht ehrenamtliche Funktionäre aus den Bezirken Niedersachsen und Nordmark der Gewerkschaft Textil-Bekleidung haben sich in einer öffentlichen Erklärung Ende September 1970 gegen Praktiken des Hauptvorstandes gewandt, „der sich über die elementarsten Prinzipien innergewerkschaftlicher Demokratie hinwegsetzt“. Der bisherige Bezirksleiter Niedersachsen/Nordmark der Gewerkschaft Textil-Bekleidung war Landesbezirksvorsitzender des DGB Niedersachsen geworden. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft beschloß daraufhin, bis zur nächsten ordentlichen Delegiertenkonferenz einen kommissarischen Bezirksleiter zu ernennen. Die Bezirke Niedersachsen und Nordmark wünschen aber, ebenso wie mehrere Kreisorganisationen, die Neuwahl des gemeinsamen Bezirksvorsitzenden auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz. In der Erklärung wird dem Hauptvorstand in Düsseldorf „eine vorsätzliche Mißachtung der Willensbildung ehrenamtlicher Beschlußorgane“ vorgeworfen.

Die Unterstützungsleistungen der Gewerkschaft sind an die satzungsmäßige Entrichtung des Beitrags gekoppelt. Davon erhofft sich die Organisation eine größere Beitragsehrlichkeit, bei gesunkenem Beitragsniveau. Die Streikunterstützung wurde erheblich verbessert und erreicht bei einem Arbeitskampf annähernd den Nettolohn. Der Unterstützungssatz, der bei einem Gewerkschaftsbeitrag von 8 DM im Monat bisher 98 DM die Woche betrug, erhöht sich auf jetzt 147 DM.

Neuland betrat die Textilarbeitergewerkschaft mit der Einführung einer Familien-Rechtsschutzversicherung. Neben der traditionellen Beratung und Prozeßvertretung auf arbeits- und sozialrechtlichem Gebiet erfaßt der gewerkschaftliche Rechtsschutz ab 1. Januar 1971 auch viele Bereiche des Zivil-, Straf-, Familien- und Erbrechts. Diese Leistungen kann das Gewerkschaftsmitglied künftig nicht nur für

In seiner Schlußansprache unterstützte der 1. Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, nachdrücklich den Moskauer Vertrag. Die Gegner des Vertrages sollten nicht scheinheilig beteuern, daß sie gleichfalls für Verständigung und Frieden, für Ausgleich mit den von Hitler-Deutschland schwer geschädigten Völkern des Ostens und für eine Politik der Entspannung zwischen den Menschen in Europa seien. Brenner setzte sich für die hal-

sich selbst, sondern auch für seine Familienangehörigen in Anspruch nehmen. Mit der ebenfalls beschlossenen Freizeit-Unfallversicherung erhalten Mitglieder der Gewerkschaft Textil-Bekleidung ab 1. Januar 1971 einen Anspruch auf Unterstützung, wenn sie während der Freizeit einen Unfall erleiden.

So vorteilhaft diese Versicherungsleistungen für das Gewerkschaftsmitglied ohne Zweifel sind, so können sie doch nicht die unerläßliche Aktivität und Kampfbereitschaft der Organisation ersetzen, um sozialen Fortschritt sicherzustellen. Auch geht die Ausstrahlungskraft und Attraktivität einer Gewerkschaft nicht von dem System ihres Unterstützungswesens, sondern vor allem von den im Kampf errungenen Erfolgen aus. Das wird in letzter Zeit in manchen Gewerkschaften offensichtlich unterschätzt. Bei aller Würdigung eines sinnvollen Unterstützungssystems: Es ist kein Fetisch, der hohe Mitgliederzahlen garantiert.

K. K.

Kritische IGBE-Jugend

Für Mitbestimmung in der Berufsausbildung 10. Jugendtag fordert Kontakte zur DDR-Jugend

Vom 18. bis 19. September führte die Gewerkschaftsjugend der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) in der Saarbrücker Kongresshalle ihren 10. Jugendtag durch. 20 000 junge Bergarbeiter wurden von 75 Delegierten und 35 Gastdelegierten vertreten. Trotz deutlicher Bestrebungen, die IGBE-Jugend auf die Politik der Bundesregierung festzulegen, war für diesen Gewerkschaftsjugendtag die grundlegende Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen und die sich daraus ergebende Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens charakteristisch. Das Molto des Jugendtages: „Mehr Demokratie wagen“ blieb keine bloße Redensart.

„Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik ist skandalös. 1,7 Prozent aller Haushalte verfügen über 35 Prozent aller privaten Vermögen und über 70 Prozent aller Produktionsmittel. Dieser Skandal der ungerechten Vermögensverteilung soll nun, wenn man den Äußerungen von Sprechern aller Parteien glauben darf, beseitigt werden. Eine Reihe von Plänen und Vorstellungen sind der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden... An der Vermögensstruktur ändern diese Maßnahmen aber nichts. Der Skandal der ungerechten Vermögensverteilung kann nur durch Einflußnahme auf die Verfügungsgewalt des Kapitals umgangen werden“, heißt es bereits im Rechenschaftsbericht des Jugendtages.

„Wir brauchen keine Bevormundung durch einige machtbesessene Unternehmer. Wirtschaftliche Macht kann

sich allzuleicht zu einer unkontrollierbaren politischen Macht ausbauen“, ergänzte IGBE-Jugendsekretär Horst Weckelmann in seinem mündlichen Rechenschaftsbericht, und er schloß folgerichtig, daß die Gestaltung zukünftiger gesellschaftlicher und politischer Herrschaft „zur Befreiung der Arbeitnehmerschaft aus dem kapitalistischen Produktionssystem führen“ müsse. Auch in den Begrüßungsansprachen, wie zum Beispiel von Franz Woschke, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, wurde diese grundsätzliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen wiederholt oder zum Teil noch ergänzt.

Die Delegierten machten diese Gedanken zur Grundlage ihrer Diskussionen, aber auch ihrer Anträge. Sie nahmen kein Blatt vor den Mund, auch nicht, als es darum ging, Mißstände in ihrer

dige Ratifizierung des Moskauer Vertrages ein.

Zur tarifpolitischen Situation erklärte Brenner, je näher der 1. Oktober rücke, desto krampfhafter versuchten die Arbeitgeber, die Berechtigung der Forderungen der IG Metall abzustreiten. Sie hätten wertvolle Zeit damit zugebracht, nicht bestehende wirtschaftliche Gefahren an die Wand zu malen. Durch das Eingreifen und Taktieren von Gesamtmetall sei die Stimmung in den Betrieben unnötig angeheizt worden. Die Antwort auf die Provokationen seien die betrieblichen Warnstreiks.

Eine Warnung richtete Brenner an Bundesinnenminister Genscher. Wer nach verbindlichen Orientierungsdaten für die Lohnpolitik im öffentlichen Dienst rufe, der führe einen unverhüllten Angriff auf die Tarifautonomie. Was heute im öffentlichen Dienst propagiert werde, könne leicht morgen bei anderen praktiziert werden.

Gertrud Mahnke, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zu-

ständig für Frauenarbeit, sprach über die „Entlohnung der Frauen“. Sie hob hervor, daß der Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 des Grundgesetzes auch die Tarifvertragsparteien binde. Trotz aller Bemühungen gebe es aber weiterhin Lohndiskriminierung der Frauen. Noch immer, so führte Gertrud Mahnke aus, gelte der Satz, „daß Lohnfragen Machtfragen seien — und mit der Macht umzugehen begännen die Frauen erst jetzt zu lernen.“ In der Lohnrunde gehe es vor allem auch um die Anhebung oder Streichung der unteren Lohngruppen. In die beiden unteren Gruppen sind 93 Prozent der Frauen eingestuft, und wenn diese Lohngruppen nicht aus der Welt geschafft werden, werden auch Männer von einer Herabstufung bedroht.

Abschließend richtete Gertrud Mahnke zwei Sätze an die Arbeitgeber, die sich auf die künftige Haltung der organisierten Frauen beziehen: „Die, die bisher immer friedlich waren, sind es nun nicht mehr“, und: „Die Gewerkschaften akzeptieren diese heilsame Unruhe und unterstützen sie.“

E. H.

eigenen Organisation zu kritisieren. Vor allem aber erkannten die Delegierten die Gefahren, die sich für die Demokratie aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen einiger weniger ergeben, nannten sie beim Namen und machten ihre Gegenvorschläge. So bestand in der Arbeitsgemeinschaft Jugend und Politik zum Beispiel kein Zweifel daran, daß der Rechtsradikalismus sich keinesfalls auf die NPD beschränkt, sondern starken Rückhalt nicht nur in der CDU/CSU, sondern auch bei der Springerpresse hat.

Walter Emmerich, Berichterstatter dieser Gruppe, bezeichnete die Springerpresse als „Bühne und Agitationsobjekt für die redaktionären Kräfte in der Bundesrepublik“ und nannte die bei Springer angewandten Methoden „politische Partisanenarbeit, verbunden mit Piratenjournalismus“. Der Jugendtag wertet daher in einem einstimmig beschlossenen Antrag die bestehende Pressekonzentration als ernsthafte Gefährdung der Demokratie und fordert eine Demokratisierung des gesamten Pressewesens der Bundesrepublik. Weitere Anträge fordern unter anderem:

- Mitbestimmung in der Berufsausbildung,
- Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes,
- Kündigungsschutz für Jugendvertreter,
- Verbesserung des Jugendarbeitschutzgesetzes,
- Verbesserung der Berufsausbildung im Bergbau.

Der Jugendtag fordert ferner Kontakte zur Jugend der DDR und anderen sozialistischen Staaten sowie — im deutlichen Gegensatz zu den Politikern und Kräften, „die im Grunde nach wie vor die gescheiterte Politik der Stärke vertreten“ — eine Verbesserung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten überhaupt. Dagegen wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre diplomatischen Beziehungen zu den faschistischen Staaten Griechenland, „in dem politisch Andersdenkende in Konzentrationslager eingesperrt werden“, und Spanien, „in dem Arbeiter, die sich gewerkschaftlich organisieren und für soziale Gerechtigkeit und Demokratie demonstrieren, erschossen werden“, zu überprüfen.

Ein Antrag, der im Sinne des Bundeswehrministers Schmidt die sogenannte Wehrgerechtigkeit forderte, wurde fast einstimmig abgelehnt. Erfreulich ist auch die deutliche Verjüngung des bis auf drei Mitglieder völlig erneuerten Jugendhauptausschusses der IGBE-Jugend. Mit Sicherheit wird nicht nur das Motto, mehr Demokratie zu wagen, sondern auch die Aufforderung des IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt, die IGBE zum Motor sozialer Politik zu machen, von den jungen Delegierten ernstgenommen werden.

Jochen Mandel

Laut Beschluß des 8. ordentlichen DGB-Kongresses wurde die Kommission für die Ausarbeitung eines Satzungsentwurfes wie folgt verpflichtet: „Die Arbeit der Kommission ist so abzuschießen, daß ihr Ergebnis den Gewerkschaften spätestens bis zum 1. 10. 1970 zur Diskussion vorgelegt werden kann.“

Nach mehreren Anfragen der NACHRICHTEN-Redaktion erklärte uns die Pressestelle beim DGB-Bundesvorstand, daß der Entwurf „frühestens erst Mitte Oktober veröffentlicht wird“. Zuvor müßte die Arbeit der Kommission erst noch dem DGB-Bundesvorstand zur Bestätigung vorgelegt werden. Am 6. Oktober verlautete, daß die Satzungskommission den Entwurf fertiggestellt habe und der Bundesvorstand ihn als Antrag an den außerordentlichen DGB-Kongreß richten werde.

Die Nichteinhaltung des vom Bundeskongreß festgelegten Termins beeinträchtigt auf jeden Fall die erforderliche Diskussion in der Mitgliedschaft, da der außerordentliche DGB-Kongreß schon für den 14. und 15. Mai 1971 nach Düsseldorf einberufen wurde. Wie aus authentischen Quellen zu erfahren war, ist die Ursache der Terminverschiebung auf ernsthafte Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommission und des DGB-Bundesvorstandes über den Inhalt des vorzulegenden Satzungsentwurfes zurückzuführen. Während einige Mitglieder der Kommission auf eine stärkere Zentralisierung des DGB drängen, wollen andere an dem bewährten Prinzip festhalten: „Der DGB ist so stark, wie seine Gewerkschaften.“ Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage, ob das Prinzip: „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“ beibehalten oder aufgelockert werden soll, um der DAG eine Aufnahme in den DGB als 17. Gewerkschaft zu erleichtern.

Bei der jetzt beginnenden Diskussion und den Anträgen an den außerordentlichen Kongreß — auch DGB-Kreise können Anträge stellen — sollten die Gewerkschafter darauf achten, daß Bewährtes erhalten bleibt und die Satzung insgesamt, vor allem durch eine Ausweitung der innergewerkschaftlichen Demokratie, verbessert wird. Das Entscheidende sollte bei der Satzungsdiskussion sein, solche Vorschläge zu entwickeln, daß die Gewerkschaften an der Basis, in den Betrieben und Verwaltungen gestärkt werden, um sie zu befähigen noch konsequenter die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. NACHRICHTEN werden sich in der November-Ausgabe mit dem Satzungsentwurf ausführlich beschäftigen. P.

Kampf um Mitbestimmung bei der Bundespost Zum außerordentlichen Kongreß der Postgewerkschaft

Postler wollen keine Zaungäste sein. So oder ähnlich könnte man die sich gegenwärtig abzeichnende Diskussion um die Mitbestimmung der Deutschen Postgewerkschaft im Zuge der Umorganisation der Bundespost bezeichnen. Nach dem Willen der Bundesregierung soll ab 1. 1. 1971 die neue Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost in Kraft treten, wonach sie künftig im Stille eines Wirtschaftsunternehmens geführt wird und an ihre Spitze ein fünfköpfiger Vorstand und ein Aufsichtsrat mit 24 Mitgliedern treten soll. Im Gegensatz zu Bonn fordert die DPG paritätische Mitbestimmung. Damit wird sich im Oktober auch ein außerordentlicher Gewerkschaftstag befassen.

Wie ernst es der Deutschen Postgewerkschaft mit dieser Forderung ist, geht z. B. daraus hervor, daß sie Ende September in ihrem Organ „Deutsche Post“ von der Möglichkeit des „ersten offenen Konflikts zwischen einer Gewerkschaft und der sozial-liberalen Regierungskoalition“ sprach. Der verantwortliche Redakteur, Zemlin, schrieb, die Bundesregierung könne nicht erwarten, daß der bevorstehende außerordentliche Gewerkschaftstag den Gesetzentwurf für eine neue Postverfassung billige, „die die Vertretungsrechte des Personals nicht verbessert“. Der Inhalt des Gesetzentwurfs füge der politischen Glaubwürdigkeit der Bundesregierung Schaden zu, weil selbstverkündete reformerische Ansprüche hinter der Wirklichkeit weit zurückgeblieben seien.

Im wesentlichen besteht zwischen Postverwaltung und Postgewerkschaft Einigkeit über das neue Leitungsprinzip. Nicht einverstanden aber sind die Postler und ihre Gewerkschaft über die mageren Mitbestimmungsrechte, die man ihnen im größten bundeseigenen Unternehmen zugestehen will. Nach dem am 30. Juli 1970 im Bundeskabinett verabschiedeten „Entwurf eines Gesetzes über die Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost (PostVerfG)“ soll der Aufsichtsrat von je acht Vertretern aus dem politischen Leben, der Wirtschaft und aus dem Personal der Post oder den Gewerkschaften besetzt werden.

Die DPG ist anderer Meinung. Sie ist der Auffassung, daß sich der Aufsichtsrat zwar aus 24 Mitgliedern zusammensetzen soll, aber 12 Vertreter aus dem öffentlichen Leben und der Wirtschaft sowie 12 aus dem Personal der Post oder den Gewerkschaften. Die DPG teilt dazu mit: „Die Kommission ist dem Antrag nicht gefolgt. Minister Leber hat wiederholt erklären lassen, daß unabhängig vom Vorschlag der Kommission über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates die endgültige Entscheidung im politischen Bereich fallen wird.“

Nun stellt man sich mit Recht die Frage, warum der Vorschlag der Gewerkschaft auf erweiterte Mitbestimmung abgelehnt wird? Offensichtlich haben hier solche Vertreter der Großindustrie und Wirtschaft, wie Direktor Dieter von Sanden, Dr. Wilhelm Jentzsch, Dr. Hartwig Schlegelberger, Gerhard Wachsmann u. a., die ebenfalls der Kommission der Bundespost angehören, ihre Position der grundsätzlichen Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderung nach paritätischer Mitbestimmung durchgesetzt. Immerhin verfügt die Post gegenwärtig nur über 28 Prozent an Eigenkapital, und letztlich werden die Besitzer der 72 Prozent Fremdkapital nichts unversucht lassen, um ihre Machtpositionen im Interesse der maximalen Verwertung des Kapitals auszubauen.

Bundesminister Leber verspricht sich von der Umwandlung der Post eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit mit dem Ziel, daß die Erträge die Aufwendungen decken und darüber hinaus ein dem Eigenkapital angemessener Gewinn erwirtschaftet wird. Schon heute bestehen die Hauptbedenken der Postbediensteten darin, daß die Rationalisierung auf dem Rücken der Postler ausgetragen wird und die soziale Unsicherheit zunimmt. Denkt man an die Bundesbahn, dann sind diese Befürchtungen berechtigt.

Die DPG hat sich bereits auf ihrem 9. ordentlichen Gewerkschaftskongreß 1968 in der Entschließung A 3 für eine paritätische Besetzung des Aufsichtsrates bzw. Verwaltungsrates ausgesprochen. Auch der ehemalige 2. Vorsitzende der DPG und heutige Staatssekretär im Verkehrsministerium, Kurt Gscheidle, war bis 1969 noch ein Verfechter der stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer.

Auf einer zentralen Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD in Bochum am 8. März 1969 präzierte Gscheidle als politisches Ziel der Gewerkschaften: „Wir fordern auf der Ebene des Unternehmens die gleichberechtigte Mitentscheidung der Arbeitnehmervertreter im Rahmen der Unternehmenspolitik, wie sie in der Montanindustrie in der Form der Mitbestimmung durch das Montanmitbestimmungsgesetz seit 1951 mit Erfolg praktiziert wird.“ Aber heute ist

Flexible Altersgrenze?

Senkung des Rentenbezugsalters dringend erforderlich Versprechen der Bundesregierung steht noch aus

Im Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, verabschiedet vom DGB-Bundesausschuß am 19. März 1965, wird die Herabsetzung der Altersgrenze wegen des erschreckenden Ausmaßes der Frühinvalidität auf 60 Jahre gefordert. Vier Jahre später wird diese im Zuge der steigenden Arbeitsintensität vordringliche sozialpolitische Forderung in der Erklärung des Bundesvorstandes vom 22. Oktober 1969 an die neugebildete Bundesregierung unter dem Stichwort „Sozialpolitik“ an erster Stelle genannt.

Der DGB verlangt von der Regierung Brandt/Scheel die „Einführung der Wahlfreiheit der Altersgrenze vom 60. Lebensjahr an“ als ersten Schritt zur Verwirklichung der Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre. In der Regierungserklärung der Bundesregierung hat Willy Brandt dann den Gewerkschaften versichert, die Regierung werde „sich bemühen“, den Abbau der festen Altersgrenzen für

den Rentenbezug „durch ein Gesetz über die flexiblen Altersgrenzen zu ersetzen“. Die Forderung, zumindest nach Aufhebung der starren Altersgrenze, wird nicht mehr aus der Diskussion verschwinden.

In einem Arbeitspapier des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das sich mit diesem sozialpolitischen Problem befaßt, wird zur Begründung der Gewerkschaftsforderungen festgestellt, daß Mediziner und Arbeitsphysiologen immer wieder darauf hinweisen, daß die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Menschen individuell verschieden ist und die gestiegene Lebenserwartung nicht bedeutet, daß die Altersjahrgänge gesünder und leistungsfähiger geblieben seien, gegenüber den Jahrgängen früherer Zeiten.

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt macht deutlich, daß die Zahl der älteren Menschen unter den Arbeitslosen erheblich höher ist als die jüngerer Jahrgänge. Die Rationalisierung der Produktion im Zuge der technischen Entwicklung, schafft Arbeitsbedingungen, denen ältere Arbeiter und Angestellte gesundheitlich wie auch ihrer beruflichen Qualifikation nach nicht mehr gewachsen sind. Aus einer der größten Automobilfabriken in der Bundesrepublik wurde z.B. bekannt, daß das Durchschnittsalter am Fließband während des vergangenen Jahrzehnts von 35 auf 25 Jahre sank.

Mit Recht stellen die Gewerkschaften fest, daß die Herabsetzung der starren Altersgrenze eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, um diese Entwicklung, in der ja nichts anderes als die wachsende Ausbeutung der arbeitenden Menschen im Spätkapitalismus zum Ausdruck kommt, aufzuhalten. Allerdings will der DGB, aus einem nicht unbedingt einleuchtenden Grund, auf eine Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre verzichten und es dem Versicherten selbst überlassen, ob er von diesem Lebensjahr an Altersrente beziehen will.

Der DGB schätzt, daß eine generelle Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, unter der Voraussetzung, daß der Versicherte 25 anrechnungsfähige Versicherungsjahre nachweisen kann, den Versicherungsträgern im Jahre 1971 einen Mehraufwand von

10 Milliarden DM, einschließlich der Mindereinnahmen, kosten würde. Ob diese Mehrausgabe für Menschen, die ein Arbeitsleben im Produktionsprozeß standen und nun einen gesicherten Lebensabend verdient haben, Grund sein könnte, auf die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre zu verzichten, wenn gleichzeitig der Militärhaushalt für 1971 alles in allem fast an die 40 Milliarden DM heranreicht, ist nicht einzusehen.

Inzwischen hat sich nun auch das Bundesarbeitsministerium zu der in der Regierungserklärung angekündigten Einführung der flexiblen Altersgrenze geäußert. Das geht aus dem Rentenversicherungsbericht hervor, in dem verschiedene im Ministerium diskutierte Vorschläge veröffentlicht sind. Grundsätzlich ist die Regierung bereit, eine Regelung für den Versicherten zu treffen, die ihm die Möglichkeit freier Entscheidung bietet. Die Erörterung der Fragen, die mit der Einführung einer flexiblen Altersgrenze verbunden sind, innerhalb von Regierungskreisen, ist noch keine Gewähr dafür, daß noch in dieser Legislaturperiode ein entsprechendes Gesetz angenommen wird.

Zwar hat Bundesarbeitsminister Walter Arendt vor einer sozialpolitischen Tagung des DGB Landesbezirks West-Berlin vor 400 Betriebsräten und Vertrauensleuten erklärt, die Regierung wolle noch in dieser Legislaturperiode die bisher starre Grenze durch eine flexible Regelung ersetzen. Minister Arendt sagte dazu wörtlich, daß es dem „mündigen Bürger“ in einem bestimmten Lebensalter selbst überlassen bleiben müßte, „ob er in die Rente gehen oder bei seiner Arbeit bleiben will“. Dieses Versprechen Walter Arendts wird nur realisiert werden können, wenn der Bundeskanzler energisch genug ist, den Koalitionspartner FDP zu veranlassen, den „Fuß von der sozialpolitischen Bremse“ zu nehmen.

R. K.

Gscheidles Glaubwürdigkeit erschüttert.

DPG-Vorsitzender Stenger muß mit seinen Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung hart bleiben, will er sich nicht den Zorn seiner Mitglieder zuziehen. Die Spannungen zwischen Hauptvorstand und Mitgliedern wegen der Mitbestimmung steigen seit einigen Monaten. Besonders aus dem DPG-Bezirk Frankfurt/Main werden Stimmen laut, die dem Hauptvorstand ungenügende Konsequenz in der Mitbestimmungsfrage vorwerfen. In einer Entschließung der Ortsverwaltung Frankfurt/Main, hinter der auch Bundestagsabgeordneter Günther Wuttke (Fulda), Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen steht, wird vom Hauptvorstand mit allem Nachdruck die Verwirklichung der Kongreßbeschlüsse von 1968 gefordert.

Die DPG hat nun einen außerordentlichen Kongreß für den 22. und 23. Oktober 1970 nach Kassel einberufen. Die 345 Delegierten sollen die endgültige Haltung der Gewerkschaft zu der von der Bundesregierung geplanten Umwandlung der DBP in eine teilrechtsfähige Anstalt des Bundes festlegen. Es bleibt zu hoffen, daß der Hauptvorstand sich seiner eigenen Verantwortung, für die er sich regelmäßig auf Kongressen zu rechtfertigen hat, bewußt ist und weiterhin nachdrücklich eine paritätische Mitbestimmung für die 460 000 Postbediensteten im Aufsichtsrat des künftigen Unternehmens fordert. Er kann sich dabei auf viele Anträge aus den Bezirks- und Ortsverwaltungen stützen.

B. W.

Biedenkopf Manager bei Henkel

Zu Jahresbeginn war er ein Star der großbürgerlichen Presse, hatte unter seiner Leitung doch eine „Sachverständigenkommission“ ein Gutachten angefertigt, das in der Mitbestimmungsfrage eindeutig die Interessen des Großkapitals vertrat. Jetzt wurde der persilsaubere CDU-Professor Biedenkopf Geschäftsführer der Henkel GmbH. in Düsseldorf. Es zog ihn dorthin, wo er geistig immer stand: zum Profit. Nun werden noch mehr Arbeiter und Angestellte erkennen, was sie von Leuten wie Biedenkopf zu halten haben, die unter der Maske „neutraler“ Sachverständiger das Geschäft des Kapitals besorgen.

Professor Dr. Walter Fabian, seit 13 Jahren Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, einem Organ des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wurde zum 31. Dezember vom DGB-Vorsitzenden Vetter gekündigt. Die Art und Weise, wie der DGB-Vorsitzende Fabian den Stuhl vor die Tür setzte, sei skandalös, schrieb entrüstet die Gewerkschaft Druck und Papier, deren Mitglied Walter Fabian ist; „so entläßt ein Kapitalist seine Putzfrau“.

Als Grund für die Entlassung gab Vetter an, Professor Fabian, der 68 Jahre alt ist, solle Gelegenheit gegeben werden, nun seinen Ruhestand zu genießen. Die Demagogie dieser Begründung ist nicht mehr zu überbieten: denn Walter Fabian hatte 1957, als er aus der Emigration in die Bundesrepublik zurückkehrte, als Angestellter keinen Anspruch auf eine Altersversorgung.

In Wirklichkeit hat der Schritt des DGB-Vorsitzenden politische Gründe. Mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter hatte Professor Fabian erhebliche politische und journalistische Meinungsverschiedenheiten auszufechten. Immer wieder, so erklärte Fabian, habe Vetter in die „Monatshefte“ hereinredigiert und versucht, die Zeitschrift auf den augenblicklichen Kurs des DGB-Vorstandes auszurichten. Der Betriebsrat des Kölner Bundverlages, in dem die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ erscheinen, warf Vetter vor, er habe durch sein ständiges Eingreifen in die Arbeit des Chefredakteurs wie auch durch die Kündigung Professor Fabians gegen die von den Gewerkschaften geforderte innere Pressefreiheit verstoßen.

Die Kündigung des Chefredakteurs der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ hat innerhalb der Gewerkschaften große Entrüstung hervorgerufen. Nicht zuletzt die Tatsache, daß diese Entlassung in dem Augenblick erfolgte, als Walter Fabian zusammen mit einer Reihe weiterer hoher Gewerkschaftsfunktionäre und namhafter Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben eine Konferenz zu Fragen der europäischen Sicherheit in Frankfurt durchführen wollte, läßt vermuten, daß diese Initiative den Ausschlag für die Entlassung gegeben hat.

Die Gewerkschafter in der Bundesrepublik wie überhaupt alle, denen die Pressefreiheit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die demokratische Entwicklung ist, müssen sich mit Energie gegen den Hinauswurf Professor Fabians wehren. Zahlreiche Gewerkschafter haben gegen das undemokratische Vorgehen Veters protestiert. Auch prominente Persönlichkeiten, darunter Prof. Ernst Bloch, schlossen sich der Solidaritätsbekundung für Fabian an. Sg.

Vom DGB-Bundesausschuß endlich verabschiedet Vorlage der Bundesjugendkonferenz verschlechtert

Der DGB-Bundesausschuß hat am 8. September 1970 die neuen „Leitsätze der Gewerkschaftsjugend“ endgültig beschlossen und am 22. September veröffentlicht. Die Vorlage dafür hatte bereits im November 1968 die 7. ordentliche Bundesjugendkonferenz in Braunschweig angenommen. In den Grundsätzen versteht sich die Gewerkschaftsjugend „als demokratische und politische Jugend in der Gesamtorganisation“.

Weiter heißt es in den Grundsätzen der Gewerkschaftsjugend: „Sie tritt auf der Grundlage der Satzung, des DGB-Grundsatzprogramms und Aktionsprogramms sowie der Beschlüsse der DGB-Organe gewerkschaftliche und politische Forderungen. Gewerkschaftliche Jugendarbeit soll die jungen Arbeitnehmer in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Standort zu erkennen und sie zum selbständigen politischen Denken und Handeln befähigen. In diesem Sinne wird die Jugend zum gewerkschaftlichen und politischen Engagement aufgefordert.“

Den gesellschaftlichen Standort erkennen kann nur heißen, die bestehenden Verhältnisse als kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erkennen. Selbständiges politisches Denken und Handeln heißt, für die Veränderung dieser überlebten Herrschaftsstrukturen einzutreten. Diese Interpretation wurde auch auf einem Strategieseminar, welches der DGB-Bundesjugendausschuß kürzlich veranstaltete, gegeben. Die Gewerkschaftsjugend — zu ihr gehören jetzt alle Mitglieder der DGB-Gewerkschaften bis zu 25 Jahren, bisher bis zu 21 Jahren — stellt sich in den Leitsätzen folgende Aufgaben:

■ „Junge Arbeitnehmer für die gewerkschaftlichen Aufgaben zu interessieren, sie als Mitglieder und Mitarbeiter zu gewinnen.

■ Durchführung politischer und gewerkschaftlicher Bildungsarbeit nach fortschrittlichen Erkenntnissen, die die jungen Arbeitnehmer in die Lage versetzt, für ihre politischen und gesellschaftlichen Interessen zu kämpfen.

■ Vertretung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der arbeitenden Jugend durch Stellungnahmen und Aktivitäten im gesamten gesellschaftlichen Bereich, vor allem in Betrieb, Verwaltung und Bildungseinrichtung.

■ Pflege weltweiter Solidarität und Förderung internationaler Jugendbegegnungen, die der Völkerverständigung dienen.

■ Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen demokratischen Kräften, insbesondere mit Jugend-, Schüler- und Studentenverbänden.

■ Kampf für die Verwirklichung und gegen die Aushöhlung von Grundrechten; gegen antidemokratische Kräfte.

■ Kampf für die demokratische Gesellschaft.“

Die beiden letzten Absätze sind gegenüber dem Beschluß der Bundesjugendkonferenz vom DGB-Bundesausschuß durch Streichungen entscheidend verschlechtert worden. Die ursprüngliche Fassung lautete: „Kampf gegen die Einschränkung von Grundrechten; gegen Militarismus, Faschismus, Imperialismus und alle antidemokratischen Einflüsse. Verwirklichung einer demokratischen Gesellschaft durch Realisierung der Selbstbestimmungsrechte der Arbeitnehmer.“

Mit dieser Brückierung der demokratischen Willensbildung innerhalb der Gewerkschaftsjugend ist den Leitsätzen eine entscheidende Zielsetzung genommen worden. Offensichtlich wollen die führenden DGB-Organe die bereits früher geübte Praxis der Gängelung der Gewerkschaftsjugend fortsetzen. Es wird an der mehr als eine Million Mitglieder zählenden Gewerkschaftsjugend liegen, diese Einmischung zurückzuweisen und künftig selbständiger als Interessenvertreterin der Arbeiterjugend in Erscheinung zu treten. Die zahlreichen Aktionen gegen die Mißstände in der Berufsausbildung und gegen die Lehrlingsausbeutung sind dafür bereits ein vielversprechender Beginn.

Basis der gewerkschaftlichen Jugendarbeit sind nach den Leitsätzen die Betriebe, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen. Träger der Arbeit sind in den Betrieben die Jugendvertrauensleute und Jugendvertreter; außerdem sehen die Leitsätze u. a. vor, Jugend- und Neigungsgruppen, Bildungs- und Arbeitskreise, Klubs junger Gewerkschafter sowie Gemeinschaften gewerkschaftlich organisierter Schüler und Studenten einzurichten, die jeweils ihre Leitungen selbst wählen.

Nach dem organisatorischen Aufbau bilden die DGB-Kreisjugendkonferenzen und die Kreisjugendausschüsse die untersten Organe. Die Leitsätze hätten gewonnen, wenn die Jugend-Vertrauensleutekörper, Jugendgrup-

Ausbeutungsobjekt Jugend

DGB-Forderungen zum Jugendarbeitsschutzgesetz Selbst ungenügende Bestimmungen werden mißachtet

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens des „Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend“ hat der DGB-Bundesvorstand Forderungen für eine Reform dieses Gesetzes angemeldet. Am 9. August 1960 hatte der Bundestag dieses Gesetz verabschiedet und das bis dahin gültige Nazi-Jugendarbeitsschutzgesetz aus dem Jahre 1938 abgelöst. Schon vor zehn Jahren waren die Gewerkschaften mit dem neuen Gesetz nicht einverstanden, weil entscheidende Forderungen der Arbeiterjugend vom Bundestag mißachtet wurden.

Bei allen Unzulänglichkeiten des Gesetzes werden trotzdem die Schutzbestimmungen für die arbeitende Ju-

gend in den meisten Betrieben nicht eingehalten. Die von den Gewerhaufsichtsamtern registrierten Verstöße — 1968 waren es rund 51 000 — stellen nur einen Bruchteil der tatsächlichen Fälle von Ausbeutung der Jugendlichen dar. Nach Angaben des DGB liegt aufgrund von Expertenuntersuchungen die Dunkelziffer bei 95 Prozent, so daß die Unternehmer in mehr als einer Million Fällen gegen die Vorschriften des Jugendarbeitsschutzes verstoßen haben.

Die Verstöße beziehen sich vor allem auf die festgelegten Arbeitszeitgrenzen von 40 Wochenstunden bei Jugendlichen bis zu 16 Jahren und von 44 Stunden bis zu 18 Jahren sowie auf das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit sowie die Ruhepausenregelungen. Hunderttausende Lehrlinge werden zu Überstunden bis 70 Wochenstunden — oftmals ohne Bezahlung — gezwungen, was für die Unternehmer in Form von Extraprofiten zu Buche schlägt.

Der DGB fordert eine umfassende Reform des Jugendarbeitsschutzes, die nicht durch eine „rechtsbereinigende Novellierung einiger Paragraphen erreicht“ werden könne. Vielmehr komme es darauf an, das Gesetz „in seiner Gesamtheit zur Diskussion“ zu stellen und im „engen Zusammenhang mit der schulischen und beruflichen Bildung, der Jugendhilfe, der Gesundheitsfürsorge, der Arbeitsmedizin und den gesellschaftlichen Strukturen“ zu sehen. Ferner sollen bei einem neuen Gesetz auch die wesentlich weitergehenden Übereinkommen und Empfehlungen der internationalen Arbeitsorganisation voll berücksichtigt werden. Im einzelnen fordert der DGB:

■ Das System der gesundheitlichen Betreuung der Jugendlichen ist zu verbessern. Das gilt besonders für die stark vernachlässigten Nachuntersuchungen der Auszubildenden und Jungarbeiter, die zu einem „arbeitsbegleitenden Gesundheitsschutz“ auszubauen sind.

■ Die Arbeitszeit aller Jugendlichen, also auch der 16- bis 18-jährigen, ist in allen Wirtschaftszweigen und Dienstleistungsbereichen wöchentlich auf 40 Stunden zu begrenzen.

■ Der gesetzliche Mindesturlaub für Jugendliche ist so zu verlängern, daß mindestens fünf Wochen Urlaub im Jahr gesichert sind.

■ Um den berufsbegleitenden Unterricht wirksamer zu gestalten, sind die Jugendlichen an Berufsschultagen von der Beschäftigung im Betrieb voll freizustellen.

■ Die bisherigen Möglichkeiten, von der regelmäßigen Arbeitszeit, der Nachtruhe und der Sonntagsruhe Ausnahmen zuzulassen, sind ebenso zu überprüfen wie die bestehenden Beschäftigungsverbote und -beschränkungen.

■ Den Jugendarbeitsschutz-Ausschüssen sind mehr Rechte und Kontrollaufgaben zuzuweisen.

Das für die Jugendarbeit zuständige DGB-Vorstandsmitglied Franz Woschsch forderte außerdem, die Gewerbeaufsichtsamter personell zu verstärken und zusätzlich Sozialarbeiter für diese Aufgaben einzustellen. Zugleich verlangte er die Verschärfung der Strafbestimmungen. Bisher sind von der ermittelten Zahl der Verstöße nur knapp fünf Prozent mit geradezu lächerlichen Sanktionen in Form von „Verwarnungen und Bußgeldbescheiden“ geahndet worden. Meistens waren die „Strafen“ wesentlich geringer als der Unternehmergewinn aus der zusätzlichen Jugendausbeutung. Solange nicht drastische Sanktionen die Einhaltung des Schutzgesetzes erzwingen, wird bei den Unternehmern immer wieder ausschließlich das Profitdenken das Maß ihres Respektes vor dem Gesetz bestimmen.

Der Vorstand des Bundesjugendringes hat sich in einer Erklärung mit gleichlautenden Forderungen wie der DGB an die Öffentlichkeit gewandt und diese teilweise konkretisiert. Beispielsweise forderte er, daß in einem neuen Gesetz Ausnahmeregelungen für Akkord- und Fließarbeit nicht mehr enthalten sein dürfen und den Jugendarbeitsausschüssen Initiativ-, Direktions- und Kontrollrechte zu gewähren sind.

So richtig es ist, wenn die Gewerkschaften und der Bundesjugendring an Regierung und Bundestag appellieren, ein neues Gesetz, entsprechend den Forderungen der Arbeiterjugend zu verabschieden, so reicht das jedoch nicht aus. Notwendig ist es, gegen die vorhandenen Mißstände wie auch gegen die skandalösen Verhältnisse in der Berufsausbildung mit wirksamen Aktionen aufzutreten und bei der Arbeiterjugend eine breite Aufklärungsarbeit über die Forderungen zu entwickeln. Die vielen Lehrlingsdemonstrationen der letzten Monate, Arbeiterjugendtribunale gegen große Konzerne sowie Flugblattaktionen sind auf diesem Weg bereits ein guter Anfang.

Dr. Petschick

pen, Arbeitskreise usw. ebenfalls selbständige Organe der Gewerkschaftsjugend wären. Das gleiche gilt für das Antragsrecht, das für die Kreisjugendkonferenzen auf die einzelnen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sowie auf die DGB-Jugendgemeinschaften beschränkt ist.

Der notwendigen Ausweitung der innergewerkschaftlichen Demokratie ist es ebenfalls nicht dienlich, wenn zu den Bundesjugendkonferenzen nur die Landesjugendkonferenzen und Landesjugendausschüsse sowie die Jugendkonferenzen und -ausschüsse der einzelnen Gewerkschaften auf Bundesebene antragsberechtigt sind. Die Ausweitung des Antragsrechtes auf die DGB-Kreisjugendausschüsse und Landesjugendausschüsse der einzelnen Gewerkschaften wäre auch für die anstehende Satzungsreform des DGB Beispiel und Vorbild gewesen.

Bei der Zusammensetzung des Bundesjugendausschusses wurde die im ursprünglichen Entwurf vorgesehene Regelung von der DGB-Spitze ebenfalls verschlechtert. Statt von beabsichtigten 14 ehrenamtlichen Mitgliedern, wird jetzt der Bundesjugendausschuß nur von neun besetzt, die gegen die hauptamtlichen Mitglieder immer in der Minderheit bleiben.

Trotz der genannten Mängel sind die neuen Leitsätze der Gewerkschaftsjugend eine brauchbare Plattform für die Entwicklung einer fortschrittlichen Jugendpolitik. Die in den Aufgabenformulierte Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen demokratischen Kräften, bietet die Gewähr des einheitlichen Kampfes gegen die Feinde der Jugend, für eine bessere Zukunft der jungen Generation. Es bleibt zu hoffen, daß das für Oktober angekündigte „Jugendpolitische Aktionsprogramm“, welches das Jahr 1971 zum „Jahr der jungen Arbeitnehmer“ erklären soll, den aktuellen Forderungen der Arbeiterjugend Rechnung trägt.

W. P.

Ständiges Komitee der Arbeiterkonferenzen tagte Themen: Moskauer Vertrag und soziale Aufgaben

Es ist bezeichnend für die internationale Bedeutung des zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der Bundesrepublik abgeschlossenen Gewaltverzichtvertrages, daß auf der Sitzung des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands Anfang Oktober in Rostock die Komitee-Mitglieder die Konsequenzen des Vertrages für den europäischen Frieden lebhaft diskutierten. Besonders die Vertreter aus den skandinavischen Ländern sehen in ihm eine reale Möglichkeit für eine fortwirkende Entspannung in Europa und die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens.

Zur Einleitung der Diskussion hatte der Vertreter der DDR, Wolfgang Beyreuther, Sekretär des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Vertrag gewürdigt und erklärt, daß die Gewerkschafter der DDR befriedigt darüber seien, daß nun die Grundlage geschaffen wurde für eine Entwicklung, die den Interessen beider deutschen Staaten entspricht als wesentliche Voraussetzung für eine friedliche und gesicherte Zukunft. Beyreuther erinnerte daran, daß schon 1964 der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, bei der Unterzeichnung des Freundschafts- und Beistandsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR festgestellt habe, daß die Geschichte eine „aufgeschlossene und ehrliche Teilnahme und Mitarbeit beider deutscher Staaten und ihrer Regierungen bei der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz“ verlange.

Der Vertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik — so Beyreuther — sei realistisch und zeitgemäß, weil er von der bestehenden Lage in Europa und von ihrer unumstößlichen Realität ausgehe und weil die alte Politik, die auf eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges ausgerichtet sei, in eine Sackgasse geführt habe.

Alle Diskussionsredner sprachen sich für eine schnelle Ratifizierung des Vertrages aus. Als logische Folge der mit dem Vertrag übernommenen Verpflichtung, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa durch die vertragsschließenden Parteien anzuerkennen, müsse die Bundesrepublik nun diplomatische Beziehungen zur DDR herstellen. Ein Sprecher des schwedischen Komitees, dem — wie allgemein — sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter angehören, wandte sich dabei gegen das Argument der schwedischen Regierung, man könne die DDR nicht völkerrechtlich anerkennen, um die Ostpolitik Willy Brandts nicht zu stören. Das Gegenteil sei der Fall. Wenn die Bundesregierung ihre Ostpolitik ehrlich meine, könne sie durch die Anerkennung der DDR bei den nordischen Ländern nur Unterstützung erwarten.

Im weiteren Verlauf der Aussprache beschäftigte sich das Komitee mit den

Aspekten und Problemen einer europäischen Gewerkschaftskonferenz und den Vorbereitungen für die 14. Arbeiterkonferenz, die 1971 traditionsgemäß in Rostock stattfindet.

Zum ersten Male nahmen an dieser Sitzung des Ständigen Komitees der Ostseeländer auch die Vertreter des Länderkomitees der Bundesrepublik teil, das sich nach der Aufhebung des Verbotsurteils legal konstituiert hatte. Die westdeutschen Kollegen machten in der Diskussion auf die dringenden gewerkschaftspolitischen Aufgaben aufmerksam, die sich aus der fortschreitenden multinationalen Konzentration des Kapitals ergeben. Die zu erwartende Aufnahme Englands, Dänemarks und Norwegens in die EWG werfe

Die Komitee-Mitglieder nahmen von einer auf Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattgefundenen Konferenz mit skandinavischen Gewerkschaften in Malmö Kenntnis, stellten jedoch fest, daß eine gewerkschaftliche Gegenmacht zu der gefährlich anwachsenden europäischen Kapitalkonzentration innerhalb der EWG ohne die im Weltgewerkschaftsbund organisierten sozialistisch-kommunistischen Gewerkschaften nicht aufgebaut werden könne. Man war sich einig darüber — und das fand auch seinen Ausdruck in dem Kommuniqué —, angesichts dieser Entwicklung die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaftsorganen der nordischen und der sozialistischen Länder zu erweitern.

Darüber hinaus beschloß das Ständige Komitee der Ostseeländer, sich noch intensiver als bisher mit den sozialen Aufgaben der Gewerkschaften zu beschäftigen und vor allem den Kolleginnen und Kollegen die Zusammenhänge zwischen einer fortschrittlichen Politik und ihrer eigenen sozialen Sicherheit zu verdeutlichen.

Mit der Annahme eines Kommuniqués fand die Sitzung des Ständigen Ausschusses der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer ihren Abschluß. H. S.

K O M M U N I Q U E

Am 3. Oktober 1970 fand in Rostock — DDR — die erste Sitzung des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands nach der 13. Arbeiterkonferenz statt. Auf der Tagung wurden folgende Probleme behandelt:

1. Zu Problemen und Aspekten einer europäischen Gewerkschaftskonferenz.
2. Die Ergebnisse der 13. Arbeiterkonferenz und die weiteren Aufgaben.

Die Mitglieder des Ständigen Komitees brachten ihren Willen zum Ausdruck, die beschlossenen Dokumente der 13. Arbeiterkonferenz durch weitere konkrete Aktionen zu verwirklichen. Die jüngste politische Entwicklung, darunter besonders die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD, hat neue Möglichkeiten zur Entspannung und Zusammenarbeit in Europa eröffnet. Die Mitglieder des Ständigen Komitees sind der Meinung, daß alle friedliebenden demokratischen Kräfte Europas darauf drängen müssen, daß der Vertrag umgehend ratifiziert wird. Gleichzeitig ist es notwendig, daß konkrete Schritte zur Entspannung und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten, darunter die Herstellung von diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik und aller nordischen Länder zur DDR, unternommen werden.

Es bestand Einmütigkeit darüber, daß die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaftsorganisationen der nordischen und der sozialistischen Länder erweitert werden muß.

Auch die Landesorganisationen sollten sich zusammenfinden, um durch zahlreiche bi- und multilaterale Kontakte eine breite Diskussion der politischen, sozialen und ökonomischen Möglichkeiten einer europäischen Friedensordnung in Gang zu setzen.

Das Komitee sieht in der sorgfältigen Vorbereitung der 14. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands einen Beitrag, um günstige Voraussetzungen für eine europäische Friedensordnung zu schaffen.

Das Ständige Komitee unterstreicht seine Bereitschaft, mit eigenen Initiativen aktiv an der Vorbereitung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz mitzuwirken.

Vor 25 Jahren Bodenreform

Wie steht es um die Landwirtschaft der DDR?
Modern und leistungsfähig – Fast 10000 LPG

In der DDR wurde im September eines nun 25 Jahre zurückliegenden Ereignisses gedacht: der demokratischen Bodenreform. Diese bedeutsame Umwälzung, die die ökonomischen und damit auch politischen Machtpositionen des Adels und Großgrundbesitzes beseitigte und der Demokratie auf dem Dorfe ein festes Fundament gab, wurde von den Arbeitern und Bauern gemeinsam vollbracht. Welche sozialen Veränderungen vollzogen sich durch die Bodenreform, und auf welchem Niveau steht heute die DDR-Landwirtschaft? Unser DDR-Korrespondent Roland Köster berichtet:

Zu denen, die 1945 entschädigungslos enteignet wurden, gehörten 17 160 Großgrundbesitzer mit über 100 Hektar Bodenbesitz, ferner über 4500 Leute, die unter die Kategorie aktive Nazis und Kriegsverbrecher fielen. Insgesamt wurden rund drei Millionen Hektar Land aufgeteilt. Hieraus erhielten 210 000 Neubauern (von de-

organisieren. 1960 war der Prozeß der sozialistischen Umgestaltung abgeschlossen. Heute ist die Landwirtschaft mit etwas über einer Million Beschäftigten der zweitgrößte Bereich der DDR-Volkswirtschaft.

Rund 23 Prozent DDR-Bürger leben auf dem Lande. Drei von vier in der Landwirtschaft Beschäftigten sind Mitglieder von LPG. Die 9836 LPG, die in der DDR existieren, sind die Hauptproduzenten der Nahrungsgüter. Dazu kommen 349 gärtnerische Produktionsgenossenschaften und 527 volkseigene Güter. Die Güter sind die Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande; ihre Beschäftigten sind als Landarbeiter in der Landwirtschaft Land, Nahrungsgüterwirtschaft und Forst organisiert.

Jahresdurchschnitt	Getreide (Dezitonnen)	Kartoffeln je Hektar	Zuckerrüben
1949/53	21,7	151,4	248,7
1960/64	25,5	169,0	249,2
1965/69	30,0	181,0	301,4

DDR baut wirtschaftliche Spitzenposition aus

Die DDR wird vermutlich in diesem Jahr, unter Zugrundelegung von Angaben der UNO, in der Pro-Kopf-Produktion von Nationaleinkommen solche Länder wie Japan, Italien und Österreich übertreffen und Großbritannien und Belgien erreichen. Mit ihren 17 Millionen Einwohnern, die 0,5 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, produziert die DDR 1,7 Prozent des Nationaleinkommens der Erde.

Walter Ulbricht hatte Gewerkschaftsjubiläum

Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des DDR-Staatsrates, Walter Ulbricht, beging im September das Jubiläum sechzigjähriger Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Aus diesem Anlaß überreichte ihm Lothar Lindner, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz im FDGB, das Ehrenabzeichen und eine Ehrenurkunde der Gewerkschaft.

Die Landwirtschaft der DDR deckt gegenwärtig den Bedarf der Bevölkerung an Fleisch, Milch und Eiern und nahezu auch an Butter. Die Produktion stieg bei ständigem Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Die Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft ging von 2,2 Millionen im Jahr 1949 auf die schon genannte Zahl von etwas über einer Million (genau: 1 026 000) zurück. Im Jahr 1949 waren in der Industrie 27 Prozent und in der Landwirtschaft 31 Prozent der insgesamt Beschäftigten tätig. 1969 arbeiteten in der Industrie fast 37 Prozent und in der Landwirtschaft rund 13 Prozent.

Diese Entwicklung wurde möglich durch die genossenschaftliche Produktion, die Kooperation der Landwirtschaftsbetriebe, die steigende Mechanisierung der Arbeit und durch die wachsende Qualifizierung der Beschäftigten. 1960 hatten erst knapp 10 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft einen Berufsabschluß, Ende 1969 waren es 48,2 Prozent. 1975 sollen etwa 80 Prozent der Genossenschaftsmitglieder eine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen.

Die materiell-technische Basis der Landwirtschaft wurde bedeutend entwickelt, so daß im vorigen Jahr 98 Prozent der Getreide-, 70 Prozent der Kartoffel- und fast 98 Prozent der Zuckerrübenflächen mit Volllerntemaschinen abgeerntet werden konnten. Die Hektarerträge entwickelten sich wie folgt:

Die höheren Hektarerträge bildeten auch die Grundlage wachsender Viehbestände. Der Viehbesatz je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche erhöhte sich bei Rindern insgesamt von 1949 = 43,6 auf 82,1 (1969), bei Kühen im gleichen Zeitraum von 21,3 auf 34,4 und bei Schweinen von 31,0 auf 146,6.

Eine antikommunistisch gefärbte schweizer Zeitung, die „Neue Zürcher“, gab unlängst einem Beobachter zur „Bilanz einer Reise durch die DDR“ das Wort (NZZ vom 13. 9. 70). Der seine Voreingenommenheit nicht verhehlende Beobachter kam nicht umhin, die Leistungen der DDR-Landwirtschaft anzuerkennen und schrieb: „Zahlreiche Genossenschaftsbauern schätzen heute offenbar die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, und im Zuge der Mechanisierung haben sich die großräumigen Anbaumöglichkeiten günstig ausgewirkt.“ R. K.

Unser Nachbar DDR

nen 91 000 Umsiedler waren) 1,7 Millionen Hektar. An 122 000 landwirtschaftliche Kleinstbetriebe wurden 340 000 Hektar gegeben, damit sie zu lebensfähiger Größe gelangten, während rund eine Million Hektar im staatlichen Besitz blieben. Auf diesem Land entstanden volkseigene Güter oder es wurde Forschungsinstituten, Lehranstalten bzw. den örtlichen Selbstverwaltungsorganen zur Nutzung übergeben.

Im Neubauprogramm entstanden von 1947 bis 1957 rund 100 000 Wohnhäuser, ebensoviel Stallungen und fast 40 000 Scheunen. Fast zwei Milliarden Mark Kredite wurden dafür bereitgestellt. Maschinen und Traktoren für die Landwirtschaft kamen zuerst nur aus der Sowjetunion, später auch aus eigener Produktion. Bald zeigte sich jedoch, daß die modernen Großmaschinen und das Erfordernis, moderne Erkenntnisse der Agrarwissenschaften anzuwenden und eine hohe Effektivität der Arbeit zu erreichen, mit den bestehenden kleinbürgerlichen Produktionsverhältnissen in Widerspruch geriet. So entstanden 1952 die ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG).

Diese sozialistische Umgestaltung auf dem Lande erfolgte mit kräftiger Unterstützung durch die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften. 50 000 Industriearbeiter gingen aufs Land und halfen in den jungen Genossenschaften, die Arbeit auf neue Weise zu

EWG stoppt Mitbestimmung

Für europäische AG nur Drittelbeteiligung geplant Gewerkschaften müssen um die Parität kämpfen

Nach langer Vorbereitungszeit hat die Brüsseler Europa-Kommission den Entwurf für ein Statut europäischer Aktiengesellschaften fertiggestellt. Dieses Statut soll Voraussetzungen für weitere Fusionen im gemeinsamen Markt schaffen. Das Statut der Europa-AG wird nicht die Aktienrechte und Unternehmensverfassung in den sechs EWG-Staaten ersetzen, sondern nur im Hinblick auf die fortschreitende Konzentration die notwendigen Ergänzungen liefern. So wird es den Konzernen und Monopolen möglich sein, sich zu verschmelzen, Holding-Gesellschaften zu bilden oder gemeinsame Tochtergesellschaften zu gründen.

Wird der Kommissionsvorschlag für das Statut europäischer Aktiengesellschaften vom EWG-Ministerrat angenommen, wird sich die Konzentrations-tendenz zu multinationalen Großunternehmen innerhalb der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verstärkt fortsetzen. Die Fusionen der Konzerne und Monopole werden in Europa immer zahlreicher und der Grad ihrer Verflechtungen immer enger und damit undurchsichtiger. Die Möglichkeiten gesellschaftlicher Kontrolle, soweit sie überhaupt in den einzelnen EWG-Staaten funktionieren, werden immer stärker reduziert, wenn nicht völlig aufgehoben. Das Resultat ist eine unbeschränkte Gewinnmaximierung auf der einen und eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten wie auch der Verbraucher auf der anderen Seite.

Diese Entwicklung ist nur zu bremsen, wenn in dem Statut für europäische Aktiengesellschaften ein wirksames und ausreichendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten festgelegt wird. Das in dem Entwurf der EWG-Kommission vorgesehene Mitbestimmungsrecht, wonach den Beschäftigten nur ein Drittel der Aufsichtsratssitze zugestanden werden soll, verdient den Namen nicht. Außerdem ist noch sehr fraglich, ob der Ministerrat dieses „Zugeständnis“ akzeptiert, denn selbst dieser Kommissionsvorschlag kam erst nach langer Diskussion zustande.

Bleibe es bei diesem Vorschlag — der leider auch die Zustimmung des europäischen Büros des IBFG gefunden hat — würde das für die Kohle- und Stahlindustrie in der Bundesrepublik geltende paritätische Mitbestimmungsrecht bei Fusionen mit Kapitalgesellschaften in anderen EWG-Ländern im Rahmen einer Europa-AG keine Gültigkeit haben, von einer Unterstützung der DGB-Forderung auf Ausweitung der Mitbestimmungsrechte gar nicht zu reden. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik müssen darum mit besonderem Nachdruck die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung, entsprechend dem Montanmodell, in den europäischen Gesellschaften vertreten.

Erfolgreich wird der Kampf um ein wirksames Mitbestimmungsrecht in den europäischen Aktiengesellschaften nur sein, wenn die Gewerkschaften eine Gegenmacht gegen die multinationalen Großunternehmen innerhalb der EWG aufbauen. Diese Zielvorstellung war das Hauptthema des XIX. europäischen Gesprächs der Gewerkschaften in Recklinghausen. Dazu wurde festgestellt, daß immer deutlicher die Tendenz sichtbar würde, daß sich die Konzerne und Monopole zunehmend übernational organisieren oder kooperieren und die Gewerkschaften automatisch immer mehr ins Hintertreffen geraten, weil sie sich nicht entschließen können, mit der gleichen Konsequenz die Gesamtinter-

essen der europäischen Arbeiterschaft innerhalb der EWG wahrzunehmen.

In einer Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge wurde gefordert, die bisherige unzureichende Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Bereich der EWG müsse intensiviert werden unter Einbeziehung der sozialistisch-kommunistischen Gewerkschaften in Frankreich und Italien — in ihren Ländern die weitaus mitgliederstärksten Gewerkschaftsorganisationen.

Die Entscheidung darüber, wie in den kommenden multinationalen Großunternehmen innerhalb der EWG das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten aussehen soll, darf nicht dem europäischen Ministerrat überlassen bleiben. Hier müssen die Gewerkschaften das letzte Wort sprechen. Die multinationalen Verflechtungen europäischer Aktiengesellschaften werden dazu führen, daß sich die Konzerne und Monopole immer stärker der nationalen wirtschaftspolitischen Kontrolle entziehen. Umso notwendiger ist ein Mitbestimmungsrecht, das den Arbeitern und Angestellten weitgehende Kontrollmöglichkeiten und Entscheidungsbefugnisse einräumt. Die Gewerkschaften dürfen auch nicht übersehen, daß die multinationale Konzentration des Kapitals die Wirkungsmöglichkeit von Kampfmaßnahmen für die sozialen Interessen der Arbeiterschaft im nationalen Rahmen abschwächt und sogar aufheben kann. sr

Votum für Mitbestimmung

Weil die Beschäftigten der Friedrich Krupp Hüttenwerke AG in Bochum den Verlust der Montanmitbestimmung, von Arbeitsplätzen und Lohn-einbußen befürchteten, traten sie Mitte September spontan in einen Warnstreik. Daran beteiligten sich an zwei Tagen etwa 6000 Arbeiter und Angestellte von insgesamt 8000. Nach dem vorausgegangenen Warnstreik von 2000 Arbeitern des Rheinstahl-Hüttenwerkes „Schalker Verein“ in Gelsenkirchen war es das zweite Mal innerhalb weniger Wochen, daß Beschäftigte der Eisen- und Stahlindustrie, für die die paritätische Mitbestimmung gilt, für die Verteidigung dieses Rechts in den Streik traten.

Im Falle Krupp hatte der Vorsitzende des Vorstandes der Friedrich Krupp GmbH, Vogelsang, am 15. September vor dem Aufsichtsrat Überlegungen über Umorganisationen im Konzernbereich angestellt. Diese zielten dahin, wesentliche Produktionsbereiche der Hüttenwerke in Bochum aus dem Unternehmen auszugliedern und in eine neue Gesellschaft einzubringen.

Am zweiten Tag des befristeten Streiks traf auch der IG Metall-Vorsitzende Brenner, der stellvertretende Auf-

sichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp GmbH ist, in Bochum ein. Gegenüber Betriebsratsmitgliedern und Vertrauensleuten der IG Metall in den Hüttenwerken sagte Brenner, in der Aufsichtsratsitzung sei keine Neu- oder Umorganisation im Krupp-Bereich beschlossen worden, bislang gebe es nur derartige Überlegungen. Die IG Metall werde keine Schmälerung bestehender Mitbestimmungsrechte hinnehmen. Die Gewerkschaft habe nicht deshalb jahrelang um die Mitbestimmung und ihre Ausweitung gekämpft, um sie jetzt einschränken zu lassen. Später, nach Verhandlungen mit der IG Metall, ließ der Krupp-Vorstand erklären, daß die Pläne zur Umorganisation fallengelassen wurden und alle Wünsche der Belegschaft berücksichtigt würden.

Diese spontanen Streiks für das Mitbestimmungsrecht werden hoffentlich die Unternehmerverbände davor bewahren, ihre eigene Propagandathese zu glauben, wonach die Arbeiterschaft an der Mitbestimmung nicht interessiert ist. Für die Krupp-Belegschaften gilt es jetzt auf der Hut zu sein, um mögliche Manipulationen des Vorstandes rechtzeitig erkennen und zurückweisen zu können. — ie —

Zur Lage der Arbeiterschaft

Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit Mitbestimmung als Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik

Alle Proklamationen spätkapitalistischer Politiker und Literaten von einem „allgemeinen Wohlstand“ in der „modernen westdeutschen Industriegesellschaft“, von der „Verminderung des Gegensatzes zwischen Armut und Reichtum“, von „sozialer Sicherheit“ und „Vollbeschäftigung“, von der „Überwindung“ oder zumindest „starker Verringerung des Klassenkampfes“ usw. usf. haben den objektiven Prozeß der imperialistischen Entwicklung in der Bundesrepublik nicht aufhalten und die Klassegegensätze nicht beseitigen können. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist nach wie vor existent und hat sich darüber hinaus außerordentlich verschärft.

Zwar konnten bis zum Krisenjahr 1966/67 im Kampf um materielle Besserstellung der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften beachtliche Erfolge erzielt werden, die jedoch durch die nachfolgende Entwicklung stark in Frage gestellt wurden. Tatsächlich war die industrielle Reservearmee vorerst durch die Ausdehnung der Produktion zeitweilig fast völlig verschwunden. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes schien garantiert zu sein, und von Arbeitslosigkeit war keine Rede mehr. Das Produktionswachstum ermöglichte ein beträchtliches Ansteigen der Arbeitslöhne, und auch auf sozialpolitischem Gebiet konnten die ökonomischen und politischen Machthaber zu erheblichen Zugeständnissen gezwungen werden. Dabei reichte bereits oftmals die Ankündigung von Kampfmaßnahmen, um die Unternehmerverbände, mit einem Seitenblick auf die erfolgreiche sozialistische Entwicklung in der DDR, zum Nachgeben zu veranlassen.

Ziemlich drastisch änderte sich allerdings die Lage mit dem Eintreten der Rezession. Der Wandel in der Beschäftigungssituation und die damit zusammenhängenden Folgen machten für viele, erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik, die tiefe Klassenklüft zwischen der Macht der mit ihrem Staat verschmolzenen Monopolgruppen und der Arbeiterklasse offen sichtbar. Den herrschenden Kreisen der staatsmonopolistischen Finanzoligarchie gelang es mit äußersten Anstrengungen, allerdings nur mit Hilfe der am „Krankentum des Kapitalismus“ bereitstehenden rechten Führer der Sozialdemokratie, noch einmal einen großen Teil der Arbeiter zu verwirren und über ihren reaktionären Kurs hinwegzutäuschen.

Trotz der Verkündung des „Gemeinwohls“, dem angeblich alle gewerkschaftlichen Gruppen und Schichten verpflichtet seien, trotz der von Schiller propagierten „sozialen Symmetrie“ und der mit einem großen Teil der Gewerkschaftsführer praktizierten „konzertierten Aktion“ nutzten die Monopole den konjunkturellen Rückgang für das Geschäft mit der Angst. Die Existenzunsicherheit wei-

ter Kreise der Arbeiterklasse wuchs, obgleich vorerst, gewissermaßen als „Krisenpuffer“, die große Anzahl der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik eingeschränkt wurde. Die Krankmeldungen gingen zurück.

Die von den Monopolen ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeitskräfte forcierte Arbeitshetze steigerte die Produktivität je Arbeitsstunde und damit den Umsatz je Beschäftigten um mehr als 12 Prozent im ersten Halbjahr 1968 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1966 und führte nicht zuletzt zu einer wahren Gewinnexplosion für die Großunternehmen. Ganz eindeutig hat sich die Verteilung des Nationaleinkommens weiterhin zugunsten der Monopole verschoben.

Selbst nach der offiziellen Statistik, die die Realität nur verzerrt widerspiegelt, weil sie zu den Einkommen der „Unselbständigen“ auch jene des Top-Management zählt und bei den Einkommen der „Selbständigen“ neben denen der Großaktionäre auch sämtliche kleinen Gewerbetreibenden und Bauern erläßt, sank der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Nationaleinkommen von 1966 bis 1968 von 32,8 auf 31,4 Prozent. Im Hintergrund jener Zahlen steht die Sorge Zehntausender einzelner Schicksale von Arbeiterfamilien, denen die Zukunft ungewiß ist.

Obwohl an diesen wenigen Tatsachen der sich verschärfende Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital bereits deutlich wird, ist damit die Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik noch keinesfalls gekennzeichnet. Sie findet heute mehr denn je ihren Ausdruck in dem Bemühen der herrschenden Kreise, die Arbeiterklasse vollkommen in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu integrieren. Dafür sind neben den ökonomischen Maßnahmen und „Reformen“ die Notstandsverfassung, die radikale Stärkung der Exekutive unter der Losung, die „Handlungsfähig-

keit der Regierung“ zu garantieren, bis zu den Plänen zur Einführung einer Vorbeugehaft kennzeichnend.

Um eine solche Entwicklung zu stoppen, ist es erforderlich, die Macht der Monopole zurückzudrängen und die Forderung nach Mitbestimmung im gesamten gesellschaftlichen Lebensfeld der Arbeiterklasse ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu rücken. Mitbestimmung muß vor allem gewährleistet werden für alle Entscheidungen, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sie ist ferner über die Produktion, über die Investitionen und die Gewinne in der Wirtschaft zu gewährleisten. Nicht zuletzt muß die Arbeiterschaft über ihre Gewerkschaften bei der Entwicklung und Gestaltung des Bildungswesens sowie in anderen entscheidenden Fragen der Infrastruktur mitbestimmen. Damit könnte ein entscheidender Einfluß auf die Politik der Bundesregierung ausgeübt und mit grundlegenden demokratischen Veränderungen der Weg für eine friedliche Entwicklung erschlossen werden.

Die wissenschaftlich-technische Revolution allein führt unter den Bedingungen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit nicht zu Wohlstand und Glück für alle. Sie ist im Gegenteil Mittel zur verstärkten Ausbeutung derjenigen, die die Werte schaffen und verschärft die Widersprüche in bisher unbekannter Weise.

Was Karl Marx in geradezu prophetischer Sicht 1864 in der Inauguraladresse an die internationale Arbeiter-Assoziation äußerte, trifft in seinem Grundgehalt, trotz der veränderten Bedingungen, für die Bundesrepublik noch genauso zu: „Und so ist es jetzt in allen Ländern Europas eine Wahrheit, erwiesen für jeden vorurteilsfreien Geist und nur gelegnet durch die interessiert klugen Prediger eines Narrenparadieses, daß keine Entwicklung der Maschinerie, keine chemische Entdeckung, keine Anwendung der Wissenschaft auf die Produktion, keine Verbesserung der Kommunikationsmittel, keine neuen Kolonien, keine Auswanderung, keine Eröffnung von Märkten, kein Freihandel, noch alle diese Dinge zusammen genommen, das Elend der arbeitenden Massen beseitigen können, sondern daß vielmehr umgekehrt, auf der gegenwärtigen falschen Grundlage, jede frische Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit dahin streben muß, die sozialen Kontraste zu vertiefen und den sozialen Gegensatz zuzuspitzen.“ (Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in Marx/Engels: Werke, Band 16, Dietz Verlag, Berlin 1962.)

KHT

Linkstrend auf TUC-Kongreß

Der Parteitag der britischen Labourparty, der Ende September/Anfang Oktober 1970 in Blackpool stattfand, lehnte die von der Labour-Führung gebilligte Politik einer Einkommenskontrolle ab. Das bedeutete einen großen Sieg für den progressiven Gewerkschaftsflügel in der Labourparty. Die Ursache dafür findet sich in dem Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, der im September in Brighton stattfand und wo die Transport- und Metallarbeiter die Bewegung für eine neue linke Alternative anführten.

Der rechte Labour-Flügel wird in den Gewerkschaften kaum noch verteidigt. Harold Wilson, Barbara Castle und Jim Callaghan sitzen zwar noch fest im Sattel der Labour-Führung, haben aber einen ernsthaften Stoß bekommen. Der 102. Gewerkschaftskongreß, der die Interessen von 9,5 Millionen britischen Arbeitern vertrat, fand vom 8. bis 12. September 1970 statt. Der TUC-Kongreß stand unter dem Eindruck der vorausgegangenen Niederlage der Labour-Regierung in der Parlamentswahl und fand in einer politischen Atmosphäre statt, die seitens der Unternehmer und der konservativen Regierung durch die Forderung

nach Lohnstopp und Einschränkung legaler gewerkschaftlicher Aktionen gekennzeichnet ist.

Während Premierminister Heath mit den Arbeitgeberrepräsentanten seine antigewerkschaftliche Kampagne startete, zeigten die Vertreter der britischen Arbeiterschaft eine neue kämpferische Härte und Einheit, die auf dem Kongreß in Brighton sichtbar wurde. In innen- und außenpolitischen Angelegenheiten lassen die Kongreßentscheidungen einen Fortschritt in Richtung auf die Entwicklung eines linksgerichteten Programms erkennen. Einmütigkeit bestand in der Ableh-

Chile auf neuem Weg

Am 24. Oktober 1970 steht das Parlament in Santiago vor der Aufgabe, den Präsidenten der „Republica de Chile“ zu wählen. Bei allen realistischen Einschätzungen wird davon ausgegangen, daß der Präsident Dr. Salvador Allende heißen wird. Das ist nur folgerichtig, denn Allende, als Kandidat der Unidad Popular (Volkeinheit), hat bei der Volksabstimmung zur Präsidentenwahl am 4. September 1970 die meisten Stimmen (36,3%) erhalten. Die Unidad Popular ist eine Volksfront, die aus sechs Parteien gebildet wurde. Kommunisten, Sozialisten und Radikale sind in dieser Einheitsfront der Linken vereint.

Das Programm, auf das sich die Unidad festgelegt hat, sieht vor, das bestehende Abhängigkeitsverhältnis Chiles zu den USA zu beseitigen und normale Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, so auch Kuba und der DDR, herzustellen. Innenpolitisch werden Strukturreformen angestrebt. Eine Bodenreform und die Verstaatlichung der Kupferminen stehen dabei im Vordergrund. Die Kupferproduktion hat für Chile eine überragende Bedeutung. Die Ausfuhr Chiles betrug z.B. 1969 1,61 Milliarden US-Dollar. Davon hatte die Kupferausfuhr einen Anteil von 845 Mill. Dollar. Warum die Nationalisierung der Kupferminen für das chilenische Volk so notwendig ist, mag die Tatsache zeigen, daß im Kupferbergbau 1 Milliarde Dollar ausländisches Kapital, in erster Linie US-amerikanisches, investiert ist, aber allein die amerikanischen Monopole

schon 4 Milliarden Dollar aus Chile ins Ausland transferiert haben.

Seit der Wahl herrscht in der Arbeiterschaft, bei den Bauern und städtischen Kleinbürgern große Begeisterung über den Sieg der Einheitsfront. Sie sind bereit, das Programm der Unidad Popular gegen den Widerstand, die Sabotage und den nationalen Verrat der rechten Kräfte durchzusetzen. Dr. Allende hat z.B. sofort energische Maßnahmen gegen die Kapitalflucht gefordert.

Das Besitzbürgertum versucht Panikstimmung zu verbreiten. Die Unidad Popular aber, die sich auf die Arbeiterschaft stützen kann, mobilisiert das Volk, um mit dem Präsidenten, der weitgehende verfassungsmäßige Rechte ausüben kann, das Land politisch nach außen unabhängig zu machen und im Innern demokratische Reformen durchzuführen. Jede konterrevolutionäre Verschwörung zu zerschlagen und das ganze chilenische Volk um eine demokratische Einheitsfrontregierung zusammenzuschließen, wird als die vordringlichste Aufgabe bezeichnet.

Zwischen Chile und der Bundesrepublik bestehen beachtliche Wirtschaftsbeziehungen. Die von Willi Brandt geführte Regierung wäre gut beraten, sich sofort eindeutig zu einem Chile zu bekennen, das mit dem Programm der Unidad Popular und dem Präsidenten Dr. Salvador Allende einen neuen Weg beschreiten will.

— jol —

nung jeglicher gesetzlicher Einschränkungen der traditionellen Gewerkschaftsrechte und -freiheiten. Die Überreste einer Versöhnungspolitik gegenüber der konservativen Regierung wurden von den Rednern des Kongresses fortgewischt.

Die Stimmung der Kongreßdelegierten widerspiegelte eine Situation, in der Millionen britische Arbeiter bereit sind, für die Verteidigung ihrer Rechte und die Durchsetzung von Lohn- und Gehaltsforderungen zu handeln, wenn nötig, zu streiken. Die Warnung an die Regierung ist eindeutig. Insbesondere macht die Kampfbereitschaft der

Blick in die Welt

Metallarbeiter und Bergarbeiter starke Fortschritte. Es war der Präsident der Metallarbeitergewerkschaft, Hugh Scanlan, der die einstimmig verabschiedete Resolution anregte, in der die Regierung vor der Annahme des Anti-Gewerkschaftsgesetzes gewarnt wird.

Besonders nachdrücklich warnte Scanlan davor, das Streikrecht anzutasten, die wirkungsvollste Waffe der Arbeiterschaft im Umgang mit den Unternehmern und zur Durchsetzung berechtigter Forderungen. Eine gesetzliche Zwangsjacke würde eine harte Last sein, sagte Scanlan. Damit würde es den Industriellen überlassen bleiben, künftig zu entscheiden, was ein gesetzlicher Streik sei und sogar, was eine Gewerkschaft beschließen dürfe und was nicht.

TUC-Sekretär Victor Feather unterstrich dieselben Fragen und wiederholte dieselben Warnungen mehrmals während des Kongresses und auch nach dessen Abschluß. Angesichts der Drohung des Anti-Streikgesetzes von Edward Heath verschwanden in der Abstimmung die Fronten zwischen rechts und links. Das Recht auf Streik ist von den britischen Arbeitern besonders schwer erkämpft worden, und sie werden nicht dulden, daß es von der konservativen Regierung liquidiert wird. Edward Heath wird nicht gelingen, was Harold Wilson und Barbara Castle bereits geplant hatten.

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution wurde die TUC-Führung angewiesen, jede Einmischung in die Rechte der Gewerkschaften energisch zurückzuweisen. Es gab Forderungen von Delegierten, die die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses verlangten, falls die Entwicklung es erfordere.

Eine Gewerkschaft nach der anderen verpflichtete sich auf dem Kongreß

325000 streiken bei „GM“

Seit einigen Wochen stehen 325 000 Arbeiter des größten Automobilkonzerns der Welt, General Motors, im Streik. Sie fordern die Erhöhung des Stundenlohnes und einen Lohnausgleich für den inflationären Kaufkraftverlust, eine vom Konzern zu bezahlende Rente von 500 Dollar für Arbeiter, die mehr als 30 Jahre in dem Unternehmen beschäftigt sind sowie die Verlängerung des Urlaubs und Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitsplatzes.

Verhandlungen zur Beilegung des Streiks sind bisher gescheitert und die Gewerkschaft der Automobilarbeiter (UAW) rechnet nicht mit einer baldigen Beilegung des Arbeitskampfes. Ein Hauptgrund für die bisherige Erfolglosigkeit der Tarifverhandlungen ist die Tatsache, daß das Realeinkommen der Automobilarbeiter in den letzten vier bis fünf Jahren, trotz Lohnerhöhungen nicht mehr gewachsen ist. Die Gewerkschaft besteht daher zuerst auf Regelungen zur Sicherung des Realeinkommens, bevor Verhandlungen über Lohnerhöhungen beginnen können.

Der Stillstand der Autoproduktion bei General Motors hat erhebliche Wir-

kungen auf die Gesamtwirtschaft der USA, denn der Beitrag dieses Riesenkonzerns zum Sozialprodukt ist enorm. Seine Umsätze an Kraftfahrzeugen, Lokomotiven, Kühlschränken und anderen Produkten erreichen allein in den USA jährlich über 20 Milliarden Dollar. Die weltweiten Umsätze erreichten 1969 die Summe von rund 24,3 Milliarden Dollar. Für Dienstleistungen, Materialien, neue Maschinen und sonstige Investitionen gibt der Konzern im Jahr rund 13 Milliarden Dollar aus und die Aktionäre kassierten 1969 eine Dividende von 1,2 Milliarden Dollar.

Die zum General-Motors-Konzern gehörende Adam-Opel-Werke AG, zweitgrößte Automobilfabrik in der Bundesrepublik, fiel in diesem Jahr dadurch auf, daß sie einen in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn von 419 Millionen DM zu 100 Prozent in Form von Dividende an die Muttergesellschaft in den USA abführte. Die Dividende betrug 49,3 Prozent des Aktienkapitals.

Durch den Streik bei General Motors werden gleichzeitig 39 000 Zulieferbetriebe, die den Konzern mit verschiedenartigen Produkten versorgen,

in Mitleidschaft gezogen. Ein Teil dieser Betriebe mußte bereits nach Streikbeginn die Produktion ruhen lassen. Der US-Regierung kommt dieser Streik sehr unlegen, denn für November sind in den USA Kongreßwahlen ausgeschrieben und es ist durchaus anzunehmen, daß der Streik der Automobilarbeiter auch innenpolitische Konsequenzen haben wird. -eg-

Neue Bücher

**Verlag
MARXISTISCHE BLÄTTER,
Frankfurt/Main**

Lenin und die Arbeiterbewegung heute
Beiträge zu Lenins 100. Geburtstag
von Autoren aus der Sowjetunion,
Frankreich und beiden deutschen
Staaten.

294 Seiten, DM 5,00.

Arbeitereinheit rettet die Republik
Dokumente und Materialien zur
Niederschlagung des Kapp-Putsches
im März 1920. Eingeleitet und zusammen-
gestellt von Fritz Krause.

181 Seiten, DM 5,00.

**Die „Frankfurter Schule“ im Lichte
des Marxismus**

Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas. — Materialien einer wissenschaftlichen Tagung, aus Anlaß des 100. Geburtstages von W. I. Lenin, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 21. und 22. Februar 1970 in Frankfurt am Main.

184 Seiten, DM 7,50.

Kapitalexport und Kapitalverflechtung
Kalja Nehls

Mit einem ausführlichen Tabellenanhang. Das westdeutsche Finanzkapital und seine Position im imperialistischen Lager bei der Ausbeutung anderer Völker.

170 Seiten, DM 7,50.

Friedrich Engels — Biografie

Anlaß des 150. Geburtstages von Friedrich Engels am 28. November 1970. Die erste umfängliche wissenschaftliche Darstellung vom Leben und Werk des Mitbegründers des wissenschaftlichen Sozialismus.
Ca. 570 Seiten (incl. Abb.), Leinen, ca. DM 10,00. (Erscheint in Kürze).

Alle Ausgaben sind 1970 erschienen bzw. erscheinen noch. — Die Redaktion der NACHRICHTEN will künftig auf dieser Seite ihre Leser ständig über progressive und empfehlenswerte Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt informieren. Besonders interessante Bücher und Broschüren werden wir weiterhin ausführlich rezensieren.

zur Solidarität und Unterstützung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und dem staatlichen Sektor der Industrie, die wahrscheinlich die ersten Opfer der Lohnstopp-Maßnahmen sein würden, die von der Regierung geplant sind. Diese Bewegung wurde angeführt von den Sprechern der Organisationen der Transportarbeiter und der Bergarbeiter.

Der Kongreß brachte eine Reihe wichtiger Ergebnisse. So wurde eine 12-Punkte-Charta für die Verbesserung der Lage der älteren Arbeiter und Angestellten angenommen. Die Delegierten forderten ein besseres Erziehungs- und Gesundheitswesen, gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit und den Ausbau der sozialen Sicherung. Die Kosten für Medikamente und Rezepte sollen abgeschafft werden.

Der 102. TUC-Kongreß beschränkte sich jedoch nicht nur auf soziale und wirtschaftliche Fragen. Einstimmig wurde die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz gefordert, während in weiteren Resolutionen der Abzug der US-Truppen aus Vietnam — ein politischer Fortschritt — und die Überwindung der Abhängigkeit Großbritanniens von der US-Politik gefordert wurden. Mit großer Mehrheit, bei 700 000 Stimmen dafür und 8 Millionen Stimmen dagegen, wurde ein

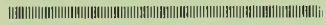
Antrag des rechten Flügels abgelehnt, den EWG-Beitritt Großbritanniens zu billigen. In der Abstimmung drückte sich eine Zunahme der Opposition um über 3 Millionen Stimmen aus. Die endgültige Entscheidung über diese Frage soll zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden.

Wie stark der rechte Flügel in der TUC-Führung sich unter Druck gesetzt fühlte, zeigte sich in der Tatsache, daß seine Repräsentanten kaum davon Gebrauch machten, sich auf der Rednertribüne zu engagieren. Auch dann nicht, als Mick McGahey von der Bergarbeitergewerkschaft die mangelnde Initiative des TUC-Generalarates bei der Herstellung von Kontakten zu Gewerkschaften in sozialistischen Ländern und solchen Gewerkschaften, die dem Weltgewerkschaftsbund angehören, kritisierte. Der Trend nach links wurde auch durch die Wahl von Alan Sapper in den Generalrat verstärkt. Das zeigten auch die 5,25 Millionen Stimmen, bei 250 000 Gegenstimmen, für den Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft, Lawrence Daly. Das vielleicht bemerkenswerteste Wahlergebnis waren jedoch die 3,7 Millionen Stimmen für Christine Page von der Gewerkschaft der Beschäftigten im Handel. Christine Page ist als Kommunistin sehr bekannt.

Chris Myant, London

- **22. bis 23. Oktober 1970**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft in Kassel.
- **28. bis 29. Oktober 1970**
DGB-Bundestagung für berufliche Bildung in Frankfurt/Main.
- **28. bis 29. November 1970**
Internationale theoretische Konferenz des Parteivorstandes der DKP in Wuppertal zum Thema „Engels und die Arbeiterbewegung heute“.
- **28. bis 29. November 1970**
Bundeskongress der Jungsozialisten zu Fragen der Berufsbildung in Düsseldorf.
- **31. Dezember 1970**
Tarifverträge kündbar für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst, in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie, der Schuhindustrie und im Groß- und Außenhandel der Tarifbezirke Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Rheinhausen.
- **31. Januar 1971**
Tarifverträge für die Beschäftigten im graphischen Gewerbe kündbar.
- **28. Februar 1971**
Tarifverträge kündbar für die Beschäftigten des Einzelhandels, des privaten Bankgewerbes und des Groß- und Außenhandels ohne die Tarifbezirke NRW und Rheinland-Rheinhausen.
- **31. März 1971**
Tarifverträge für die Beschäftigten in der chemischen Industrie und dem Versicherungsgewerbe kündbar.
- **14. bis 15. Mai 1971**
Außerordentlicher Bundeskongress des DGB zu Fragen der Satzungsreform in Düsseldorf.

Der Bundestag hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Krankenversicherungsreform beraten und anschließend zur weiteren Behandlung an die zuständigen Bundestagsausschüsse überwiesen. Der Kernpunkt des Gesetzentwurfes der Bundesregierung ist die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte, die nach dem Entwurf von 1200 auf 1425 DM heraufgesetzt werden soll.



„Engels und die Arbeiterbewegung heute“

Zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels veranstaltet der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei am 28. und 29. November 1970 eine internationale theoretische Konferenz zum Thema: „Engels und die Arbeiterbewegung heute“. Die Konferenz findet in der Stadthalle zu Wuppertal statt. Vier Referate zu folgenden Themen stehen in Arbeitsgemeinschaften zur Diskussion:

- Friedrich Engels und der Kampf der DKP; Referent: Willi Gerns, Mitglied des Präsidiums der DKP.
- Friedrich Engels Anteil an der Ausarbeitung des Marxismus; Referent aus der Sowjetunion.
- Der reale Sozialismus im Lichte des Werkes von Friedrich Engels; Referent: Professor Dr. Günter Heyden, Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED.
- Engels Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus und seine Bedeutung für die Gegenwart; Referent: Prof. Dr. Josef Schleifstein, Direktor des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main.

Durch diese Erhöhung wird die Zahl der versicherungspflichtigen Angestellten von 3,54 auf 4,53 Millionen von insgesamt 6,9 Millionen erhöht.

Von der gleichzeitigen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze werden ein Drittel, d.h. rund 4 Millionen Arbeiter, betroffen. Durch die Neuregelung würden die Angestellten um fast einhalb Milliarden DM entlastet, während die Arbeiter durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze mit etwa 30 Millionen DM belastet würden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat den vorliegenden Gesetzentwurf als unzureichend bezeichnet und verlangt statt der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf 1425 DM die volle Aufhebung dieser Grenze, um alle Angestellten den Arbeitern gleichen Krankenversicherungsschutz zu gewähren.

Auch der Verband der Angestellten-Ersatzkassen hat die in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgeschlagene Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze als eine unzureichende Kompromißlösung bezeichnet, weil damit die vom Bundesarbeitsminister Arendt angekündigte Gleichstellung der Angestellten mit den Arbeitern in der Krankenversicherung nicht erreicht wird. Der Verband erklärt weiter, es sei unverständlich, daß nicht wenigstens die Empfehlung des Bundesrates, die Pflichtgrenze auf mindestens 1615 DM anzuheben, verwirklicht werden soll. 1971 beträgt das Durchschnittsgehalt der männlichen Angestellten etwa 1600 DM. Würde nach dem Regierungsvorschlag die Pflichtgrenze nur auf 1425 DM erhöht, sind nicht einmal alle die Angestellten erfaßt, die lediglich über ein Durchschnittsgehalt verfügten. -pp-

Zu guter Letzt:

Offensichtlich irregeleitete Betriebsräte von privaten Krankenversicherungen protestierten in Köln gegen die Absicht von Regierung und Parlament, die Pflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung von jetzt 1200 auf 1425 DM Monatsverdienst heraufzusetzen. Die Betriebsräte befürchten, daß dadurch den Privatversicherungen potentielle Versicherungskunden ferngehalten werden.

Den Kopf der Unternehmer sollten sich die Unternehmer selber zerbrechen. Man hat noch nicht gehört, daß die Versicherungsbosse um die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung fürchten.

Die Teilnahmegebühr beträgt 10 DM; für Lehrlinge, Schüler und Studenten 5 DM. Die Veranstalter erbitten Anmeldungen für die Konferenz bis spätestens 1. November 1970 an den Parteivorstand der DKP, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Str. 79.

Mitgliederzuwachs

Die IG Chemie, Papier, Keramik konnte ihre Mitgliederzahl im ersten Halbjahr 1970 um 26 376 erhöhen. Mit 578 928 Mitgliedern erreichte sie am 30. Juni 1970 einen neuen Mitgliederhöchststand. Das ist der Beweis für das ungebrochene Vertrauen der Arbeitnehmer in die Gewerkschaften.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen

Redaktionskollegium: Dr. Werner Fetschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Heinz Seeger, 789 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9; Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31. Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58209-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM, jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM). Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster